KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 219 Januar / Februar 2022 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 219 Januar/Februar 2022



Auch 2021 war ein Jahr des Krieges und des Widerstands. Die türkische Regierung setzte alle Mittel ein, um den Kampf der Kurd:innen für Freiheit und Demokratie zu brechen.



Der Drohnenterror der Türkei nimmt weiter zu. Der Ko-Vorsitzende des Exekutivausschusses im Autonomierat von Şengal, Merwan Bedel, wurde gezielt in Xanesor ermordet.



Die Kampagne *Justice for Kurds* setzt sich für die Streichung der PKK von der Terrorliste ein. In vielen Ländern finden Unterschriftenaktionen wie hier in Ecuador statt: justiceforkurds.info

Liebe Leser:innen,

das Jahr 2022 beginnt in Kurdistan im Lichte des Widerstandes. Die türkische Armee hat größte Schwierigkeiten, sich in den Bergen Südkurdistans gegen die Guerillakräfte zu halten. Das Erdoğan-Regime kann mit seiner Kriegspolitik keine »positiven« Schlagzeilen für das nationalistische Klientel im eigenen Land liefern, um von den hausgemachten Problemen im Inland abzulenken. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde nochmal heftig die Kriegstrommel in Ankara gewirbelt und eine mögliche weitere Militärintervention der türkischen Armee in Rojava/Nordsyrien stand im Raum. Doch dazu kam es nicht. Die zunehmende außenpolitische Isolation der Türkei, gepaart mit den ökonomischen Schwierigkeiten im Inland, engen den Handlungsspielraum der türkischen Regierung zunehmend ein, so dass das Jahr 2022 das letzte Jahr des AKP-Regimes werden könnte …

Selbstverständlich darf diese Erkenntnis uns nicht zu einer passiven Erwartungshaltung verführen. Die AKP ist angeschlagen, aber das macht sie umso gefährlicher und aggressiver. Der Drohnenterror gegen die Bevölkerung von Rojava und Şengal hat in den letzten Monaten zugenommen. So wurde erst am 7. Dezember der Ko-Vorsitzende des Exekutivausschusses im Autonomierat von Şengal, Merwan Bedel, gezielt in seinem Auto in Xanesor ermordet; zwei seiner Kinder konnten nur durch das schnelle und beherzte Eingreifen von Menschen auf der Straße aus dem brennenden Auto gerettet werden.

Und auch die Repression gegen demokratische Kräfte im Inland reißt nicht ab. Besonders zu erwähnen ist dabei die Situation für die politischen Gefangenen. Folter und Misshandlungen in Polizei- und Militärhaft sowie in den Gefängnissen sind weiterhin alltägliche Praxis und damit weiterhin eines der größten Menschenrechtsprobleme des Landes.

Auch wenn das AKP-Regime taumelt, wird es nicht freiwillig von der Macht abtreten. Zu groß ist die Furcht der Herrschenden, nach ihrem Machtverlust für ihre Verbrechen belangt zu werden. Nur der aktive Widerstand in Kurdistan und auf den Straßen der Türkei kann den Niedergang der AKP besiegeln. Und hierfür bedarf es eines starken Bündnisses der demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Türkei, in Kurdistan und dem Mittleren Osten.

Wie ein starkes Bündnis aussehen kann, zeigen auch die Proteste und Aktionen gegen die Kriminalisierung der PKK in Deutschland, Europa und der Welt. Die Demonstration gegen das PKK-Verbot im vergangenen November in Berlin war der Auftakt für eine ganze Reihe von Aktionen. Aktuell hat die Initiative »Justice for Kurds« den Startschuss einer Kampagne für die Streichung der PKK von der Terrorliste gegeben. Über 1000 Personen des öffentlichen Lebens aus der gesamten Welt haben den Aufruf der Kampagne unterzeichnet. »Im Interesse von Frieden, Freiheit, Demokratie, Stabilität und Menschenrechten fordern wir die sofortige Streichung der PKK von der Liste«, heißt es darin. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Lasst uns deshalb diese Kampagne, die uns durch das Jahr 2022 begleiten wird, gemeinsam tragen und groß machen.

Wir wünschen Euch einen guten Start in ein widerständiges Jahr 2022!

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung mit Blick auf das vergangene Jahr

Gegen die Erdoğan-Diktatur, für unseren Traum von Freiheit

Nilüfer Koç

Das Jahr 2021 mit seinen Höhen und Tiefen ist zu Ende gegangen. Viel ist in dem vergangenen Jahr passiert. Eine Aufzählung der Ereignisse würde den Rahmen sprengen.

Summa summarum kann festgehalten werden, dass sich die Systemkrise des Kapitalismus noch weiter vertieft hat, was weltweit zu mehr Konflikten, Kriegen und Spannungen führte.

Doch auch die Pandemie hat das Leben, die Mobilität der Menschen äußerst negativ beeinträchtigt. Die Existenz des Virus ist real. Allerdings entsteht immer mehr der Verdacht, dass viele Staaten diesen Virus benutzen, um die digitale Kontrolle über unser Leben zu gewinnen, was unter »normalen Umständen« nicht so einfach wäre. Unser Leben, unsere Sozialisation, unsere Mobilität werden nunmehr immer stärker über Apps kontrolliert.

Inzwischen sind persönliche Daten derart digitalisiert, dass eine verstärkte Kontrolle zu befürchten ist. Von der Gunst der Stunde profitierten vor allem bestimmte Wirtschaftszweige, die vorwiegend virtuell arbeiten wollen. Die Pandemie als globales Problem hat erneut vor Augen geführt, wie abhängig wir doch von Regierungen sind. Aber auch, dass unsere Meinung gar nicht zählt. Denn schrittweise wird der Impfzwang so gestaltet, dass Verweigernde quasi nichts mehr machen können. Allein diese Tatsache zeigt, inwieweit Regierungen uns entmündigen können. Linke Gruppierungen haben sich zumeist den Regierungen angeschlossen, da sie leider keine Alternative zu bieten hatten. Man mag kritisch zu George Orwells »1984« gestanden haben, aber ein Teil seiner Voraussagen sind leider Realität geworden. Da die Linken vereinzelt agieren, waren sie nicht in der Lage, gerade normalen Menschen bei der Suche nach Antworten auf deren Fragen zu helfen. Die Impfung und die kritische Auseinandersetzung mit ihr ist immer noch ein Thema.

Hervorragende Analysen über Ursachen, Hintergründe und Folgen, aber auch Alternativen zur Bekämpfung des Virus sind in den Elfenbeintürmen geblieben, weshalb gerade die Rechten von der Wut und dem Protest normaler Bürger:innen profitieren. Die Mainstream-Medien, die sich mehrheitlich der staatlichen Politik fügen, zeichnen nichts als graue Wolken. Die Lockdowns, die immer wieder wie ein Damoklesschwert über den Köpfen schweben, erschweren das Alltagsleben wie die Zukunftshoffnungen. Die Zukunft birgt viele Fragen.

Das Ausmaß der globalen Ausbeutungspolitik des kapitalistischen Systems, ist deutlich am Zustand der Natur zu erkennen. Die steigende Zahl der Flutwellen und die sich ausdehnende Dürre in verschiedenen Teilen der Welt machen die Klimakrise sichtbarer, spürbarer. Die flächendeckenden Waldbrände in diesem Jahr signalisierten eine weitere Dimension des Systems. Der zunehmende Konkurrenzkrieg zwischen den Staaten, vor allem den USA und China, bringt die Welt aus den Fugen. Progressive Kräfte sind gefordert, heute mehr denn je, eine radikal kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als Ursache der Probleme anzugehen. Stattdessen wird auf die Folgen des Systems reagiert, was die Energieressourcen und damit auch die Hoffnungsperspektive belastet. Gerade die Klimabewegung ist zwar eine führende Bewegung, dennoch eine Reaktion. In Europa handeln die meisten solcher Bewegungen wie eine Feuerwehr. Dabei können durch einen Bruch mit dem Kapitalismus die Ursachen bekämpft werden. Auch ist es Selbstbetrug, von den Regierungen oder den UN eine Verbesserung in der Klimakrise zu erwarten. Regierungen als exekutive Staatsorgane stehen unter dem Druck der Wirtschaft und der Unternehmen, die grenzenlos expandieren wollen. Sie erwarten von den Regierungen, ihnen durch Gesetzesänderungen die Freiheit der grenzenlosen Expansion zu ermöglichen. Eine Abkehr vom Kapitalismus ist erforderlich, um die Zukunft der Natur, der Menschheit, des gesamten Universums zu retten. Was auf der Erde geschieht, ist heute für alle durch die schnellen Veränderungen spürbar. Uns, der Mehrheit, ist gar nicht bekannt, was im Weltall geschieht. Dem Kapitalismus reicht es nicht, unseren Planeten, die Erde, zu zerstören, jetzt greift er auch auf andere Planeten zu. Was die Herrschenden dort wollen und warum sie überhaupt dort sind, das sind Fra-

gen, auf die wir Antworten finden müssen, denn es geht auch uns an. Die Investitionen und der Wettbewerb von immer mehr Staaten in Bezug auf Planeten sind kein gutes Omen. Daher die Frage, was machen die eigentlich da oben?

Die Systemkrise des Kapitalismus vertieft sich

In Kurdistan, der MENA-Region (Nahost und Nordafrika), Lateinamerika und Afrika sind wir neben den Folgen der Klimakrise auch mit Kriegen und Konflikten konfrontiert.

Insgesamt war die Lage der Menschheit 2021 geprägt von der sich vertiefenden Systemkrise des Kapitalismus, die gleichzeitig die Grundlage für die Unzufriedenheit der Menschen ist. Gegen die verschiedenen Ausformungen dieser Krise wurden auch großartige Widerstandskämpfe geführt. So derjenige der Bauern in Indien, die sich erfolgreich gegen die Privatisierung ihrer Ländereien und den vorgesehenen Anbau von Monokulturen gewehrt haben. Genauso bedeutet die Globalisierung der Bewegung gegen die Klimakrise eine positive Entwicklung. Der Massenprotest der Frauen in Polen und Mexiko für das Recht auf Abtreibung ist eines der wichtigen Ereignisse dieses Jahres.

Eine andere interessante Entwicklung in diesem Jahr war die wachsende Zahl links gesonnener Regierungen in Lateinamerika. Korrupte Regime, die sich als Marionetten größeren Mächten unterordnen, werden infrage gestellt. So haben sich in Kolumbien die verschiedenen Guerillagruppen zu einer Einheit zusammengeschlossen, was sie politisch zu einem bedeutenden Machtfaktor werden ließ. Eine sehr wichtige Entwicklung war Ende des Jahres die Streichung der kolumbianischen Guerilla-Organisation FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) von der schwarzen Liste ausländischer Terrororganisationen durch die USA. Nach dem Friedensabkommen zwischen den FARC-EP und der kolumbianischen Regierung von 2016, an dem auch die USA als Vermittler beteiligt waren, wurden viele Kämpfer:innen und Kommandantinnen der FARC-EP ermordet. Frieden sollte erst zustande kommen, wenn die FARC-EP ausreichend geschwächt wären. Dazu kam es allerdings nicht. Seit 2016 haben die USA die korrupte kolumbianische Regierung unterstützt, obwohl sie eine Vermittlerrolle spielten. Gegenüber den Morden durch die Regierung ließen sie keinen Ton verlauten. Die Streichung der FARC-EP von der US-Liste terroristischer Organisationen ist daher eine Anerkennung der Tatsache, dass sie nicht ausreichend geschwächt werden konnte.

In Südafrika, das als Vorbild für den afrikanischen Kontinent angesehen wird, hat neben der Pandemie die politische Unfähigkeit des ANC (African National Congress) aufgrund der Korruption zur Unzufriedenheit geführt. Es reicht ein Funke, so kann es jederzeit brennen. Im Sommer des Jahres kam es zu Massenaufständen junger Menschen gegen den ANC, auch wenn es offiziell hieß, der Haftbefehl gegen den ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma sei Grund für die Ausschreitungen. Es wurde ebenfalls Widerstand geleistet gegen den Ölkonzern Shell, der ab dem 1. Dezember vor der Küste Südafrikas nach Öl und Gas zu suchen plante – mit katastrophalen Folgen für den Umwelt- und Tierschutz.

Trotz der Pandemie als globale Herausforderung endeten weder Kriege und Konflikte noch die Expansion des Kapitalismus.

In Kurdistan hatte und hat die Pandemie keine Priorität. Aber auch in vielen anderen Teilen der Welt, in denen Kriege und Konflikte bestimmend sind, waren die Menschen mit ihrem Überleben beschäftigt.

Viele glaubten, dass sich mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden, der am 20. Januar sein Amt antrat, einiges zum Positiven wenden würde, indem er die aggressive Politik Trumps korrigieren würde. Vor allem die kriegsgebeutelten Regionen des Mittleren Ostens und Nordafrikas wünschten sich eine Verbesserung. Ähnliche Erwartungen gab es zeitweise auch unter kurdischen Nationalisten, die es sich ohnehin zur Tradition gemacht haben, auf einen Retter zu hoffen. Der Mehrheit der politisierten Kurd:innen hingegen war klar, dass die USA immer noch hinter dem Projekt des erweiterten Mittleren Ostens (Greater Middle East Project) stehen. Mit Biden würden Methoden, Form und Stil zwar etwas abgemildert werden, der US-Strategie einer Weltmacht würde allerdings weiterhin gefolgt werden.

Für die USA mit Biden, als treibende globale Macht der kapitalistischen Moderne, war vorgesehen gewesen, einige Probleme vor allem im Mittleren Osten zu lösen. Biden war damit befasst, zunächst die Politik Trumps, der das Land politisch sehr stark isoliert hatte, zu korrigieren. In milden Tönen untermalte Biden seinen Beginn damit, dass er sich nicht nach der Art und Weise Trumps richten werde, sondern dass »America First« nur mit Bündnissen um sich herum möglich sei. Er suche den »Dialog« und die »Zusammenarbeit« – ein entsprechendes Motto für den NATO-Gipfel im Juni 2021: »2030 – Gemeinsam in eine neue Ära«. Dabei heißt die Organisation »Nordatlantikpakt«, wird auch »Atlantisches Bündnis« genannt. Die Worte Bündnis oder Pakt unterstreichen doch die Gemeinsamkeit. Wozu also noch eine zusätzliche Betonung dessen? Ähnlich wie Trump sieht auch Biden die USA als die Weltmacht. Trump hatte die anderen Mächte der Welt vertrieben, Biden muss sie wieder um die USA herum sammeln. Gemeinsam ins Jahr 2030 bedeutet gemeinsam mit den USA.

Sofort wurden auf diesem Gipfel auch die neuen Feinde ausgemacht, welche die anderen 29 Staaten gemeinsam mit den USA bekämpfen müssen, nämlich China und Russland.

Mögen die USA sich nach wie vor als Supermacht oder Weltmacht sehen, die Realität spricht allerdings eine andere Sprache. So einfach ist es für sie seit dem Ende des Kalten Krieg nicht mehr. Die Herausforderungen sind enorm, was die USA zu mehr Kompromissbereitschaft nötigt. Die größte unter diesen Herausforderungen ist die wachsende Wirtschaftsmacht China. In Südamerika, Asien, Afrika, Australien und auch in Europa findet ein Wettbewerb zwischen diesen Mächten statt, welche die politischen Balancen der nahen Zukunft entscheiden werden. Das bietet vielen Dritten die Chance, von diesem Wettbewerb zu profitieren. So wie die USA Indien gegen China aufputschen, investiert China wirtschaftlich in Indien und öffnet sich somit Türen zur Politik.

Ohnehin sind die USA derart durch die von ihnen verursachten Konflikte und Kriege beeinträchtigt, dass sie dieses Jahr eine kritische Entscheidung wie die zum Rückzug aus Afghanistan trafen. Dieser Vorgang allein hat einen großen Schatten auf ihre Macht geworfen.

Die Türkei unter Erdoğan – eine nationale und internationale Last

Eine ganz besondere Herausforderung für die USA im Mittleren Osten war und ist die Türkei. Als Mitgliedsstaat der NATO mit deren zweitstärkster Armee wurde sie seit ihrem Beitritt 1952 gedopt. Egal welches Regime gerade an der Macht war, die Türkei wurde stets als NATO-Mitglied unterstützt. Selbst während der Militärputsche, die tausende Menschenleben kosteten, blieb sie es problemlos. Auch die barbarische genozidale Politik gegenüber den Kurd:innen änderte nichts an dieser Mitgliedschaft. Diese Tatsachen allein zeigen, dass es der NATO egal ist, welche brutale Regierung an der Macht ist, die Türkei bleibt strategischer NATO-Partner. Noch heute, wenn es um den Einsatz von C-Waffen oder die gezielte Tötung von Politiker:innen mithilfe türkischer Drohnen geht, wird für die Türkei ein Auge zugedrückt. Auch die Europäische Union oder die Organisation für das Verbot chemischer waffen (OPCW) verhalten sich nicht anders..

Mag sein, dass die Türkei auch heute ein strategisch wichtiger Partner der NATO, der EU im Mittleren Osten ist, für die Kurd:innen und alle anderen unterdrückten ethnischen, religiösen und politischen Gruppen stellt das faschistisch-rassistisch-sexistische türkische AKP-MHP-Regime eine Lebensgefahr dar.

Der Kampf der Kurd:innen hat gegen diese Gefahr auch 2021 einen großen Erfolg zu verzeichnen. Denn Anfang Februar verlor die Türkei die Schlacht gegen die Guerilla der Volksverteidigungseinheiten (HPG) und die Frauenguerilla (YJA Star) in der Region Gare in Südkurdistan (Nordirak). Dabei hatte die türkische Armee auf die beste Militärtechnologie gesetzt. Um die Niederlage gegenüber der türkischen Öffentlichkeit zu vertuschen, wurden 13 seit mehreren Jahren unversehrt unter dem Schutz der HPG befindliche Kriegsgefangene, alle ehemalige türkische Militärangehörige, ermordet. Das führte zu einer kritischen Hinterfragung des AKP-MHP-Regimes, das sich mit einem Sieg die Verlängerung seiner Macht erhoffte. Geschockt durch diese Niederlage, war Erdoğan, der täglich in türkischen Medien den Sieg versprochen hatte, lange Zeit medial nicht mehr zu vernehmen. Sämtliche regimegesteuerten Medien hatten 24 Stunden täglich den Sieg vorausgesehen. Was herauskam, war eine türkische Niederlage, aber ein kurdischer Sieg der HPG-YJA-Star-Guerilla. Auch die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans PDK hatte mit Geheimdienstinformationen kräftig mitgeholfen. Sie hatte durch ihre Peschmergas der Guerilla im Voraus mehrere Wege versperrt, um deren Mobilität zu behindern. Das Ziel war, gemeinsam die Guerilla im Gebiet Gare zu umzingeln und sie dann mit allen Mitteln zu vernichten. Doch dieser Plan lief ins Leere. Gestärkt durch den Sieg der Guerilla in Başûr (dem »Süden« Kurdistans) feierten Millionen Menschen am 21. März in verschiedenen Gebieten Nordkurdistans (Bakur) Newroz, Millionen forderten bei den Newrozfesten die Freilassung des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan. Das AKP-MHP-Regime war unter immensen Druck geraten und musste daher ein Telefonat zwischen Abdullah Öcalan und seinem Bruder am 25. März ermöglichen. Doch auch bei diesem Telefonat, das nur vier bis fünf Minuten dauern sollte, waren bei der Staatsanwaltschaft die Rachegelüste und die Wut des Staates wegen der Niederlage spürbar. Öcalan kritisierte seinen Bruder, in Zukunft solche Angebote des Staates nicht zu akzeptieren. Denn ihm stünde ohnehin das Recht zu, mit der Familie und den Anwälten telefonieren zu können. Die Kritik bezog sich auf die dauernde Verletzung seines legitimen Rechts. Durch das auf politischen Druck hin erfolgte Telefonat wurde noch einmal klar, dass auf der Gefängnisinsel İmralı kein Recht, sondern ein Willkürregime regiert. Anstelle des Rechts sind politische Interessenlagen entscheidend.

Der Papst in Südkurdistan

Ein wichtiges Ereignis im März war der Besuch des Papstes im Irak und in Südkurdistan. Es liegt auf der Hand, dass es ihm nicht nur um religiöse Angelegenheiten ging, schließlich ist er auch noch Staatsoberhaupt des Vatikan. Die Reise war mehr politischer als religiöser Natur. Zum einen besuchte er

Ali as-Sistani, das Oberhaupt der dortigen Schiiten, der eine kritische Haltung zum Iran als Zentrum des Schiismus hat. Seit Jahren sind auch die USA bemüht, eine Spaltung im Schiismus zu erzeugen. Konkret soll nicht mehr Qom im Iran religiöses Zentrum der Schiiten sein, sondern Nadschaf und Kerbala im Irak, historisch gesehen Ursprungsstätten dieser Religion. Das Mullah-Regime jedoch hatte nach 1979 die Stadt Qom im Iran zum Zentrum erklärt, as-Sistani sieht es in Kerbala und Nadschaf. Der Papst hat durch seinen Besuch bei as-Sistani und anderen irankritischen Schiiten eine deutliche Botschaft vermittelt.

Auch hat er mit seinem Besuch bei Nêçîrvan Barzanî, dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, die PDK legitimiert, die wegen Korruption und Vetternwirtschaft Südkurdistan ruiniert. Die PDK ist führungsunfähig, da sie das Land regelrecht ausraubt und die Menschen in den Hunger treiben. Allein in diesem Jahr haben Zigtausende Kurd:innen Südkurdistan verlassen und den gefährlichen Weg in Richtung Europa angetreten. Mehrheitlich sind es junge Menschen und Familien, die keine Zukunft mehr im »Freien Kurdistan« sehen. Dieser Umstand wurde jüngst durch die 8.000 kurdischen Flüchtlinge an der Grenze zwischen Polen und Belarus international bekannt. Zuletzt ertranken 27 Menschen im Ärmelkanal, die meisten von ihnen kamen auch hier aus Südkurdistan.

Die Menschen verarmen zu lassen, dann den Weg zur Flucht zu öffnen und davon wirtschaftlich zu profitieren, das entbehrt jeder humanen Haltung. Recherchen ergaben, dass die Schlepper unter der Kontrolle des türkischen Geheimdienstes MIT und dem Geheimdienst der PDK Parastin stehen. Der Türkei geht es um ein Kurdistan ohne Kurd:innen, der PDK darum, das strategische Bündnis mit der Türkei aufrechtzuerhalten. Die PDK hat Erdoğan ihre Tore geöffnet. Nicht nur in politischer und militärischer, sondern vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Die De-facto-Staatlichkeit ermöglicht es ihnen, sich zu bereichern, und sie profitieren vom PKK-feindlichen Kurs der USA, der EU und vor allem der Türkei. Würde morgen ein Friedensprozess zwischen der PKK und der Türkei beginnen, wäre das zum Nachteil der PDK. Deshalb hilft sie Erdoğan beim Krieg gegen die PKK.

Regierungsbildung im Irak

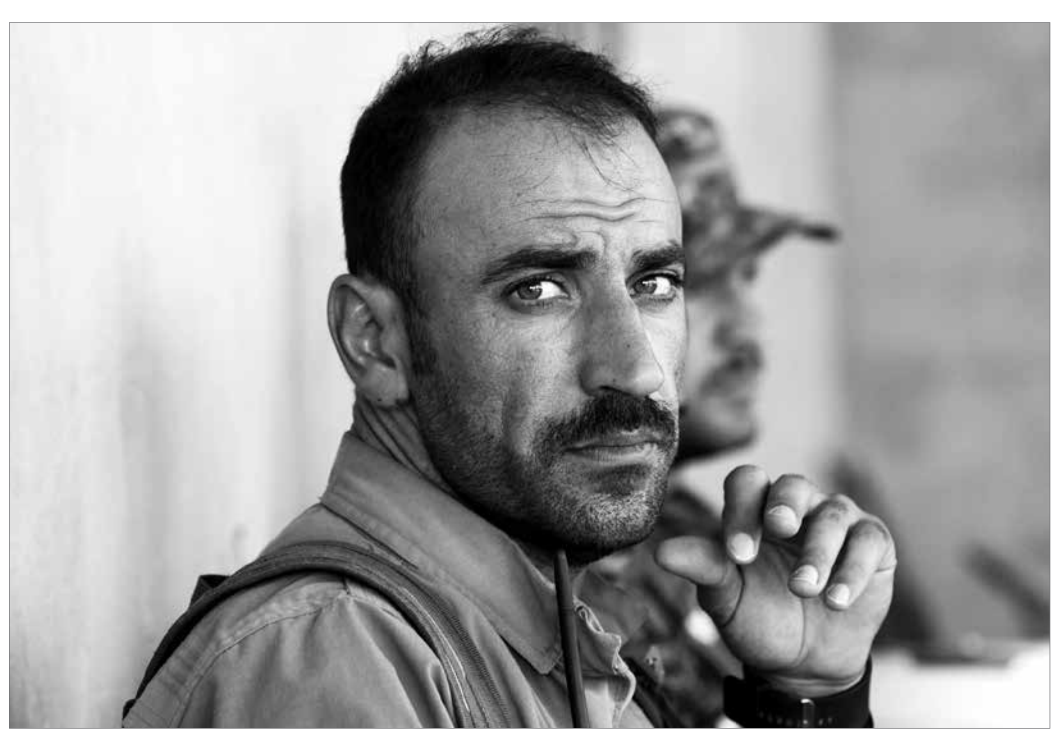
Durch Manipulationen gelang es der PDK auch, bei den irakischen Parlamentswahlen im Oktober ihren Stimmenanteil zu steigern. Zuverlässige Quellen jedoch stellen klar, dass die Wahlbeteiligung in Kurdistan bei 25 % lag. Angesichts dessen hat keine der Parteien diese Wahlen gewonnen. Die als die »wahre Oppositionspartei« in die Geschichte Südkurdistans eingegangene Gorran (Bewegung für Wandel) hat eine totale Niederlage hinnehmen müssen, da sie an der Regierung mit der PDK beteiligt war und sich ihr mit der Zeit annäherte. Sie hat keinen einzigen Parlamentssitz bekommen.

Die Zahl der Angriffe des »Islamischen Staates« (IS) vor allem in den »kritischen Gebieten« Südkurdistans, besonders um die Ölregion Kerkûk herum, hat wieder zugenommen. Plötzlich schießt der IS wie ein Pilz aus dem Boden. In diesem Prozess einer neuen politischen Orientierung des Irak kämpfen die Staaten USA, Iran, Türkei um eine Machtposition. Die Türkei benutzt die ankaratreuen Turkmenen in den Gebieten um Kerkûk, Tel Afar; zum Teil hat Ankara auch Pakte mit sunnitischen Arabern in der Region Mûsil (Mosul) geschlossen, um dort eine sunnitische Vormacht zu konstituieren.

Der Genozid an den Êzîden dauert an

Zur Region Mûsil gehört das strategische Gebiet Şengal (Sindschar), das von den Êzîd:innen Êzîdxan (Land der Êzîden) genannt wird. Hier schloss die PDK am 9. Oktober 2020 unter Vermittlung der UN im Irak (UNAMI) ein Abkommen mit der irakischen Regierung; Erdoğans Regime hat hinter den Kulissen über die PDK kräftig mitgemischt. Bei diesem Abkommen geht es darum, Şengal wieder Bagdad und der PDK zu unterstellen, bei geteilter Macht. In diesem Falle wird die PDK ihren Anteil der Macht mit der Türkei teilen, weil diese maßgeblich an der Ausarbeitung dieser Vereinbarung beteiligt war. Die Êzîd:innen wehren sich dagegen, da gegen beide immer noch großes Misstrauen herrscht. Zur Erinnerung: Sie hatten am 3. August 2014, als der IS die Êzîd:innen angriff, ihre militärischen Kräfte zurückgezogen und sie ihren Mördern überlassen. Die Türkei und die PDK bestehen immer noch auf der Umsetzung des o.g. Abkommens. Als Druckmittel setzt die Türkei Drohnenangriffe ein. Gezielt wurden bekannte politische Führer wie Seîd Hesen am 16. August und zuletzt Merwan Bedel am 7. Dezember ermordet, letzterer mitten im Stadtzentrum von Xanesor, als er seine Kinder zur Schule fuhr. Sein Wagen wurde von einer türkischen Drohne (SIHA) angegriffen, er starb, während zwei seiner Töchter von Zivilist:innen aus dem brennenden Auto gerettet wurden. Ähnlich hatte eine türkische Drohne die bekannte Familie Gulo in Qamişlo am 9. November 2021 mitten im Stadtviertel angegriffen, wobei der 85-jährige Yusif Gulo und seine Enkel Mazlûm Mustafa und Mihemed Mehmud umkamen. Die türkischen Medien feierten dies als »Deaktivierung« der engsten Freunde Öcalans.

Dies ist eine neue Taktik des türkischen Regimes. Ähnlich wie die Familie Gulo hatte auch Merwan Bedel sein Land nicht verlassen, sondern gegen den IS gekämpft. Mit den HGP und YJA Star und den Volks- und den Frauenverteidigungs-



Merwan Bedel Foto: anf

einheiten (YPG und YPJ) kämpfte er Schulter an Schulter, um sein Volk vor dem Genozid zu retten. Später übernahm er als Ko-Vorsitzender des Exekutivrates einen politischen Posten im Rat der Êzîden in Şengal. Merwan Bedel wie Yûsif Gulo sind in der kurdischen Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten, die in hohem Maße Sympathie und Respekt genossen.

Zuvor hatten türkische Drohnen am 17. August in Şengal ein Krankenhaus angegriffen, wobei acht Personen ermordet wurden. Die Drohnen schweben seit dem Abkommen vom 9. Oktober wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Êzîd:innen. Erdoğan will Şengal als strategisches Gebiet besetzen, das ist Teil seiner Expansionsstrategie. Schon oft hat er betont, dass er Mûsil und Kerkûk als ehemalige osmanische Provinzen wiederhaben will. Was er 2014 mit dem IS nicht geschafft hat, versucht er nun, mithilfe der Drohnen zu erreichen.

Angesichts der Ereignisse in Şengal 2021 ist die Gefahr der Fortsetzung des Genozids an den Êzîd:innen leider nicht auszuschließen. Von einem Genozid kann gesprochen werden, wenn eine bestimmte Gruppe aufgrund ihrer Gruppenmitgliedschaft angegriffen wird, wie im Falle der Êzîd:innen. Allerdings geht dieser Genozid alle Kurd:innen an, da es die Êzîd:innen sind, die immer noch Urelemente der kurdischen Kultur und Sozialstruktur lebendig gehalten haben.

Das internationale Schweigen ist ein weiterer Grund, warum die Türkei freies Feld hat für diese Art von Angriffen. Es ist daher Heuchelei, wenn Staaten und staatliche Institutionen auf die Mitleidsschiene setzen. Die Êzîd:innen brauchen kein Mitleid, sondern die Umsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 durch die UN. Darin geht es um die Rechte, die jedem einzelnen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder politischer Überzeugung zustehen, und es werden beispielsweise das Recht auf Leben, auf die Abwesenheit von Sklaverei und Folter und auf Religionsfreiheit festgeschrieben. Ebenso werden für alle Menschen Gleichheit vor dem Gesetz und Versammlungsfreiheit gefordert.

Die Patriotische Union Kurdistans (YNK), die in diesem Jahr vor der Spaltung stand, konnte durch Interventionen von Stammesführern und bekannten Persönlichkeiten und den Beistand mancher PKK-Politiker:innen einer Krise gewissermaßen ausweichen. Seit Beginn des Jahres haben die PDK und die Türkei alles darangesetzt, die beiden Talabanî-Cousins gegeneinander aufzuhetzen. Beide führten die YNK als Ko-Vorsitzende. Eine Schwächung der Partei würde sowohl der Türkei den Weg bis an die Grenzen des Irans ebnen, als auch der PDK helfen, ihre Macht zu erweitern. Ein paar Tage vor den Wahlen hatte der Ko-Vorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Cemil Bayık, die Kurd:innen aufgerufen, für die YNK zu stimmen. Dies war ein ungewöhnlicher Schritt, da sich die KCK selten in südkurdische Angelegenheiten einmischt. Dieser Aufruf hat der YNK eine Menge Stimmen gebracht. Es ist leider eine Tatsache, dass Spaltungen in den politischen Parteien in Südkurdistan nicht ohne die Einmischung externer Kräfte zustande kommen. Bei der YNK sind vor allem die Türkei und die PDK am Werk. Der Türkei war es gelungen, die PDK zu einem strategischen Partner aufzubauen und in einen Konflikt mit der PKK zu treiben; mit der YNK hatte sie in der Hinsicht bislang keinen Erfolg. Zum Bespiel über gezielte Angriffe auf Kurd:innen aus dem Norden

(dem türkisch besetzten Teil), wie zuletzt die Ermordung von Şükrü Serhat (Yasin Bulut) im YNK-Zentrum Silêmanî am 17. September 2021 durch türkische Todesschwadronen, versucht sie das zu erreichen. Şükrü Serhat hatte wegen seiner Aktivitäten für die PKK lange Jahre in der Türkei im Gefängnis gesessen und ging nach seiner Freilassung nach Südkurdistan. In Silêmanî hielt er sich zur medizinischen Behandlung auf.

USA eilen Erdoğan zu Hilfe

Am 14. April hatte die US-Botschaft in Ankara über Twitter an die 2018 ausgelobten Kopfgeldprämien für die führenden PKKler wie Cemil Bayık, Murat Karayılan und Duran Kalkan erinnert. Für die PKK war diese Botschaft klar und deutlich: Auch Biden wird im Zusammenhang mit der PKK keine politische Lösung anstreben. Die Alarmglocken schrillten laut in Kurdistan. Dieser Schritt signalisierte einen Deal zwischen den USA und dem Erdoğan-Regime. Erneut war ein antikurdischer Kompromiss mit Gewalt zu erwarten. Tatsächlich folgte dieser dann zehn Tage später.

In der Türkei wurde dies mit Jubel aufgegriffen. Politisch war es ein bekanntes Spiel: Die neue Biden-Regierung wollte zeigen, dass sie auf der Seite der Türkei stehen. Es ging aber auch darum, die Türkei vor einem Schritt, der Biden in die Geschichtsbücher schreiben würde, etwas weichzukochen. Am 24. April, zehn Tage, nachdem die US-Botschaft an die Kopfgeldprämien erinnert hatte, erklärte der neue US-Präsident, dass er den Genozid an den Armenier:innen anerkenne. Der 24. April 1915 gilt als Beginn des Genozids, dem etwa 1,5 Millionen Armenier:innen zum Opfer fielen. Erstaunlich war die Reaktion Erdoğans: Statt wie üblich mit seinem Finger auf den US-Präsidenten zu zeigen und ihn zu beschimpfen, blieb er trotz der Tatsache, dass es deshalb jedes Jahr am 24. April zu einer Krise zwischen der Türkei und den USA kam, seltsam ruhig. Die plausible Erklärung war, dass im Telefonat zwischen Biden und Erdoğan einen Tag zuvor ein Tauschgeschäft vereinbart worden war. Erdoğan bekam grünes Licht für seine geplante Großoffensive gegen die PKK, Biden würde nach der Anerkennung des Genozids an den Armenier:innen keine schärferen Töne in dieser Sache anschlagen. Für die Armenier:innen war dieser Schritt sehr wichtig. Für die Kurd:innen hingegen war es ein erschreckendes Signal, denn zu genau wissen sie über den Genozid am Nachbarvolk Bescheid. Die Militäroffensive am Jahrestag dieses Genozids zu beginnen, brauchte keine weitere Erklärung. Erdoğan brauchte unbedingt einen Sieg, um politisch zu überleben – sein Sieg sollte seine größten Herausforderer treffen, die Kurd:innen und ihre führende Kraft, die PKK. Denn es ist die PKK, die für ganz Kurdistan Schutzmacht ist, wie zuletzt gegen den IS 2014. Es ist auch die PKK, die Erdoğan bei der Expansion für seinen Traum einer Großtürkei auf dem Territorium des ehemaligen Osmanischen Reiches in Nordsyrien und im Nordirak im Wege steht. Beides sind kurdische Gebiete. Ohne eine Schwächung der PKK sieht es ganz düster aus für die Zukunft von Erdoğan und seinem Partner, dem Vorsitzenden der MHP, Devlet Bahçeli.

Es mag für Außenstehende übertrieben klingen, aber eine Niederlage der Guerilla hätte den Weg für Erdoğans Ziel bereitet, zum einen die Kurd:innen mundtot zu machen und andererseits Südkurdistan zu besetzen. Dass die Politik jeglicher ethischen Grundlage entbehrt, zeigt das genannte Beispiel. Der Genozid an den Armenier:innen ist eine offene Wunde des vergangenen Jahrhunderts und nicht nur ein Trauma für sie, sondern für alle Völker der Region.

Am Krieg gegen die PKK sind seit ihrer Gründung am 27. November 1978 mehrere türkische Regierungen gescheitert. Seit dem Beginn des bewaffneten Widerstands erhält die Türkei große Rückendeckung durch die NATO und von Anbeginn an durch den deutschen Staat. Seit der Verfolgung der PKK mit dem Düsseldorfer Prozess 1989 ist jede Regierung in Deutschland systematisch Teil des Versuchs, die PKK zu schwächen. Daher ist in kurdischen Zirkeln gar nicht von deutschen Regierungen die Rede, sondern vom deutschen Staat. Denn tatsächlich, ob konservative, liberale oder sozialdemokratische Regierung, die Verschärfung des PKK-Verbots von 1993 ist immer weiter ausgedehnt und vertieft worden. Ob es der neuen Ampelregierung gelingen wird, den PKK-feindlichen Kern im deutschen Staat zu einer Aufhebung des PKK-Verbots zu bewegen, bleibt abzuwarten. Sicher wird es diese Regierung nicht leicht haben, die politisch zum Himmel stinkenden Folgen des AKP-MHP-Regimes zu verteidigen, geschweige denn zu decken.

Auch diese Schlacht hat Erdoğan verloren

Seit dem 24. April greift die Türkei mit Drohnen, Kampfflugzeugen, C-Waffen permanent und flächendeckend die Guerillagebiete Zap, Avaşîn und Metîna im Grenzdreieck Türkei/Irak/Iran in den kurdischen Regionen auf irakischem Territorium an. Was sie nicht wusste: Die HPG-YJA-Star-Guerilla hat in den letzten Jahren ihre Verteidigungstaktiken und -strategien radikal modernisiert. Die türkische Armee ist nunmehr mit einer Verteidigungskraft konfrontiert, die der Türkei unbekannte Methoden des Widerstandskampfes anwendet. Auch die Mobilitätstaktik wurde grundsätzlich geändert. Zudem kämpft sie in weit verzweigt angelegten Tunnelanlagen. Weder die SIHA-/IHA-Drohnen, mit denen Erdoğan vor der Weltöffentlichkeit protzt, noch die C-Waffen konnten den Kampfeswillen der Guerilla brechen. Wie immer seit 1984, dem Beginn des bewaffneten Widerstands gegen die türkische

Armee, schweigt die NATO zum C-Waffen-Einsatz ihres Partners. Denn es sind ja die »bösen Kurden« der PKK, die sich der Türkei und damit der NATO nicht beugen.

Krieg gegen Kurd:innen an allen Fronten führt zum Ende der Ära Erdoğan

Das AKP-MHP-Regime unter Erdoğan und Bahçeli neigt sich seinem Ende zu. Hätten sie die Offensive in Gare im Februar und die vom 24. April, die immer noch andauert, gewonnen, hätten sie ihre politische Zukunft gerettet.

Gegen Rojava wurde nicht nur militärisch Krieg geführt, sondern auch wirtschaftlich. Die stärkste Waffe, die die Türkei gegen Nord- und Ostsyrien einsetzte, war das Wasser. Zu Jahresbeginn wurde über die auf türkischer (nordkurdischer) Seite liegenden Staudämme die Durchflussmenge des Euphrat reduziert, was in Rojava zu erheblichem Wassermangel führte. Die Agrarwirtschaft wurde stark beeinträchtigt; die aus Wasserenergie gespeiste Stromproduktion musste gedrosselt werden. Nicht nur die Kurd:innen, sondern alle Volksgruppen, die sich in der Autonomie zusammengeschlossen haben, sollten gegen die Autonomieverwaltung aufgehetzt werden, die den Strom- und Wassermangel nicht sofort beheben konnte.

Zuletzt hatte Erdoğan Anfang Oktober mit einer neuen breit angelegten Militäroffensive gegen Nord- und Ostsyrien gedroht. Im Krieg gegen die HPG und YJA Star in Südkurdistan hatte er den erhofften Sieg nicht erreicht. Mit einer neuen Front gegen die Kurd:innen wollte er die nationalistischen Stimmen in der Türkei für sich gewinnen, die ihm inzwischen sehr kritisch gegenüberstehen. Solch ein Krieg sollte die Menschen in der Türkei von der Wirtschafts- und politischen Krise ablenken. Zudem sollte dadurch die wachsende Kritik an seiner Führung zum Schweigen gebracht werden. Seine Drohungen wurden aggressiver, vor allem vor dem G20-Gipfel in Rom am 30./31. Oktober. Zuvor hatte er mehrmals bei Biden regelrecht um ein Gespräch gebettelt. Unterstützt von seinen Medien hatte er bereits einen virtuellen Krieg begonnen. Dies alles sollte dazu dienen, von Biden grünes Licht dafür zu bekommen. Die Erwartung erfüllte sich bislang nicht, da er die US-amerikanischen Rechnungen nicht einkalkuliert hatte. Das Einverständnis für einen Krieg Erdoğans gegen die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien würde die eigene Position der USA im Mittleren Osten schwächen. Nach der Niederlage in Afghanistan und dem andauernden Konflikt mit dem Iran im Irak können sie sich einen solchen Krieg nicht leisten. Biden hatte im Gespräch mit Erdoğan in Rom seinen Segen nicht gegeben. Zudem sind die USA bemüht, auf dem Umweg über arabische Staaten mit dem syrischen Präsidenten al-Assad in den Dialog zu treten. Nicht zufällig fand daher ein hochrangiger Besuch aus den arabischen Staaten in Damaskus statt. Zuletzt hatte Jordanien, ein enger Partner der USA, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem syrischen Regime vereinbart. Es sieht so aus, dass die USA im kommenden Jahr schrittweise den syrischen Konflikt mit der Akzeptanz al-Assads auf den diplomatischen Tisch bringen will. Hier wird die politische Haltung der Autonomieverwaltung in Nord- und Ostsyrien entscheidend sein. Denn de facto ist seit der stillen Revolution vom 19. Juli 2012 in Rojava ein neues demokratisches Gebiet im Norden und Osten Syriens bis nach Deir ez-Zor gebildet worden.

Parallel zu den USA hatte es die Türkei mit Russland versucht. Allerdings auch ohne Erfolg. Für die Unterstützung Russlands für einen Krieg hatte Erdoğan mit dem Verkauf türkischer SIHA-Drohnen an putinkritische Kräfte in der Ukraine gedroht. In diesem Doppelspiel hat Russland wiederum, das für seine Präsenz in Syrien von dessen Regime abhängig ist, mit dem geplanten türkischen Krieg als Drohung gegen die Kurd:innen argumentiert, um das Regime an seiner Seite zu halten. Die Kurd:innen sollten die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft zu 75 % an das Regime abführen und lediglich die restlichen 25 % behalten können. Das Problem ist nicht nur diese ungerechte Forderung, sondern vor allem diejenige, dass die Kurd:innen wie auch die anderen an der Autonomieverwaltung beteiligten Volksgruppen bis auf das Recht auf Muttersprache keine demokratischen Rechte beanspruchen sollen. Es war ihnen bewusst, dass Russland sie nicht unter Druck setzen kann, da in den Gebieten, die Erdoğan als Kriegsziele ankündigte, auch der Iran präsent ist. Es waren Regionen, die wie Tel Rifat nach Aleppo führen. Hier agiert zumeist das syrische Regime zusammen mit dem Iran.

Erdoğans Kriegsplanung ist bislang nicht realisiert worden, was nicht heißt, dass es nicht passieren wird. Er wartet auf eine Gelegenheit. Denn er ist auf einen Krieg gegen die Kurd:innen angewiesen.

Kurdische Erfolge ermutigen die türkische Opposition

In innenpolitischer Hinsicht haben Erdoğans Niederlagen auch sein Ende vorbereitet und die Erfolge der Kurd:innen die Opposition gestärkt. Daraufhin versagte die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) am 26. Oktober im Parlament dem Gesetzentwurf für die Verlängerung des Militäreinsatzes in Syrien und im Irak ihre Unterstützung. Dennoch erneuerte das Parlament die Genehmigung für den Militäreinsatz. Dieses Gesetz erteilt dem türkischen Staat die Befugnis zur Verlegung türkischer Truppen auf fremdes Territorium.

Die Haltung der CHP beruhte durchaus nicht auf Demokratie- oder Menschenrechtserwägungen. Bislang hatte sie allen solchen Anträgen zugestimmt. Allerdings sah sie jetzt ein, dass trotz der parlamentarischen Befugnis das Erdoğan-Regime keine Resultate erzielt, sondern im Gegenteil das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich in eine Sackgasse manövriert hat. Für den großtürkischen Traum hat Erdoğan auch die türkische Wirtschaft geopfert. Anstelle der Exportzahlen sind die des Imports gestiegen. Die agrarwirtschaftliche Produktion stagniert. Die Privatisierung staatlicher Betriebe hat die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben. Die steigende Inflationsrate ist außer Kontrolle geraten. Auch wenn in diesem Jahr die Minister für Wirtschaft und Handel ausgetauscht wurden, konnte das Erdoğan-Regime den Wert der türkischen Lira nicht halten; er ist im Jahre 2021 immer weiter gefallen, wogegen der des US-Dollars und des Euros ständig gestiegen ist. Infolgedessen haben sich Produkte wie Benzin, Öl, und vor allem Lebensmittel etc. extrem verteuert, und die Menschen in der Türkei protestieren auf der Straße.



HDP-Kundgebung in Colemêrg: Wir sind zusammen, für Freiheit, für Frieden, für Demokratie. Foto: hdp

Die CHP sieht die Gunst der Stunde, die der kurdische Widerstandskampf ermöglicht hat, und bereitet sich auf eine Ära nach Erdoğan vor. Hierbei braucht sie auch die Unterstützung der Demokratischen Partei der Völker (HDP), die wie bei den Parlamentswahlen 2018 und den Kommunalwahlen 2019 die Königsmacherin war. Erdoğan ist es nicht gelungen, durch den Verbotsantrag gegen diese Partei und zahlreiche Anträge auf Immunitätsaufhebung gegen HDP-Abgeordnete den kurdischen Kampf für Demokratie zu schwächen. Obwohl kurdische Politiker:innen, Aktivist:innen, Journalist:innen, Frauenrechtlerinnen zu Tausenden in den Gefängnissen sitzen, war es nicht möglich, die Kurd:innen von ihrem Kampf abzubringen. Gegen kurdische Frauen führt Erdoğan einen gesonderten Krieg. Sämtliche Einrichtungen kurdischer Frauen wurden geschlossen. Jüngst hat dieser Krieg mit der Festnahme der bekannten langjährigen Aktivistin Ayşe Gökhan seinen Höhepunkt erreicht.

Aber Erdoğan geht nicht nur gegen kurdische Frauen vor, sondern betreibt allgemein eine frauenfeindliche Politik. Dies hat er der Welt mit dem Austritt aus der Istanbul-Konvention gezeigt, die die Frauen vor Gewalt schützen soll. Im Juli wurde dieses Abkommen aufgekündigt. Denn Erdoğans Ideologie beruht auf der Männerherrschaft. Auch hier konnte der Europarat, der sich für dieses Abkommen verantwortlich zeichnet, seiner Verpflichtung nicht nachkommen. Er hätte die Türkei ausschließen können. Erdoğan hat die Gewaltspirale gegen Frauen seitdem erheblich angezogen.

Die Isolationshaft gegen Öcalan – eine dauerhafte Wunde der Kurd:innen

Erdoğan hat seine Gewaltpraktiken auch auf İmralı gegen Abdullah Öcalan verstärkt fortgesetzt. Als ob die rechtswidrige Isolationspolitik nicht ausreichen würde, wurden gegen ihn mehrere Disziplinarstrafen verhängt. Einmal wegen »schneller Schritte« bei der sportlichen Betätigung während des Hofgangs. Deshalb bekam er ein Familienbesuchsverbot für drei Monate, für andere nicht bekannte irrsinnige Dinge jeweils sechsmonatige Besuchsverbote für die Anwält:innen.

Obwohl das Antifolterkomitee CPT und auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan, Ömer Hayri Konar, Veysi Aktaş und Hamili Yıldırım auf der Gefängnisinsel İmralı für inakzeptabel erklärt hatten, mimte das Erdoğan-Regime die drei Affen (»nichts sehen, nichts hören, nichts sagen«) und ignorierte wie üblich die Aufrufe.

Allerdings haben auch die genannten Organisationen keine weiteren Maßnahmen im Rahmen ihrer Verantwortung ergrif-

fen, um das türkische Regime als Mitglied des Europarates zur Rechenschaft zu ziehen. Daher blieb İmralı ein Ort, an dem systematisch das Recht verletzt wird. Die Kurd:innen reden seit langem von İmrali als der Stätte eines Willkürsystems.

Um den Europarat zu seiner Pflicht zu rufen, erinnerten mehrere Menschenrechts- und juristische Organisationen in der Türkei im Juli den Ministerrat an den Beschluss des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) von 2014. Dieser Beschluss liegt seitdem in den Schubladen des Ministerrates. Am 18. März 2014 hatte der EGMR geurteilt, dass die Türkei mit der Verhängung einer nicht reduzierbaren lebenslangen Freiheitsstrafe gegen Abdullah Öcalan gegen das Verbot einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung und damit gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verstoßen habe. Mitgliedsstaaten wie die Türkei sind verpflichtet, EGMR-Entscheidungen umzusetzen, andernfalls kann das Land ausgeschlossen werden. Auf der Sitzung des als Entscheidungsorgan des Europarats geltenden Ministerkomitees vom 2. Dezember wurde die Türkei aufgefordert, »unverzüglich die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um den derzeitigen Rechtsrahmen in Einklang mit den vom EGMR festgelegten Standards zu bringen«, und des Weiteren »Besorgnis« darüber geäußert, dass die türkischen Behörden bislang »keine sachdienlichen Informationen über die Maßnahmen vorgelegt haben, die zur Behebung der in diesen Urteilen festgestellten Verstöße vorgesehen sind«.

Ferner verlangt das Ministerkomitee von der Türkei Auskunft über die Zahl der derzeit inhaftierten Gefangenen, die mit einer nicht reduzierbaren lebenslangen Freiheitsstrafe ohne Aussicht auf eine vorzeitige Entlassung belegt worden sind.

Bis spätestens Ende September 2022 sollen Auskünfte und Informationen über erzielte Fortschritte im Rahmen der geforderten Maßnahmen vorgelegt sein. Auf der letzten Quartalssitzung im kommenden Jahr will das Komitee dann prüfen, ob sich die Führung in Ankara an die Vorgaben gehalten hat.

Diese Entwicklung zum Jahresende hat natürlich eine positive Resonanz, da nach 22 Jahren Isolationsfolter auf İmralı weder der Wille der Kurd:innen noch der Öcalans zu brechen sind. Die Einsicht des politischen Entscheidungsorgans, endlich zu akzeptieren, dass keine Folter der Welt den Willen Öcalans brechen kann, ist ein Fortschritt. Auch im Jahre 2021 haben die Kurd:innen und Freund:innen des kurdischen Volkes ununterbrochen in Straßburg vor dem Sitz des Europarates, des CPT und des EGMR sowie in ganz Europa, Asien, dem Mittleren Osten, Lateinamerika, Afrika für die Freiheit Öcalans demonstriert.

In das Jahr 2022 gehen wir Kurd:innen mit etlichen Erfolgen. Es ist uns gelungen, überall da, wo wir uns befinden, gegen den Strom unsere Alternative des Demokratischen Konföderalismus als eine Lösung gegen Systeme zu entwickeln, die auf Herrschaft, Gewalt, Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und Ökozid beruhen. Der Krieg des türkischen Staates 2021 gegen die Kurd:innen, der von vielen externen Mächten geduldet, toleriert, gefördert, unterstützt und provoziert wurde, hat uns nicht von unserem Freiheitswillen abbringen können. UN, NATO, EU, ER, OPCW ..., sie alle haben in unterschiedlicher Form auch 2021 bei den Verbrechen des türkischen Staates die drei Affen gespielt. Daher sind sie mitverantwortlich dafür, dass unter Erdoğan eine Türkei entstanden ist, die selbst für sie zu einem Problem geworden ist, weil ihre ausbleibende Reaktion auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen in Kurdistan ihre Existenz und Glaubwürdigkeit infrage stellt. Zumindest hat der Europarat, um sein Gesicht zu wahren, endlich eingesehen, dass Öcalan 22 Jahre lang durch Folter nicht zu brechen war. Es bleibt, dass die OPCW den Einsatz von C-Waffen unter die Lupe nehmen muss, um wenigstens ihr Gesicht zu wahren.

Mit Erdoğan wird die Türkei 2022 keine Chance haben. Das Jahr 2021 hat erneut bewiesen, dass die kurdische Freiheitsbewegung weder mit militärischer noch mit struktureller Gewalt unterzukriegen ist. Daher werden 2022 die Kampagnen zur Entlistung der PKK als führende Kraft des kurdischen Freiheitskampfes »von den Terrorlisten« und für die Freiheit Abdullah Öcalans entscheidende Schritte zur Lösung des türkischen Problems, nämlich Erdoğans Diktatur, werden. Dafür haben die Kurd:innen eine historische Grundlage gelegt, auf der inzwischen auch türkische progressive Kräfte eine Rolle spielen können. Aber auch international spielt die Schwächung der Erdoğan-Diktatur eine große Rolle für alle Völker im Mittleren Osten und in Nordafrika, wo er nicht nur politische und militärische, sondern über die Muslimbrüder-Ideologie gesellschaftliche Balancen stört und vor allem einen Krieg zwischen Männern und Frauen anzettelt. Denn diese Ideologie basiert auf Frauenfeindlichkeit und Verherrlichung des Mannes.

Für all die erwähnten Erfolge haben wir Kurd:innen auch 2021 großartige Revolutionär:innen, führende Herzen und Köpfe unseres Volkes im Krieg des türkischen Faschismus verloren. Das Jahr 2022 wird daher ein Jahr, in dem wir die Freiheitsträume dieser großartigen Menschen realisieren werden. ♦

Der dritte Weg der Demokratischen Partei der Völker HDP

Die Roadmap der HDP und ihre strategische Bedeutung

Tayip Temel, Vize-Ko-Vorsitzender der HDP und Leiter der Kommission für Öffentlichkeitsarbeit

Die Demokratische Partei der Völker HDP wurde gegründet, um einen dritten Weg zwischen den beiden etatistischen Blöcken in der Türkei zu vertreten, indem wir ein dezentral strukturiertes demokratisches Land erschaffen, die bestehenden Probleme lösen und zwischen dem kurdischen Volk, allen unterdrückten und ausgegrenzten Gruppen, Religionen und Geschlechtsidentitäten einen Zusammenhalt entwickeln. Wir haben unsere Partei als Kongresspartei konstituiert, die seit 9 Jahren allen Angriffen, Repressionen, Festnahmen und Verhaftungen trotzt, an ihrem Weg festhält und weiterhin stetig wächst.

Das Fundament der HDP besteht aus den Aspekten Verhandlung und Aufbau. Beide Bereiche entwickeln sich mit dem Ziel, dauerhaft eine gerechte Gesellschaft, Gleichwertigkeit und die Bedingungen für Frieden zu schaffen. Sie existieren aber nicht losgelöst voneinander und stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Die Roadmap der HDP zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Frieden umfasst also sowohl die Verhandlungen mit den herrschenden Mächten als auch das gemeinsame Engagement mit anderen demokratischen Kräften auf der Grundlage gemeinsamer Werte. »Dialog« bedeutet für uns also nicht nur, mit den Herrschenden zu verhandeln.

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, um dem Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichwertigkeit und Frieden einen programmatischen Rahmen zu geben. In der Vergangenheit sind bereits Methoden entwickelt worden, die zeitgemäß sind und zu unseren geografischen Besonderheiten passen. Bis jetzt hat unsere Partei aus ihrer Tradition heraus viele Roadmaps veröffentlicht. Manche von ihnen wurden zunächst teilweise umgesetzt, andere wurden leider durch eine verstärkte Politik der Repression von Anfang an im Keim erstickt.

Was sind die Voraussetzungen für Frieden?

Ein Friedensprozess findet nicht in einem begrenzten Zeitrahmen statt, sondern er ist ein Prozess, bei dem durch Dialog und Konsensfindung die Ursachen für Krieg und Auseinandersetzung beseitigt und die Voraussetzungen für Gleichstellung geschaffen werden. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Grundlagen für den Krieg sich bei allen Beteiligten und Betroffenen über eine gewisse Zeit und über mehrere Eskalationsstufen entwickelt haben. Verhandlungen zu beginnen bedeutet also nicht – wie vielfach angenommen –, Forderungen wie Spielsteine in die Runde zu werfen, sondern setzt ehrliche Bereitschaft und Entschlossenheit voraus. Das ist auch die Grundlage für bleibende Ergebnisse eines solchen Dialogs.

Nachdem die nötigen Voraussetzungen für Verhandlungen geschaffen wurden, muss darüber gesprochen werden, wie die Ursachen für die Auseinandersetzungen und deren Folgeschäden beseitigt werden können. Die Probleme sind bekannt und oft benannt. Jedes einzelne dieser Themen könnte Bände füllen, wir können sie jedoch unter folgenden Kategorien zusammenfassen: rechtliche Voraussetzungen (Aufhebung der Antiterrorgesetze, Wahlrecht/Aufhebung der Prozent-Hürde, Recht auf Gebrauch der Muttersprache in der Öffentlichkeit, Strafgesetzgebung, Presserecht, Beendigung des Gebrauchs nationalistischer und militaristischer Symbole, Gefängnisse, politische Gefangene, die Lage der erkrankten Inhaftierten, Beendigung des Isolationssystems, Entlassung der Dorfschützer, Beendigung der Zwangsverwaltungen); Gerechtigkeit (Fluchtursachen, Abschaffung der Straffreiheit für Entführungen und willkürliche Hinrichtungen – auch in Bezug auf die Vergangenheit –, Untersuchung von Massengräbern und Bestrafung der Verantwortlichen, Zuschreibung der Verantwortung von Massakern, wie z. B. in Roboskî usw.); institutionelle Reformen (Abschaffung des Dorfschützersystems, Räumung von Minenfeldern, Freigabe von militärischen Sperrgebieten für die Besiedlung oder Landwirtschaft usw.); Geschlechtergerechtigkeit (Beteiligung der Frauen an Friedensprozessen in der ganzen Welt, Lösungsvorschläge und Forderungen der Frauen

usw.); Schaffung von Wahrheitskommissionen; Neubewertung der Zusammenhänge zwischen Krieg und Wirtschaft in allen Dimensionen (30 Jahre Krieg und die dadurch für die Bevölkerungen der Türkei entstandenen Kosten, Sicherheitshürden, ungleiche Entwicklung, wirtschaftliche Ausbeutung); und die Entwicklung einer all diese Themen beinhaltenden demokratischen Verfassung.

Über jedes einzelne dieser Themen kann lange diskutiert werden, manche Punkte können auch einfach umgesetzt werden, um den Friedensprozess voranzutreiben. Grundvoraussetzung ist die gegenseitige Anerkennung der Gesprächspartner:innen, gegenseitige Garantien, ein verbindlicher Zeitplan, Schaffung von sicheren Bedingungen und die Beteiligung der Bevölkerung.

Für einen nachhaltigen Erfolg müssen möglichst breite Teile der Gesellschaft in diesen Prozess einbezogen werden, auch wenn einige Aspekte direkt auf staatlicher Ebene gelöst werden können.

Die aktuelle Lage

Global, im Nahen Osten und auch im eigenen Land können wir erkennen, wie wichtig die Einheit der demokratischen Kräfte und die gemeinsame Organisierung sind. Was wir zur Zeit erleben, zeigt uns die Bedeutung und die Wichtigkeit der von uns vertretenen Philosophie.

Bei unseren Demonstrationen für Demokratie, unseren Kampagnen »Gerechtigkeit für alle« und gegen Armut von Frauen, bei den Versammlungen für Arbeit und Brot und unseren Arbeiten gegen die prekäre Lage der Jugend haben wir in den vergangenen 18 Monaten Menschen aus allen Schichten getroffen, in den entlegensten Dörfern Kurdistans bis in die Armenviertel der türkischen Metropolen. Wir hören nicht auf, über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu sprechen und Lösungen zu finden, und wir kämpfen weiterhin ununterbrochen für ein demokratisches Land.

Nachdem wir uns neben den Arbeiten in der Gesellschaft ebenfalls mit politischen Parteien, Arbeits- und Berufsorganisationen, regionalen Vereinen, Frauenorganisationen, Umweltschutzorganisationen, Handels- und Handwerkskammern getroffen hatten, stellten wir am 27. September 2021 unser Positionspapier für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie vor: unsere Roadmap. Das ist ein wichtiger Schritt in einer Zeit, in der viel über unsere Partei diskutiert wird, in der versucht wird, die HDP mit Verbotsverfahren und den Kobanê-Prozessen auf juristischem Wege mundtot zu machen, und uns die faschistische AKP-MHP-Regierung mit allen Mitteln angreift.

> Eine demokratische Türkei ist unser grundlegendes Ziel und die Maxime des Bündnisses. Dieses Prinzip sieht ein gleichberechtigtes Leben aller Volksgruppen vor. Alle auf Kolonialisierung und Herrschaft basierenden Beziehungen müssen überwunden werden. Wir arbeiten daran, die gesamte Türkei darauf auszurichten, allen Völkern eine freie und gleichberechtigte Existenz in einem demokratischen System zu ermöglichen.

Was bezwecken wir mit dem Bündnis für Demokratie?

»Demokratisches Bündnis« bedeutet die Erweiterung des Fundaments für einen gemeinsamen Kampf der gesellschaftlichen und politischen Opposition, der Arbeits-, Umwelt-, Frauen- und Jugendbewegungen sowie den Aufbau der Einheit aller geschlechtlichen Orientierungen, aller Völker und Religionen. Gleichzeitig ist es die Gemeinschaft, die allen Bürger:innen die Möglichkeit gibt, die eigene Zukunft und die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen mitzubestimmen.

Unsere Partei, die ebenfalls aus einem demokratischen Bündnis hervorgegangen war, ist entschlossen, ihre Erfahrungen und Werte – das von ihr erarbeitete Erbe – zu kollektivieren. Wir halten an dem demokratischen Bündnis fest, um die Werte unseres Kampfes zu vergesellschaften und voneinander getrennte Bereiche des Kampfes zusammenzubringen. Wir haben eine dritte Option zwischen der Regierung, die keinen demokratischen Wandel will, und einer Opposition, die durch falsche Politik das Leben dieser Regierung verlängert. Diese Option kann aber nur gelingen, wenn sich wirklich eine möglichst große gesellschaftliche Breite in diesem Bündnis zusammenschließt. Der alleinige Schlüssel zu einer Lösung der ursächlichen Probleme der Türkei liegt in dem Bündnis, das wir als den dritten Weg bezeichnen.

Der dritte Weg bedeutet, für keinen der beiden vorhandenen politischen Blöcke, die die Gesellschaft stark polarisieren, Partei zu ergreifen. Keine der beiden Seiten vertritt die Demokratie, die die Bevölkerung sich wünscht. Eine demokratische Türkei ist unser grundlegendes Ziel und die Maxime des Bündnisses. Dieses Prinzip sieht ein gleichberechtigtes Leben

aller Volksgruppen vor. Alle auf Kolonialisierung und Herrschaft basierenden Beziehungen müssen überwunden werden. Wir arbeiten daran, die gesamte Türkei darauf auszurichten, allen Völkern eine freie und gleichberechtigte Existenz in einem demokratischen System zu ermöglichen.

Das Prinzip des dritten Weges der HDP ist das Fundament für den Aufbau des demokratischen Bündnisses und verschafft ihm mehr Bewegungsfreiheit.

Unser Verständnis und Bestreben eines demokratischen Bündnisses sind grundlegend

Das demokratische Bündnis ist für uns kein taktisches Wahlbündnis. Bei Wahlbündnissen schließen sich politische Parteien für eine Wahl und zur Vorbereitung der Machtverteilung zusammen, ohne dabei von ihren eigenen Vorstellungen abzulassen. Solche Bündnisse stellen für uns das Potential für mehr Raum für politische Manöver und die Chance, Anteil an der Führungsmacht zu erhalten, dar. Das wollen wir nicht. Das Demokratiebündnis ist zu strategisch, um sich auf Wahlperioden eingrenzen zu lassen. Wir wollen alle Teile der Gesellschaft an gemeinsamen Punkten zusammenbringen, um die gesellschaftlichen Probleme anzugehen.

Das demokratische Bündnis kann nicht nur auf die parlamentarisch-demokratischen Kräfte und die gesellschaftliche Opposition beschränkt werden. Eine politische Bewegung, die Gleichheit sowohl prinzipiell als auch praktisch zum Prinzip erkoren hat, hat ihre Quelle in den verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, den Kammern, den diversen gesellschaftlichen Vertretungen usw. Deshalb gehören alle Strukturen, die die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit, das Völkerrecht, die Natur, die Arbeit und die Gleichstellung der Geschlechter verteidigen, zum demokratischen Bündnis, das die Zukunft aufbaut. Diese Einheit umfasst sowohl die zentralen Strukturen auf Landesebene wie auch deren regionale Vertretungen. Aber nicht nur Organisationen, auch einzelne Personen aus den unterschiedlichen Traditionen des Kampfes sind Teil des Bündnisses. Alle Organisationen und Personen, die sich den Kampf für die Rechte der Kurd:innen als Volk zu eigen machen, die Gleichberechtigung aller religiösen Überzeugungen verteidigen und im Kampf um die Rechte alle Mittel und Wege ausschöpfen, die sich für Einheit statt Trennung einsetzen, sind Teil des von der HDP angeführten demokratischen Bündnisses.

Entsprechend unserem Grundsatz, Politik zu vergesellschaften und die Gesellschaft zu politisieren, arbeiten wir ständig an nachhaltiger Vernetzung. Wenn die Treffen der Personen und Organisationen, mit denen wir bis heute Gespräche geführt haben, selbstständig fortbestehen, ist das Bündnis nachhaltig. Wenn die einzelnen Stimmen aus den verschiedenen Kämpfen an Kraft gewinnen und die Forderungen rechtlich garantiert und angewendet werden, wird das die Nachhaltigkeit des Bündnisses sicherstellen.

Wir müssen das demokratische Leben und die demokratische Führung gegen die Herrschenden und die systemimmanente Opposition aufbauen

Wenn Bündnisse nicht nur auf zentraler Ebene bleiben, sondern auch lokal umgesetzt werden und zu einer Bewegung anwachsen, stabilisiert sich ein Gleichgewicht zwischen zentraler und lokaler Politik. Die Partei, die mit diesem Verständnis den Aufbau eines demokratischen Lebens vorantreibt, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht, und dies zusammen mit den Arbeiter:innen, den Frauen, den Jugendlichen und allen Identitäten führend entwickelt, ist die HDP. Die HDP hat die Ideologie, die die Kraft der gemeinsamen Bewegung aller Kreise, mit denen sie im Dialog steht, zur Geltung bringen kann, um gegen das herrschende System und die ihm immanente Opposition ein demokratisches Leben und eine demokratische Führung aufzubauen. Die HDP hat den Mut und das Potential, diesen Kampf anzuführen.

In diesen Tagen, in denen den Menschen kaum die Luft zum Atmen bleibt und die faschistische AKP-MHP-Regierung in vielen Bereichen – von der Wirtschaft bis zur Politik – alles in Trümmer legt, sehen wir, dass unsere Völker dringend einen demokratischen Wandel brauchen und erwarten. Die HDP hat mit ihrer Dialogbereitschaft eine Schlüsselrolle bei diesem demokratischen Neubeginn inne; dass immer größere Teile des Volkes uns als konstituierende politische Kraft für die Lösung der Probleme begreifen, vergrößert unsere Verantwortung.

Solange die Geschichte allein aus der Sicht der Herrschenden, Führenden, der Ausbeuter und Bosse betrachtet wird, wird sich an der Ungleichheit nichts ändern. Aber tief im Verborgenen lässt sich die Gleichwertigkeit spüren. Die Aufrechterhaltung eigener Privilegien ist zweifellos der Grund für das Festhalten der Herrschenden und Ausbeuter an der Ungleichheit. Gleichwertigkeit ist der Schlüssel zu einer wirklichen Lösung der Probleme: Ohne sie können die Probleme vielleicht für einen begrenzten Zeitraum gedeckelt werden, jedoch wird die Gesellschaft unausweichlich in neue Krisen stürzen. ♦

Über die fatalen Folgen der Kurdistanpolitik Deutschlands

»Lieber in Europa sterben als in Südkurdistan leben«

Arif Rhein, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit – Civaka Azad e.V.

Wer sich seiner eigenen Verantwortung nicht stellen möchte, der zeigt gerne mit dem Finger auf andere. Was sich im November vergangenen Jahres entlang der polnisch-belarussischen Grenze abspielte, ist ein bedauernswert eindrückliches Beispiel für diese Art Täuschungsmanöver. Die tausenden, hauptsächlich aus Südkurdistan (Nordirak) stammenden Geflüchteten, boten Anlass für eine medial geführte Diskussion über diktatorische Verhältnisse in Weißrussland und von Moskau organisierte Schleusertätigkeiten und in Menschenhandel verwickelte Fluggesellschaften. Die Lebensverhältnisse in Südkurdistan selbst, also die Fluchtgründe, waren nur ein Randthema. Ganz abgesehen von der Verantwortung deutscher Außenpolitik, die im Rahmen der NATO-Mitteloststrategie in Südkurdistan ein Regime stützt, das jedes Jahr zehntausende Südkurd:innen in die Flucht treibt. Wer die Gründe für diese ununterbrochene Fluchtbewegung verstehen und deren Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen möchte, der wird sich kritisch damit auseinandersetzen müssen, inwiefern der deutsche Staat und seine wechselnden Regierungen spätestens seit Anfang der 90er Jahre entscheidend dazu beitragen, dass die Menschen in Südkurdistan ihre Hoffnung auf ein freies und demokratisches Leben in ihrer Heimat verlieren. Diese Auseinandersetzung richtet letztendlich die Aufmerksamkeit auf eine Frage, die den aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa zu Grunde liegt: Was für eine Art von Beziehung muss Europa zu seinem Nachbarn, dem Mittleren Osten, aufbauen, um ein dringend notwendiges Gleichgewicht zwischen diesen beiden Regionen herzustellen und damit allen Völkern und Gesellschaften ein Leben in ihrer jeweiligen Heimat zu ermöglichen?

Deutschlands Freunde in Kurdistan

Deutschland ist sicherlich nicht das einzige Land, das Beziehungen zur Autonomen Region Kurdistan (Kurdistan Regional Government – KRG; auch: Südkurdistan) unterhält. Dutzende Länder haben Konsulate in der südkurdischen Hauptstadt Hewlêr (Erbil) und praktisch wöchentlich sind ausländische Regierungsvertreter:innen zu diplomatischen Gesprächen in der Stadt. Doch zeigt sowohl die Präsenz vor Ort als auch die alltägliche politische Praxis, dass Deutschland in der Region eine Sonderrolle spielt. Praktisch die gesamte Bandbreite von Institutionen, mit denen Deutschland seine Interessen im Ausland durchsetzt, sind in Hewlêr vertreten. Neben dem Goethe-Institut, einer durch die deutsche Kultusminister-Konferenz anerkannten deutschen Schule und einem Informationscenter des DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.) befinden sich auch ein deutsches Konsulat, Bundeswehrsoldat:innen im sogenannten »Camp Erbil« und das »Deutsche Wirtschaftsbüro Irak« in Hewlêr. Zudem sind die GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und das THW (Technisches Hilfswerk) seit Jahren in der Region aktiv. Bei dieser Fülle von Institutionen, die Deutschland im Rahmen seiner Außenpolitik zum Einsatz bringt, wäre auch eine ständige Präsenz des Bundesnachrichtendienstes vor Ort nicht überraschend. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die erste Auslandsvertretung der KRG 1992 in Berlin eröffnet wurde und dort bis heute aktiv ist, aktuell unter der Leitung Dilshad Barzanîs. Deutsche Medien berichteten im Januar 2020 über dessen dubiose Machenschaften[1] und zeigten, dass seine Arbeit hauptsächlich in der Vertretung von Klientelinteressen der Barzanîs und der Einschüchterung kritischer Stimmen aus Südkurdistan besteht. Auch auf höchster Ebene bestehen diplomatische Beziehungen. Im März 2009 traf der damalige KRG-Präsident Mesûd Barzanî die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin. Im Dezember 2017 tat es ihm der damalige KRG-Ministerpäsident Nêçîrvan Barzanî gleich. Die frühere deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen besuchte im September 2014 die KRG und traf sich am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 mit Nêçîrvan Barzanî. Zuletzt traf am 20. November vergangenen Jahres Miguel Berger, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, den Ministerpräsidenten der KRG,

1 Der Focus musste seinen Artikel (Ausgabe 5/2020) »Der unheimliche Freund« auf massiven Druck zurückziehen und Chefredakteur Robert Schneider sah sich zu einer persönlichen Entschuldigung gezwungen.

Mesûd Barzanî, um laut offiziellen Verlautbarungen die Situation der kurdischen Geflüchteten in Belarus zu diskutieren.

Führt man sich die hohe Bedeutung vor Augen, die der Mittlere Osten für die deutsche Außenpolitik spielt[2], sind die engen Beziehungen Deutschlands zur geostrategisch zentral gelegenen KRG wenig überraschend. Insbesondere die massiven Angriffe des Islamischen Staates (IS) im Jahr 2014/15 in der Region wurden von Deutschland genutzt, um seinen Einfluss vor Ort deutlich auszubauen. Waffenlieferungen im Wert von über 80 Millionen Euro, inklusive 16.000 Gewehren und 10.000 Handgranaten, und wiederholtes Lob für den Kampf der KRG gegen den »Islamischen Staat« (IS) verschafften der faktisch vom Barzanî-Clan dominierten KRG die so dringend benötigte militärische und diplomatische Unterstützung und bewahrte sie somit vor dem vollständigen Zusammenbruch.

Das südkurdische Labor der NATO

Als kulturelles, wirtschaftliches und geostrategisches Zentrum des Mittleren Ostens war und ist Kurdistan der Ort, an dem Großmächte ihre Konflikte miteinander austragen. Diese Wahrheit lässt sich bereits in Mythologien wie dem Gilgamesch-Epos oder den Berichten des antiken griechischen Historikers Herodot nachlesen. Und sie wird klar erkennbar an dem seit mehr als 200 Jahren andauernden Status Kurdistans als internationale Kolonie. Seit vielen Jahrzehnten sind es vor allem die NATO und ihre wichtigsten Mitgliedsstaaten wie Großbritannien, die USA, Frankreich und Deutschland, die in der Region einer klaren Strategie zur Durchsetzung ihrer Interessen folgen. Die Beweggründe und Ziele dieser Strategie zu kennen ist entscheidend, um die Hintergründe tagespolitischer Entwicklungen zu verstehen, so z. B. auch die bewusst provozierte Krise an der polnisch-belarussischen Grenze im Oktober und November 2021. Abdullah Öcalan beschreibt in seiner 5. Verteidigungsschrift die Politik der internationalen Mächte in Südkurdistan wie folgt: »Erstens, die Kurd:innen im Irak fungieren als Druckmittel, um die arabische Bevölkerung des Irak zu kontrollieren. Der Charakter der irakisch-kurdischen Bewegung hat diese Tatsache wiederholt unter Beweis gestellt. Für den Sturz Saddam Husseins war die Unterstützung der Kurd:innen entscheidend. Zweitens, im Rahmen der Widersprüche zwischen Iran und Irak dienen sie als wichtigstes Werkzeug. Auch das wurde historisch ausreichend bewiesen. Drittens, sie fungieren als Druckmittel, um die Türkei unter Kontrolle halten zu können. Nicht erst seit 1925, sondern bereits seit dem ersten kurdischen Aufstand unseres Zeitalters, dem Soran-Aufstand unter Führung Babanzade Abdurrahman Paşas im Jahr 1806, wurden die irakischen Kurd:innen im Zuge aller wichtigen historischen Entwicklungen in der Region als wichtigstes Mittel benutzt, um die Regierungen des Osmanischen Reiches und der späteren Türkei beschäftigt zu halten und unter Druck zu setzen. Viertens, sie sind eines der effektivsten Mittel, das die hegemonialen Kräfte Großbritannien und USA (von 1800 bis 1945 war England die Hegemonialkraft, seit 1950 nimmt die USA diese Position ein) nutzen, um den Mittleren Osten zu kontrollieren. Der fünfte und entscheidendste Punkt: Die Kurd:innen des Irak werden als Zentrum für die Bemühungen eingesetzt, ganz Kurdistan und das revolutionäre Potential des kurdischen Volkes unter Kontrolle zu halten und zu verfälschen (seit 1920 wird angeblich daran gearbeitet, der Regierung der irakischen Kurd:innen zu einem Status zu verhelfen, zugleich wird die Region zu einem Zentrum von traditionell stammeskulturellen, religiösen und modernistischen Ideologien gemacht, die in starker Abhängigkeit von äußeren Kräften stehen). Indem sie ihr Schicksal vollständig von diesem kleinen Teil Kurdistans und dessen Regierung abhängig machen, geraten Kurdistan und das kurdische Volk in Abhängigkeit von einem strategisch eingesetzten Kontrollmittel. Sechstens, die nicht zu vernachlässigenden natürlichen Ressourcen, Wasser und die wunderschöne Geografie der Region, werden problemlos ausgebeutet.«[3] Wer sich vor Augen führt, dass Südkurdistan ein Zentrum internationaler und regionaler Machtkämpfe ist, wird besser verstehen können, warum die südkurdische Bevölkerung trotz weitgehender Autonomierechte seit Anfang der 90er Jahre keine Grundlage für ein freies und demokratisches Leben gefunden hat. Ein autokratisches Klientelsystem, massive Korruption, enorme Arbeitslosigkeit, die türkische Besatzung und Hoffnungslosigkeit prägen das Leben der Menschen. Für diese Situation ist die oben beschriebene Strategie der NATO-Länder, bei der Deutschland eine Führungsrolle spielt, massiv mitverantwortlich. Kein Wunder also, dass viele Menschen nur noch die Flucht nach Europa als Ausweg sehen.

Gründe für die Flucht aus Südkurdistan

Die bedrohliche Situation der Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze im vergangenen Jahr führte auch in Südkurdistan zu einer intensiven gesellschaftlichen Diskussion. Verschiedene Spektren der Gesellschaft suchten nach den Gründen dafür, dass Tausende ihrer Mitbürger:innen all ihr Hab und Gut verkauft hatten und sich nun in solch einer lebensbedrohlichen Lage befanden. Aktuelle Statistiken zeigen, warum die südkurdische Gesellschaft dieses Problem als so drängend empfindet. Allein im Jahr 2021 flohen mehr

2 Eine ausführliche Analyse der deutschen Mittelostpolitik lässt sich hier finden: https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2021/08/Deutschlandwarundist-Teil23.pdf

3 S. 181–182. Das Buch erschien 2011 auf Türkisch. Es wurde von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı verfasst. Auf Deutsch lautet der Titel ungefähr Die kurdische Frage und die Lösung der Demokratischen Nation. Eine deutsche Übersetzung liegt bisher noch nicht vor. Mehr Infos unter: ocalanbooks.com



Die Bevölkerung in der Region Cîzrê in Nordostsyrien protestiert am Grenzübergang Sêmalka gegen die Morde der südkurdischen Regierungspartei PDK und deren Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat. Foto: MA

als 37.000 junge Menschen aus dem Irak, wobei die südkurdischen Regionen Qeladiz, Ranya, Şêladizê, Soran, Helebce, Seyidsadiq und Hewlêr die größten Fluchtbewegungen zu beklagen hatten.[4] Aber warum? Ein südkurdischer Geflüchteter an der polnisch-belarussichen Grenze wurde im November mit den Worten zitiert: »Auch wenn wir hier verhungern oder erfrieren, wir gehen nicht mehr zurück in die Autonome Region Kurdistan. Hier zu sterben ist besser, als dort zu leben.«[5] In einem offiziellen Statement nannte die Kommunistische Partei Kurdistans (Hizba Şuî Kurdistan) u. a. fehlende Freiheit und Gerechtigkeit als Fluchtgründe.[6] Der südkurdische Autor und Jurist Ebûbekir Karwanî wies auf die Probleme hin, die durch die ständigen Interventionen äußerer Mächte hervorgerufen würden. Konkret nannte er Korruption, fehlende Gerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit als wichtigste Fluchtgründe.[7] Der Dorfvorsteher des in der Nähe der Stadt Zaxo gelegenen Dorfes Nizurê, Tariq Îsmet, beklagte in einem Interview am 14. November, dass allein aus seinem Dorf innerhalb eines Jahres 80 junge Menschen ins Ausland geflohen seien. Als Hauptgrund dafür nannte er die Besatzungsoperationen der türkischen Armee in der Region.[8] Der irakische Parlamentsabgeordnete Soran Umer richtete sich als Reaktion auf die Ereignisse in Belarus mit einem Brief an die EU und die UN und beklagte den Druck der südkurdischen Regierung, fehlende Meinungsfreiheit und die Einschränkung der freien Presse als entscheidende Gründe für die anhaltende Flucht aus Südkurdistan: »Zahlreiche Journalist:innen wurden ermordet. Aktivist:innen wurden entführt und gefoltert. Frauen werden getötet, Gesetze gebrochen und die Justiz befindet sich unter Kontrolle der Regierung. Der Großteil der Richter:innen ist nicht unabhängig. Seit Jahren werden öffentliche Angestellte nicht bezahlt bzw. deren Gehalt wird unvollständig ausgezahlt. Seit Jahrzehnten verfügen der Präsident und der Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan, die beide aus derselben Familie stammen, über ihre eigenen bewaffneten Kräfte und befinden sich außerhalb der geltenden Rechtsordnung. Die Waffen, die der Autonomen Region Kurdistan aus dem Ausland zum Kampf gegen den IS zur Verfügung gestellt wurden, wurden gegen Protestierende eingesetzt. Dutzende junge Menschen wurden getötet, während sie für ihre Rechte und Freiheit demonstrierten.«[9] Auch die Partei Gerechtigkeitsvereinigung Kurdistans (Komela Dadgeriya Kurdistanê) nannte

4 https://rojnews.news/ku/kurdistan/di-nava-11-mehan-de-37-hezar-ciwanen-iraqi-koc-kirine/

5 https://rojnews.news/ku/kurdistan/175146/

6 https://rojnews.news/ku/kurdistan/hizba-sui-kurdistan-sedema-kocberiye-ne-buna-azadiye-ye/

7 https://rojnews.news/ku/kurdistan/ebubekir-karwani-gendeli-u-nedadperweri-sedema-koca-ciwanane/

8 https://rojnews.news/ku/kurdistan/muxtare-gundek-behdinane-sedema-koca-ciwanan-dagirkeriya-dewleta-tirke/

9 https://rojnews.news/ku/kurdistan/ew-penaber-ji-ber-zilma-hikumeta-hereme-reviyane/

fehlende Gerechtigkeit, Korruption, Unterdrückung und Einschränkung der Freiheit als die Hauptgründe für die Flucht aus Südkurdistan.[10]

Eine gesellschaftliche Alternative zur Außenpolitik der Bundesrepublik

Gesellschaft und Staat haben unterschiedliche Sorgen und Interessen. Das zeigt sich u. a. daran, wie sie mit internationalen Entwicklungen umgehen, so z.B. mit der Situation der tausenden Geflüchteten in Belarus Ende letzten Jahres. Die Anschuldigungen offizieller staatlicher Stellen und allseits bekannter Gesichter aus der Bundespolitik gegen Russland und Belarus passen gut in die außenpolitische Strategie, Europa als eigenen Machtblock offensiv gegen Russland und dessen Einflussgebiet abzugrenzen und die Außengrenzen der EU massiv zu militarisieren. Um es mit den Worten der EU-Kommissionspräsidentin aus dem Jahr 2019 zu sagen: »Europa muss auch die Sprache der Macht lernen.«[11] Deutschland spielt bei der Umsetzung dieser Politik aufgrund seiner dominanten Rolle in der EU eine Führungsrolle. Die neue Bundesregierung hat dafür mit den Grünen ein Sprachrohr für eine konfrontative antirussische und unbedingt transatlantische außenpolitische Strategie in ihren eigenen Reihen. Berichte darüber, dass türkische staatliche Stellen und südkurdische Netzwerke die jüngste Fluchtbewegung aus Südkurdistan aktiv organisiert haben, wurden dabei zum größten Teil ignoriert. Staat und Parteipolitik in der Bundesrepublik haben also die Krise der letzten drei Monates des vergangenen Jahres erfolgreich dafür genutzt, Europas militärische Abschottung von seinen geografischen Nachbarn, u. a. dem Mittleren Osten, zu verstärken, politische Spannungen mit Russland zu vertiefen und die diktatorischen Regime in der Türkei und der Autonomen Region Kurdistan als angebliche Helfer in der Not und Freunde Europas zu loben.

Es ist also höchste Zeit dafür, dass die demokratischen Kräfte Deutschlands sich selbstkritisch das Fehlen einer eigenständigen Aussenpolitik der Gesellschaft eingestehen und sich umgehend durch Diskussionen, Bündnisse, Proteste, Kongresse und Delegationen an deren Erarbeitung und Umsetzung machen.

Ein Hauptgrund dafür, dass Staat, Parteipolitik und große Teile der Medien in Deutschland die lebensbedrohliche Lage tausender Menschen an einer europäischen Grenze für diese gefährliche und menschenverachtende Politik instrumentalisieren konnten, liegt in der fehlenden Alternative der demokratischen Kräfte des Landes. Welche außenpolitische Strategie verfolgen die gesellschaftlichen Kräfte Deutschlands? Wie sehr verfügen sie über eine eigenständige Idee von der Art von internationalen Beziehungen, mit denen ihre Gesellschaft einen Platz in der Welt finden kann? Die staatlichen Kräfte haben in dieser Frage zwei Alternativen anzubieten: entweder militärische Aufrüstung, Abschottung und verstärkter Nationalismus oder kosmopolitische Kultur, die Begünstigung der Entvölkerung ganzer Regionen durch offene Grenzen und die letztendliche Assimilation der Geflüchteten in die Ordnung des Landes. Wer eine dieser beiden Optionen vertritt, kann nicht von sich behaupten, eine eigenständige Politik im Interesse der Gesellschaft Deutschlands zu betreiben. Dafür bedarf es mehr Kreativität, Mut und Anstrengungen. Die Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze haben den gesellschaftlichen Kräften Deutschlands also ein sehr drängendes Problem vor Augen geführt: Solange sie es dem deutschen Staat erlauben in Kurdistan, dem Mittleren Osten und anderswo in der Welt seine profitorientierte Ausbeutungspolitik mithilfe diktatorischer Kollaborationsregime zu verfolgen, werden Menschen aus diesen Regionen die Flucht in ein besseres Leben in Europa antreten. Positiv formuliert: Sobald die demokratischen Kräfte es schaffen, gemeinsam eine alternative, eigenständige, moralische Außenpolitik zu formulieren und entsprechende internationale Beziehungen auf gesellschaftlicher Ebene zu etablieren, wird die Maske der menschenverachtenden staatlichen Außenpolitik Deutschlands fallen. Und nicht nur das: Internationale Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt, Dialog auf Augenhöhe, Wertschätzung der kulturellen Unterschiede, bedingungslosem Gewaltverzicht und fairen Handelsbeziehungen basieren, werden das dringend benötigte Gleichgewicht zwischen Europa und dem Mittleren Osten herstellen. Es ist also höchste Zeit dafür, dass die demokratischen Kräfte Deutschlands sich selbstkritisch das Fehlen einer eigenständigen Außenpolitik der Gesellschaft eingestehen und sich umgehend durch Diskussionen, Bündnisse, Proteste, Kongresse und Delegationen an deren Erarbeitung und Umsetzung machen. Tun sie dies nicht, werden die Erdoğans, Barzanîs und Lukaschenkos dieser Welt schon sehr bald die nächste »Krise« an den Grenzen Europas organisieren können, weil die Bundesrepublik und ihre NATO-Partner die dafür nötigen Fluchtursachen im Mittleren Osten und vielen anderen Teilen der Welt schaffen. ♦

10 https://rojnews.news/ku/kurdistan/komela-dadgeri-kurdistan-koca-welatiyan-ji-ber-be-edaletiya-desthilate-ye/

11 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/von-der-leyen-europa-muss-auch-die-sprache-der-macht-lernen-16475803.html

C-Waffen im Krieg in Südkurdistan

Vom Neoosmanismus hin zu Kriegsverbrechen

Fabian Priermeier

Seit Frühling vergangenen Jahres führt die türkische Republik unter Recep Tayyip Erdoğan erneut Krieg in Südkurdistan. Doch diese Militäroffensive, die nicht zufällig am 24. April startete, dem Jahrestag des Beginns des Genozids an den Armenier:innen durch das Osmanische Reich im Jahre 1915, ist nicht losgelöst von einem größeren Angriffsplan zu verstehen, den die Türkei bereits seit Jahren verfolgt. Sie steht im Kontext vieler weiterer Angriffe der letzten Jahre und stellt einen traurigen Höhepunkt dar. In meinem Bericht möchte ich zum einen auf diese Entwicklung eingehen, zum anderen werde ich den Kriegsverlauf der letzten Monate skizzieren und schließlich auf das Thema eingehen, das in den letzten Wochen immer wieder für Schlagzeilen gesorgt hat, und zwar den Einsatz chemischer Kampfstoffe.

Hintergrund der aktuellen Militäroffensive in Südkurdistan

Für die türkische Politik stehen insbesondere zwei neoosmanische Pläne im Fokus. Auf der einen Seite der Misak-ı Milli (Nationalpakt) – hierbei handelt es sich um einen, Anfang der 1920er Jahre noch im osmanischen Parlament entstandenen, Pakt, der Gebietsansprüche festschreibt. Explizit geht es um Thrakien (östliche Balkanhalbinsel), Rojava (Nordsyrien) und Südkurdistan (Nordirak). Der zweite Plan bezieht sich auf den am 24. Juli 1923 abgeschlossenen Vertrag von Lausanne. Dieser besiegelte damals das Ende des Osmanischen Reiches und zog die bis heute geltenden Grenzen der türkischen Republik. Den hundertsten Jahrestag dieses Vertrags hat sich die AKP-MHP-Regierung bereits seit Jahren als Ziel dafür gesetzt, bis dahin die kurdische Freiheitsbewegung zu zerschlagen und ebenfalls bis dahin weite Gebiete des alten Osmanischen Reiches wieder zu besetzen.

Um diese Ziele umzusetzen, erarbeitete der türkische Staat den so genannten Zersetzungsplan (tr. »Çöktürme Planı«, sinngemäß: »In die Knie zwingen«), der am 24. Juli 2015, dem Jahrestag des Vertrags von Lausanne, bekannt gegeben wurde. Dabei handelt es sich um den bisher umfassendsten Angriff auf die Kurd:innen seit der Geburt der türkischen Republik. Neben der Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung und den territorialen Besetzungen wird dadurch auf eine totale Vernichtung und damit auf einen Genozid an der kurdischen Gesellschaft abgezielt.

Die Gebiete, die in diesem Rahmen besetzt werden sollen, werden klar und offen von der Erdoğan-Regierung benannt, allgemein macht sie kein Geheimnis aus dem Zerschlagungsplan, sondern setzt ihn oft als Drohung ein. Der Plan sieht also vor, von Efrîn im Nordwesten Syriens bis nach Xakurke im Nordosten des Iraks eine bis zu 40 Kilometer tiefe Besatzungszone einzurichten. Diese Besatzung soll dann in Südkurdistan bis nach Mûsil und Kerkûk ausgeweitet werden. Damit hätte das AKP-MHP-Regime nicht nur sein Ziel erreicht, die kurdische Identität zu verdrängen und jeglichen Widerstand gegen das eigene System zu zerschlagen, sondern auch ölreiche Regionen in Syrien und dem Irak in das türkische Staatsgebiet zu integrieren.

Während das türkische Militär in Rojava bei den Invasionen in Efrîn 2018 und in Serêkaniyê sowie in Girê Spî 2019, trotz heftigem und langanhaltendem Widerstand, größere Gebiete besetzen konnte, gestaltete sich die militärische Lage in Südkurdistan anders. Mehrfach gab es Militäroffensiven, wie zum Beispiel 2015 in Çarçela, 2016 in Ertûş, im Zap, 2017 in Xeregol und 2017/2018 in Xakurke, doch scheiterten diese Angriffe jedes Mal aufs Neue. Dem Widerstand der Guerilla in den Bergen zusammen mit dem Widerstand der Bevölkerung war das türkische Militär nicht gewachsen. Regelmäßig musste es sich nach wenigen Tagen oder Wochen zurückziehen. Amed Malazgirt, Kommandant des zentralen Hauptquartiers der »Hêzên Parastina Gel« (dt. »Volksverteidigungskräfte«, HPG), äußerte sich vor kurzem zu diesen Angriffen. Dass die damaligen versuchten Invasionen des türkischen Militärs scheiterten, führte er insbesondere auf zwei Punkte zurück. Zum einen fehlte dem türkischen Militär bis dato notwendige Kriegstechnik, die es erst ab 2018 über seine NATO-Partner erhielt, un-



Unter Leitung des Frauenverbands Kongreya Star gingen Hunderte Menschen von Efrîn und Şehba auf die Straße und verurteilten die Angriffe der türkischen Besatzers auf die Gebiete Zap, Avaşîn und Metîna in den Medya-Verteidigungsgebieten. Foto: anha

ter anderem von Deutschland und den USA. Zum anderen sah Malazgirt eine entscheidende Wende darin, dass ab 2018 das erste Mal in breiter Form Paramilitärs des türkischen Staates in Südkurdistan eingesetzt wurden. Diese setzten sich zusammen aus in Syrien ausgebildeten Dschihadisten und aus Peschmergas der korrumpierten Barzanî-Regierung in Südkurdistan.

Der nächste Versuch, den die AKP-MHP-Regierung startete, fand im Februar 2021 in der südkurdischen Region Gare statt. Auch hierbei handelt es sich um ein Gebiet der »Medya-Verteidigungsgebiete«, das unter der Kontrolle der Guerillakräfte steht. Diese Militäroffensive endete für die Türkei ebenfalls in einem Desaster. Nachdem zuvor großspurig angekündigt worden war, dass innerhalb weniger Tage Gare besetzt werden würde und man danach bis nach Şengal (Sindschar) vordringen werde, musste die türkische Armee nach nur wenigen Tagen die Niederlage eingestehen und sich zurückziehen. Interessant dabei war, dass bei den Angriffen zwölf türkische Staatsbürger, die sich in der Hand der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) befanden, vom türkischen Staat getötet wurden. Was bei dieser Operation genauso ins Auge stach, waren die Berichte über den Einsatz chemischer Kampfstoffe, die bereits damals mehrfach durch die Medien gingen. Auf diese Form des Kriegsverbrechens werde ich weiter unten bzgl. der aktuell stattfindenden Militäroperation zurückkommen. Was der HPG-Kommandant Rûstem Botan dazu sagte, ergänzte das Interview von Amed Malazgirt. Er fügte hinzu, dass sich die Guerillaeinheiten, seitdem das türkische Militär technisch aufgerüstet worden war, ebenfalls massiv verändert hätten. Es seien Strategien entwickelt worden, die es den Einheiten ermöglichen, die Technik des türkischen Militärs ins Leere laufen zu lassen und trotzdem weiter in die Offensive gehen zu können.

Entwicklungen der letzten Monate in Zap, Metîna und Avaşîn

Kommen wir aber zu der Militäroffensive in den Regionen Zap, Metîna und Avaşîn. Wie eingangs erwähnt läuft diese Operation bereits seit April und hält somit schon seit ungewöhnlich langer Zeit an. Im Zusammenhang mit dem oben genannten Zersetzungsplan wurde von der Pressestelle der Volksverteidigungskräfte immer wieder betont, dass der türkische Staat die momentanen Angriffe bereits seit 2015 durchzuführen plant. Es handelt sich bei ihnen um keine spontane Reaktion, und die ganzen Luft- und Bodenangriffe der letzten Jahre in den Regionen Zagros, Cîlo, Çarçela, Zap, Avaşîn und Xakurke waren lediglich Vorbereitungen für die Offensive im April. Dadurch wurde versucht, die Bevölkerung aus der Region zu vertreiben, um möglichst großen Handlungsspielraum zu haben, und außerdem war Ziel, die Strategien und Taktiken der Guerilla kennenzulernen. Der Krieg geht aber trotz

des für das türkische Militär zunehmend negativen Verlaufes immer weiter. Eine Niederlage an dieser Front stellt einen immensen Rückschlag für den türkischen Staat dar und zwar auf militärischer wie auch auf politischer Ebene. Es ist etwas, das er sich, insbesondere jetzt, da er eine schwere wirtschaftliche, gesellschaftliche und diplomatische Krise erlebt, nicht leisten kann. Die Regierungsparteien AKP und MHP drohen daran zu zerbrechen.

In den letzten Monaten hat sich das Kriegsgeschehen immer wieder verlagert, immer wieder wurden türkische Truppen über den Regionen abgesetzt, immer wieder kam es zu Luftschlägen und dem Einsatz von chemischen Kampfstoffen. So gelang es dem türkischen Militär, ein paar Gipfel (namentlich Boxaza, Banista, Şehîd Dilgeş und Şehîd Serdar) in der Region einzunehmen. Doch ging auch hier wieder ihr Plan nicht auf. Der Widerstand der neustrukturierten Guerilla war unerwartet stark und effektiv. Trotz nur weniger Kräfte in der Region gelang es immer wieder, den Ring der Angreifer zu durchbrechen, Gipfel wurden zurückerobert und der Plan des türkischen Militärs, die Region einzukreisen, den Ring langsam enger zu ziehen, auf allen Gipfeln Truppen zu stationieren und danach erneut Richtung Gare vorzugehen, ist längst offiziell gescheitert.

Danach entschied der Stab des türkischen Militärs, sich auf eine neue Strategie einzulassen. Während immer wieder an verschiedensten Orten kleine Angriffe gestartet wurden, Einheiten sich offen oder verdeckt im Gelände bewegten, wurde das Zentrum der Angriffe insbesondere nach Avaşîn verlagert und dort wurden sie mit voller Kraft fortgesetzt. Namentlich der Krieg um die Tunnelsysteme in den Bergen stand nun im Zentrum des Geschehens. Wochenlang wurde um die Höhlen gekämpft. Obwohl der Befehl an die dortigen Guerillaeinheiten lautete, sich zurückzuziehen, sobald Giftgas eingesetzt werden würde, hielten viele Einheiten trotzdem stand und kämpften weiter, mit dem Ergebnis, dass in manchen Tunneln so viel Giftgas eingesetzt wurde, dass sich die türkischen Soldaten trotz Gasmasken und Schutzanzügen nicht mehr trauten, die Höhlen zu betreten.

Mittlerweile mussten sich die Invasionskräfte aus den besonders hart umkämpften Zentren Werxelê und Tabûra Ereban zurückziehen, wie die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte bekanntgab. Ebenso aus weiteren Gebieten der von der Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebiete, doch muss auch dieser strategische Rückzug richtig gedeutet werden. Es liegt nicht daran, dass sich die türkische Armee die Niederlage eingesteht, sondern vielmehr am Wintereinbruch. Sie plant nicht, die Angriffe abzubrechen, auch nicht jetzt im Winter, da in den Gebirgen teilweise meterhoch Schnee fällt, Schneestürme oft eine Sicht über 30 cm hinaus unmöglich machen und obwohl die Drohnentechnik bei den ganzen Wolken wirkungslos bleibt. Nun sollen die eingenommenen Gipfel verteidigt und die dortigen Stellungen gegen die kommenden Offensiven der Guerilla ausgebaut werden. Und nun bereitet sich die türkische Armee auf Bodenoffensiven vor, bei denen vor allem Paramilitärs und Kontras eingesetzt werden, und noch dazu werden Zivilist:innen aus den Dörfern dazu gezwungen, dem türkischen Militär den Weg zu zeigen.

Der seit Monaten stattfindende Krieg geht nun also in eine neue, vielleicht sogar noch intensivere Phase. Zuletzt Ende Oktober gab die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte bekannt, dass seit April 101 Guerillakämpfer:innen im Widerstand von Zap, Metîna und Avaşîn ihr Leben ließen, des Weiteren in diesem Jahr bis dato 38 Kämpfer:innen in Südkurdistan durch chemische Kampfstoffe.

Giftgas als letzter Strohhalm des türkischen Militärs

Ich habe bereits mehrfach den Einsatz von Giftgas bzw. den Einsatz chemischer Kampfstoffe erwähnt, diesen möchte ich nun genauer beleuchten. Laut der vor Ort kämpfenden Guerillakräfte kam es mittlerweile zu bald 400 Einsätzen von Giftgas. So berichtete bspw. die Guerillaärztin der Frauenguerilla YJA-Star, Dr. Rûken Samsun, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur »Firatnews Agency« (ANF) von verschiedenen verwundeten Kämpfer:innen, die sie behandelt hatte. Einige trugen Verbrennungsspuren, die ein typischer Hinweis auf Giftgas sind, am ganzen Körper, viele hatten Probleme mit der Atmung und bei weiteren waren Verätzungen der Luftröhre zu erkennen.

Nachdem bereits so viel Giftgas eingesetzt worden war und teilweise sogar leere Giftgaskartuschen gefunden worden waren, gelang es den Guerillakräften auch vor kurzem, einige der Stoffe zu identifizieren. So kam Murat Karayılan, Mitglied im Exekutivkomitee der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Ende November in einem langen Statement genauestens auf die fünf verschiedenen Arten der eingesetzten Giftstoffe zu sprechen. Bei dem ersten handelt es sich um einen geruchlosen, manchmal jedoch nach Früchten riechenden Kampfstoff. Er basiert auf dem 1936 von dem deutschen Chemiekonzern IG Farben entwickelten und ab 1942 von der Wehrmacht eingesetzten »Tabun«. Der zweite Lungenkampfstoff ist Grünkreuz. Dieses wurde bereits 1848 in Großbritannien entdeckt, jedoch erst durch Deutschland in Verbindung mit anderen Wirkstoffen zu einer Waffe umgewandelt. Bei dem dritten gelblichen Gas, das die Haut verbrennt, handelt es sich vermutlich um Gelbkreuz, auch als Senfgas bekannt. Dies kam ebenfalls durch Deutschland im Giftgaskrieg des Ersten Weltkrieges zur breiten Anwendung. Das vierte von Murat Karayılan erwähnte Gas ist

CS-Gas, auch als Tränengas bekannt, das genauso hier in Europa in sehr niedriger Dosis gegen bspw. Demonstrant:innen eingesetzt wird, jedoch in hoher Dosis, gerade in so enger Umgebung wie Tunnels und Höhlen, ebenfalls tödlich wirkt. Das letzte Gas, das Erwähnung findet, konnte laut Karayılan bisher nicht identifiziert werden. Es bewirkt jedoch, dass die Betroffenen unter Gedächtnisverlust leiden, kollabieren und zeitweise gelähmt sind. Im Zusammenhang mit diesem Gas ging Karayılan auf die Propaganda türkischer Medien ein, die behauptet hatten, dass sich Guerillakämpfer:innen ergeben hätten. Diese waren bewusstlos, konnten sich nicht verteidigen und wurden so von den türkischen Militärs gefangen genommen, dabei könne man nicht von »sich ergeben« reden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die neoosmanischen Bestrebungen des türkischen Staates in Südkurdistan zu einem ungekannten Ausmass des Krieges und der Gräuel geführt haben. Er hat sich mittlerweile in eine solche verzweifelte Lage gebracht, dass er nicht einmal mehr davor zurückschreckt, offen Kriegsverbrechen zu begehen. Dies ist nur möglich durch die politische Rückendeckung der NATO-Partner und dabei insbesondere Deutschlands.

Die meisten der genannten Kampfstoffe führen bereits mit nur wenigen Gramm in der Luft zu tödlichen bzw. lebensgefährlichen Schäden. Sie sorgen für unvorstellbare Schmerzen, lassen Betroffene lange leiden und wirken sich auf verschiedenste Bereiche des Körpers aus. Der Schutz vor ihnen ist durch Filtermasken meist nur sehr bedingt gewährleistet, da viele der Stoffe auch über die Haut aufgenommen werden können. Unabhängig davon sorgt das Giftgas ebenfalls für eine langfristige Vergiftung der Natur. Die Böden wie das Grundwasser nehmen die Stoffe unmittelbar auf und tragen sie teilweise bis zu einigen Kilometern über die Ursprungsquelle hinaus. Die genauen Folgen sind schwer abzuschätzen, was sich aber bereits jetzt feststellen lässt, ist die Folge: ein gezielter Ökozid, ein Massaker an der kurdischen Gesellschaft.

Nicht ohne Grund ist Giftgas schon seit 1907 als Kriegsverbrechen geächtet. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 verbot damals, dass im Krieg Gewässer und Böden vergiftet, giftige Gase oder Geschosse verwendet werden. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es im Jahr 1925 zu einem weiteren Abkommen einzelner Nationen. Sie erklärten sich bereit, in Zukunft kein Giftgas mehr im Krieg zu verwenden. Im Jahr 2010 waren es schon insgesamt 188 Nationen, die sich bis dahin offiziell gegen den Einsatz von chemischen Waffen ausgesprochen hatten. Unter anderem auch der türkische Staat, der nun offensichtlich wiederholt gegen dieses Abkommen verstößt und geltendes Kriegsrecht verletzt.

Während die NATO-Partner und die »Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons« (OPCW), die unabhängige Organisation, die eigentlich für die Kontrolle der Einhaltung des Verbots chemischer Kampfstoffe verantwortlich ist, schweigend hinnehmen, was passiert, gab es bereits mehrere Versuche, auf das Thema aufmerksam zu machen und dagegen vorzugehen. Das Gesundheitskomitee der »Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans« (KCK) rief bspw. die UN, die OPCW, Ärzte ohne Grenzen und weitere zivil- wie umweltrechtliche Einrichtungen zu unabhängigen Untersuchungen der genannten Gebiete auf. Ein Sprecher der KCK unterstrich diese Forderung und ergänzte: »Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir bereit sind, dafür alle erforderliche Unterstützung und Hilfe zur Verfügung zu stellen.«

Hier in Deutschland wurde unter anderem vom kurdischen Dachverband Kon-Med eine Petition für den sofortigen Stopp der Giftgasangriffe der Türkei in Südkurdistan gestartet, und allgemein haben in den letzten Monaten weltweit immer wieder Proteste in Bezug auf den Krieg in Südkurdistan und explizit auf die Kriegsverbrechen des türkischen Militärs stattgefunden. Auf eine Anfrage der HDP-Abgeordneten Tülay Hatimoğulları musste sich der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar im Rahmen einer Haushaltsdebatte im Parlament zu den Chemiewaffenangriffen in Südkurdistan äußern. Während er die Verwendung von CS-Gas einräumte, leugnete er den Einsatz weiterer Giftstoffe.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die neoosmanischen Bestrebungen des türkischen Staates in Südkurdistan zu einem ungekannten Ausmaß des Krieges und der Gräuel geführt haben. Er hat sich mittlerweile in eine solche verzweifelte Lage gebracht, dass er nicht einmal mehr davor zurückschreckt, offen Kriegsverbrechen zu begehen. Dies ist nur möglich durch die politische Rückendeckung der NATO-Partner und dabei insbesondere Deutschlands. Der Krieg in Südkurdistan wird weitergehen und sich Tag für Tag intensivieren, denn die türkische Politik ist zu einem Schwarz-Weiß-Denken übergegangen – entweder man gewinnt diesen Krieg und wird dadurch alle staatlichen Probleme lösen oder man manövriert sich immer tiefer hinein, bis der Staat daran zerbrechen wird. ♦

Şengal: Quelle der Inspiration für alle anderen Teile des Irak

»Die irakischen Wahlen hatten keine Auswirkungen auf unsere Arbeit«

Firaz Amargî, Journalist

»Ich bringe euch ins Weiße Haus«, sagt unser Fahrer mit einem Lächeln auf dem Gesicht, bereits in Erwartung unserer überraschten Reaktion. Nur wenige Tage zuvor hatten wir uns mit Rîham Hesen, der Ko-Vorsitzenden der Koordination des MXDŞ (Meclîsa Xweseriya Demokratîk a Şengalê, Demokratischer Autonomierat Şengal), in Verbindung gesetzt und sie um ein Interview über die Situation in Şengal nach den irakischen Wahlen und die unklare Zukunft der Region gebeten. Als sie zustimmte, verließen wir die geschäftige südkurdische Stadt Silêmanî, die seit Tagen von großen Studierendenprotesten erschüttert wurde, fuhren durch die sogenannten »umstrittenen Gebiete«[1], die sich von Kerkûk im Osten bis in den Westen des Irak erstrecken, und passierten Dutzende von Sicherheitskontrollpunkten, die von verschiedenen konkurrierenden Gruppierungen besetzt waren. Nach einer zehnstündigen Fahrt fühlte sich unsere Ankunft in Şengal wie der Eintritt in eine andere Welt an. Die Tränengaswolken aus Silêmanî und die grimmig dreinblickenden Soldaten und Milizionäre an den irakischen Kontrollpunkten waren plötzlich weit weg. Hier standen wir nun und blickten ehrfürchtig auf das langgestreckte Şengal-Gebirge, während wir durch kleine Dörfer fuhren, deren viele unbewohnte Häuser ein intensives Gefühl der Einsamkeit, aber auch der Ruhe vermittelten.

In Şengal sieht das Weiße Haus anders aus. Ein alter Mann in traditioneller weißer arabischer Kleidung sitzt unter dem einzigen Baum in dem kleinen, gepflegten Garten. Er begrüßt uns und erklärt: »Das ist unser Weißes Haus, unsere ›Koçka Spî‹. Hier, im Zentrum der Stadt Şengal, hat sich unser Volk Tag und Nacht getroffen und organisiert, um unsere Selbstverwaltung gegen das ›Abkommen vom 9. Oktober‹ zu verteidigen.« Während wir ihm in das Zentrum des MXDŞ folgen – ein zweistöckiges, strahlend weißes Gebäude, das früher einem Unterstützer des Islamischen Staats (IS) gehörte –, kommen wir nicht umhin, sein leichtes Hinken und die Prothese zu bemerken, die seinen rechten Fuß ersetzt. »Eine Minenexplosion, als ich in Rojava gegen den IS gekämpft habe«, erzählt er uns, während wir einen Tee trinken und auf Rîham Hesen warten. Das Weiße Haus, der 9. Oktober, der IS ... Die Fragen häufen sich in unseren Köpfen und wir sind erleichtert, als unsere Interviewpartnerin eintrifft und wir endlich Antworten finden können.

Die Zukunft von Şengal im krisengeschüttelten Irak

Seit der Bestätigung des britisch-irakischen binationalen Mustafa al-Kadhimi als irakischer Premierminister im Jahr 2020 unterstützten die USA die Bemühungen der Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Irak (UNAMI), ein Abkommen bezüglich Şengal zu vermitteln. Das so genannte »Şengal-Abkommen« wurde schließlich am 9. Oktober 2020 von der kurdischen Regionalregierung (KRG) und der irakischen Regierung unterzeichnet, ohne dass der MXDŞ oder andere lokale Vertreter aus Şengal einbezogen worden waren. Das Abkommen wurde seitdem deutlich von der Bevölkerung und dem MXDŞ abgelehnt. Als Reaktion versuchen Ankara und Washington seither, die Entschlossenheit der Bevölkerung Şengals zu brechen, indem sie die Kontrolle der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) gewaltsam versuchen durchsetzen, derselben Partei also, die im August 2014 aus dem Gebiet floh und es damit dem IS ermöglichte, einen Völkermord an der êzîdischen Bevölkerung zu begehen. »All dies geschieht im Rahmen der Vorbereitungen des diktatorischen türkischen Regimes für das Jahr 2023«, sagt Rîham Hesen. »100 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne erhebt die Türkei erneut Anspruch auf irakisches und syrisches Territorium. Die türkische Regierung betrachtet es als ihr Recht, riesige Landstriche zu annektieren, die sich von Kerkûk über Şengal im Irak bis nach Aleppo im Nordwesten Syriens erstrecken.«

Viele verschiedene Kräfte konkurrieren um den Einfluss im Şengal, und alle versuchen ihre Interessen durchzusetzen, ohne den Willen der mehrheitlich êzîdischen Bevölkerung des

1 Bei den »umstrittenen Gebieten« handelt es sich um Territorien im Nordostirak, deren administrative Zugehörigkeit zwischen der irakischen Zentral- und der kurdischen Regionalregierung umstritten ist. Der irakischen Verfassung von 2005 zufolge sollte die Frage bis 2007 in Volksabstimmungen geklärt werden, was aber immer wieder verschoben wurde.

Gebiets zu berücksichtigen. Für den Iran stellen Şengal und Mossul eine strategische Transitroute dar, die einen kontinuierlichen und sicheren Transport von Teheran bis in die libanesische Hauptstadt Beirut ermöglicht. Hierin liegt auch ein Hauptanliegen der USA und Israels, die ihre Ansichten in dieser Frage mit der Türkei teilen. Die Durchsetzung des »Şengal-Abkommens« würde dazu führen, dass der Iran große Teile des derzeit von ihm beherrschten Territoriums verliert, die Türkei könnte die PDK nutzen, um ihre Interessen in dem Gebiet zu verfolgen, und die Selbstverwaltung der êzîdischen Bevölkerung zerstören, die das Potenzial hat, ein Modell für den gesamten Irak zu werden. In diesem Machtspiel der großen internationalen und regionalen Kräfte nimmt die irakische Regierung aktiv an den von den USA und der NATO entwickelten Plänen teil. Die Rolle der PDK und Bagdads besteht darin, die Pläne in die Tat umzusetzen, die US-Beamte und NATO-Bürokraten in weit entfernten Hauptstädten entwickeln. Wie wird sich der MXDŞ in diesen chaotischen Zeiten bewegen? Rîham Hesen antwortet mit einem selbstbewussten Lächeln und wählt ihre Worte sorgfältig: »Wir wollen eine Lösung für den gesamten Irak. Wir sind nicht gegen den irakischen Staat, sondern wünschen uns, dass das Land zu einer friedlichen und stabilen Situation gelangt. Denn die Menschen im Irak sind Opfer der Politik all dieser verschiedenen Kräfte geworden. Wir arbeiten hart daran, unser System der demokratischen Autonomie zu einem demokratischen Modell und zu einer Quelle der Inspiration für alle anderen Teile des Irak zu machen. Als MXDŞ wollen wir unsere Beziehungen zu anderen Regionen des Landes nach dem Prinzip der Geschwisterlichkeit der Völker entwickeln und stärken. Wir setzen unsere Arbeit zum Aufbau der Einheit der verschiedenen Völker, Gemeinschaften und Religionen im Irak fort. Wir sehen Respekt und Autonomie für alle Völker, jede Kultur und jede Nation als den besten Weg, um Einheit zu erreichen. Dies ist der richtige Weg zur Demokratie. Das kann nur von den irakischen Völkern selbst erreicht werden. Deshalb betrachten wir es als Aufgabe der irakischen Regierung, die Einheit des irakischen Volkes nicht durch ausländische Interventionen destabilisieren zu lassen.«

Seit dem erfolgreichen Widerstand gegen den IS im Jahr 2014 hat sich Şengal zu einem Leuchtturm der Hoffnung für Kurdistan, den Irak und noch weiter entfernte Teile des Mittleren Ostens entwickelt. Trotz des Völkermords von 2014, eines von der PDK verhängten ständigen Embargos, der Aggression der Türkei und der ständigen Bombardierungen, der Angriffe des IS und der Einschüchterungspolitik der PDK haben die Menschen im Şengal ihre sozialen, politischen und Selbstverteidigungsstrukturen in Form des MXDŞ beständig weiter ausgebaut. Terroranschläge, ausländische Invasionen und eine korrupte Elite haben den Irak in eine anhaltende politische Krise geführt, die Infrastruktur zerstört und ein völliges Fehlen demokratischer Teilhabe verursacht. Die Proteste der Jugend seit 2019, regelmäßige Ermordungen führender Oppositionspolitiker:innen, die Präsenz einer Vielzahl bewaffneter Gruppen, der zunehmende Strom von Menschen, die das Land verlassen, und zerstörte Familien sind das Ergebnis von fast 20 Jahren Intervention unter Führung der USA und der NATO. In diesem chaotischen und konfliktgeladenen Kontext sind Autonomie und Selbstverwaltung für die Bevölkerung von Şengal im Besonderen und für alle Menschen im Irak und in der Region im Allgemeinen mehr als abstrakte politische Ideen. Sie sind eine lebenswichtige Notwendigkeit, um dem gegenwärtigen Zustand der Dauerkrise zu entkommen. In Südkurdistan und im Irak klafft eine große Lücke zwischen den Interessen der herrschenden Elite und dem Willen des Volkes. Ein völliger Verlust der Hoffnung und des Vertrauens in Wahlen oder politische Prozesse plagt die Menschen im Lande. Şengal, wo nicht nur die Mitglieder des MXDŞ, seine vielen Komitees, Gemeinden und Institutionen von der lokalen Bevölkerung gewählt und kontrolliert werden, sondern auch das System der Selbstverwaltung selbst durch Versammlungen, Konferenzen und Kongresse ständig überprüft, kritisiert und verbessert wird, gibt seiner eigenen Bevölkerung, Südkurdistan und dem ganzen Land wieder Hoffnung.

Wachsende Gefahren für Şengal nach den gescheiterten Wahlen im Irak

Die Wahlen am 10. Oktober 2021 sollten den Irak stabilisieren und die Grundlage für eine neue, demokratisch legitimierte Regierung schaffen. Doch mehr als zwei Monate später scheint genau das Gegenteil eingetreten zu sein. Wie große Teile der irakischen Gesellschaft und viele der Parteien, die an den Wahlen teilgenommen haben, kritisiert auch die Bevölkerung Südkurdistans und Şengals die Art und Weise, wie die Wahlen durchgeführt wurden, als intransparent, manipuliert und daher illegitim. Viele Parteien, darunter die YNK (Patriotische Union Kurdistans), die Gerechtigkeitsgesellschaft Kurdistans (Komela Dadgerî ya Kurdistanê), die schiitischen Parteien Nurî Malikîs, Emar Hekîms, Heyder Ebadîs, Hadî Amirîs und Qeys Xez Elîs sowie die êzîdische Partei PADÊ (Partiya Azadî û Demokrasiya Êzîdiyan), haben die Wahlergebnisse ganz oder teilweise abgelehnt. Im ganzen Land fanden seitdem zahlreiche Proteste statt. Es ist kein Zufall, dass der jüngste Aufstand der Studierenden in Slilêmanî oder die Flucht Tausender von Südkurd:innen an die Grenze zwischen Belarus und Polen kurz nach den gescheiterten Wahlen im Irak stattfanden. Sie zeigen deutlich die Hoffnungslosigkeit, in der sich die arabische, kurdische, turkmenische oder assyrische Bevölkerung des Landes heute befindet.

Im Şengal selbst hatte der PADÊ-Kandidat Şêx Semîr in den Wochen vor dem 10. Oktober einen lebhaften Wahlkampf ge-



Der Demokratische Autonomierats von Şengal (MXDŞ) hielt unter dem Motto »Selbstverwaltung ist die Brücke zur Freiheit« ihren 4. Kongress ab. An dem Kongress nahmen auch Vertreter:innen der arabischen, schiitischen und christlichen Bevölkerung von Şengal teil. Foto: anha

führt. Doch schon kurz nach Beginn der Wahl tauchten in Şengal Berichte über Betrug und vorsätzliche Behinderungen auf. Viele êzîdische Geflüchtete, die immer noch als Binnenvertriebene in von der PDK kontrollierten Flüchtlingslagern leben, berichteten von Einschüchterungen und Drohungen seitens PDK-Funktionär:innen. Marwa Kalo, eine unabhängige Kandidatin, die der Êzîdischen Bewegung für Reform und Fortschritt nahesteht, beschrieb einige der PDK-Praktiken in den Binnenflüchtlingslagern[2]: »Einige Binnenflüchtlinge riefen mich an und sagten: ›Wir werden für Sie stimmen, aber bitte besuchen Sie uns nicht, denn das wird uns hier Probleme bereiten. [...] Die Asayiş geht von Zelt zu Zelt, besucht Familien und bedroht sie, indem sie ihnen sagt, wenn sie nicht für die PDK stimmen, werden ihnen ihre Sozialleistungen und Lebensmittelrationen vorenthalten.‹« Laut des offiziellen Wahlergebnisses wurden die drei Sitze im irakischen Parlament, die Şengal zugewiesen sind, alle von PDK-Kandidat:innen gewonnen. Die Wähler:innen im Şengal haben jedoch seither wiederholt die Legitimität der Wahl in ihrer Region in Frage gestellt, da viele von ihnen nicht wählen konnten, weil sie nicht als Wähler:innen registriert worden waren: »Die Wahlurne, die wir in unserem Viertel benutzen dürfen und die den Namen ›Nummer 1‹ trägt, wurde am 10. Oktober erst um 12 Uhr geöffnet. Zuerst sagte man uns, sie sei kaputt. Später haben unsere Freund:innen dann herausgefunden, dass diese Wahlurne für alle drei Stadtteile gilt«, berichtete Dewresh, ein Einwohner des Dorfes Borik[3]. Die Personalausweise von Seydo Hisnîs und seiner Familie aus dem Dorf Guhbel wurden von den in letzter Minute installierten Wahlmaschinen nicht anerkannt: »Diese Wahlen waren ein Angriff auf das Volk der Êzîden. Es stellte sich heraus, dass viele der bei uns lebenden Wähler:innen in Lagern für Binnenvertriebene oder in Städten der Region Kurdistan oder in irakischen Provinzen registriert worden waren, während die Namen der Bewohner dieser Gebiete auf unseren Stimmzetteln als registriert erschienen«, sagte er[4]. Am 10. Oktober sollen 83.000 Menschen in die Wahllokale Şengals gegangen sein, aber am Ende des Tages waren nur 13.000 abgegebene Stimmzettel registriert. Das Schicksal der Stimmen von rund 70.000 Şengal-Bewohner:innen ist bis heute unbekannt.

Das Lächeln von Rîham Hesen verblasst, als wir sie nach den jüngsten Wahlen im Irak fragen. So sehr sie sich auch bemüht, ihre Wut über die Ereignisse vom 10. Oktober bleibt uns nicht verborgen. »Die Wahlen waren eindeutig ein Plan, der sich nicht nur gegen Şengal, sondern gegen den gesamten Irak richtet«, sagt sie uns. »Aber die Wahlergebnisse haben sich nicht

2 https://www.middleeasteye.net/news/iraq-elections-yazidi-sinjar-divided-determined

3 https://rojnews.news/tr/kurdistan/sengal-halki-oy-kullanmamiza-izin-vermediler/

4 https://medyanews.net/iraqi-kurdistan-locals-in-sinjar-question-the-fairness-of-sundays-vote/

auf die Arbeit des MXDŞ ausgewirkt. Denn wir kennen die schmutzigen Pläne, die unser Feind gegen uns verfolgt, und wir führen seit vielen Jahren einen Kampf gegen diese Pläne. Viele Mitglieder unseres Volkes haben während dieses Kampfes ihr Leben gegeben. Als Antwort darauf haben wir versprochen, uns zu organisieren und Rache für den Völkermord zu nehmen, der an unserem êzîdischen Volk verübt wurde. Nach den Wahlen haben wir unser Versprechen erneuert.« Aber was ist mit den Berichten über Betrug und Manipulationen? Welche Auswirkungen hatte dies auf Şengal und den Irak insgesamt? »Sie mögen ihre Ziele durch Betrug und Manipulationen erreicht haben, aber die Unterstützung des Volkes haben sie nicht gewonnen. Deshalb wird ihre Politik auch keinen Erfolg haben«, so Rîham Hesen weiter. »Im Irak herrscht ein großes Chaos. Als Zeichen des Protests haben sich viele Menschen geweigert, zu den Wahlurnen zu gehen. Denn sie wussten, dass die Wahlen nicht demokratisch und transparent sein würden. Die Menschen sind sehr unglücklich über die Situation, in der sich der Irak heute befindet. Tausende haben das Land seit den Wahlen verlassen und befinden sich heute an den Grenzen Europas in großer Not. Die europäischen Länder lassen sie nicht einreisen und lassen sie einfach in einer ausweglosen Situation zurück. In Südkurdistan haben in letzter Zeit viele Proteste stattgefunden. Tausende Student:innen und Lehrer:innen sind auf die Straße gegangen und wurden brutal zusammengeschlagen. Sie protestieren, weil sie wollen, dass ihre Rechte respektiert werden.« Trotz der unklaren Zukunft, die das Land nach den jüngsten Wahlen zu erwarten scheint, versichert Rîham Hesen, dass der MXDŞ seine Arbeit fortsetzen wird: »Unsere Arbeit wird weitergehen. Wir sind uns über unsere Ziele im Klaren. Wir werden darauf bestehen, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für den Völkermord an unserem Volk im Jahr 2014 verantwortlich sind. Die Unterstützung unseres Volkes ist groß und unsere Şehîds [*Gefallenen*] geben uns Kraft. Sie haben ihr Leben für das Projekt der demokratischen Autonomie gegeben, das wir heute in Şengal aufbauen. Ihr Opfer hat unsere Überzeugung nur noch verstärkt. Als MXDŞ ist es unser vorrangiges Ziel, die Autonomie Şengals zu sichern und zu stärken. Weder Wahlen noch irgendetwas anderes kann unseren Kampf für diese Ziele schwächen.«

Die Frauen von Şengal

Unsere Zeit im Weißen Haus ist fast vorbei. Während wir mit Rîham sprechen, gesellen sich mehrere ältere êzîdische Frauen zu uns und beobachten geduldig unser Gespräch. Die hellvioletten Schals, mit denen sie locker ihre Köpfe bedeckt haben, und der aufmerksame, warme Blick in ihren Augen wecken unsere Aufmerksamkeit. Bevor wir nach Şengal kamen, hatten wir viel über die Rolle gehört, die diese Frauen, Mütter, Ehefrauen, Töchter oder Schwestern beim Wiederaufbau, der Selbstverwaltung und der Verteidigung von Şengal spielen. Rîham, was hat es mit der starken Beteiligung von Frauen im MXDŞ auf sich? Woher kommt das? Als sie unsere Frage hört, merken wir sofort, dass die Ko-Vorsitzende der Koordination des MXDŞ gerne über dieses Thema spricht: »Als Frauen sind wir davon überzeugt, dass die Gesellschaft nur frei sein kann, wenn alle Frauen frei sind. Deshalb spielen Frauen in Şengal in allen Lebensbereichen eine führende Rolle – egal ob politisch, gesellschaftlich oder militärisch. Das liegt an der Wut, die wir Frauen in unseren Herzen tragen. Wir Frauen weigern uns, Sklaverei zu akzeptieren. Wir wollen ein freies Leben führen. Unser Ziel ist es, dieses freie Leben aufzubauen und damit die Stärke der Frauen zum Vorschein zu bringen. Die Ideen von Rêber Apo [*Abdullah Öcalan*] sind unsere Kraftquelle für diesen Kampf. Wir streben danach, die führende Rolle der Frauen noch mehr zu stärken. Ein gutes Beispiel ist die entschlossene Haltung der Frauen von Şengal, als die PDK Anfang Oktober versuchte, in Şengal einzumarschieren. Durch den Verrat der PDK wurden mehr als 7.000 êzîdische Frauen vom IS entführt. Doch heute haben sich die Frauen Şengals organisiert und rächen sich so für den Völkermord von 2014. Wir arbeiten hart daran, jede einzelne Frau in Şengal zu erreichen, damit wir sie alle bilden, organisieren und vereinen können.«

Das Weiße Haus

Das Zentrum des MXDŞ in der Stadt Şengal – dieses glänzende zweistöckige Gebäude, das alle hier das Weiße Haus nennen – könnte sich nicht mehr von seinem Gegenstück in Washington unterscheiden. Dasselbe gilt auch für die politischen Vorstellungen, für die diese beiden symbolträchtigen Institutionen heute stehen. Auf der einen Seite ein exklusives, undurchsichtiges Machtzentrum in der US-Hauptstadt, in dem mächtige Lobbyist:innen, Politiker:innen und Generäle zusammenkommen, um ihre Pläne der eigenen und allen anderen Gesellschaften der Welt aufzuzwingen. Und dann ist da das Weiße Haus von Şengal. Ein Ort, an dem Rîham Hesen alle Zeit der Welt für unsere vielen Fragen zu haben scheint, an dem sie und all die Menschen, die während unseres stundenlangen Interviews beiläufig vorbeikommen, bereitwillig Einblicke in alle Aspekte ihrer täglichen Arbeit geben und in dem gemeinsam an einer friedlichen Zukunft der Region gearbeitet wird. Zwei Weiße Häuser, die sehr unterschiedliche Pläne für Şengal haben – für diesen kleinen, aber strategischen Ort in einer abgelegenen Ecke des Irak. Was wir während unseres kurzen Aufenthalts hier gesehen und gehört haben, lässt uns hoffen, dass es die Menschen in Şengal selbst sein werden, die die Zukunft ihrer Heimatregion, ihrer Gemeinschaft – und ihres eigenen Weißen Hauses – bestimmen werden. ♦

Die Hilfsorganisation Heyva Sor a Kurd in Nord- und Ostsyrien

»Es war niemand mehr da, und wir mussten handeln!«

Gisela Rhein im Gespräch mit Fee Baumann, Mitarbeiterin von Heyva Sor a Kurd

Überall in Nord- und Ostsyrien ist die Hilfsorganisation Heyva Sor a Kurd sichtbar: Ambulanzwagen auf den Straßen, mobile Teams im Einsatz gegen Corona, Notfallteams bei Veranstaltungen usw. Warum wurde Heyva Sor a Kurd gegründet, mit welchen Aufgaben und Herausforderungen sieht sich diese im Gebiet der demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens aktive Organisation konfrontiert?
Ein Interview mit Fee Baumann, Mitarbeiterin von Heyva Sor a Kurd in der Zentrale in Qamislo.

Heyva Sor a Kurd wird häufig gleichgesetzt mit Heyva Sor a Kurdistanê, es sind aber zwei voneinander unabhängige Organisationen. Warum wurde hier im Autonomiegebiet Nord-und Ostsyriens eine eigene Organisation gegründet?

Wir sind eine junge Organisation. 2012, nach Abzug des syrischen Regimes aus der Region, hat sich eine Gruppe engagierter Menschen ehrenamtlich zusammengefunden, um die medizinische Notfallversorgung nicht vollständig wegbrechen zu lassen. Sieben Personen haben mit einem Krankenwagen, auch an den Kriegsfronten, ihr Möglichstes getan. Die Selbstverwaltung war zu dieser Zeit noch nicht in der Lage, diese Aufgabe zu schultern. Mit dem eskalierenden Krieg wuchs auch der Bedarf an medizinischer Versorgung, und immer mehr Menschen haben sich ohne Bezahlung engagiert. Viele der Freiwilligen hatten keine medizinische Ausbildung. 2014 gelang es der NGO Cadus eine Delegation zu schicken, deren Mitglieder unseren Freiwilligen eine Grundausbildung in medizinischer Notfallversorgung anbieten konnten.

Offiziell gegründet wurde Heyva Sor a Kurd als gemeinnützige Organisation (non-profit) erst später.

Es war wichtig eine Organisation aufzubauen, die über das notwendige Wissen der Verhältnisse vor Ort verfügt und auch hier ihren Sitz hat. Nur so können wir als kompetente lokale Partner internationaler NGOs fungieren und gemeinsam mit der Selbstverwaltung eine medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.

Natürlich gibt es eine enge und sich gegenseitig unterstützende Zusammenarbeit mit Heyva Sor a Kurdistanê in Europa. Spendensammlungen in Europa helfen uns zum Beispiel sehr bei unserer Arbeit hier. Aber in Europa wird Heyva Sor a Kurdistanê oft Terrorismusnähe unterstellt und die Organisation kriminalisiert, was logischerweise die Arbeit dort und auch die Zusammenarbeit erschwert.

Heyva Sor a Kurd ist inzwischen 9 Jahre alt. Wie hat sich die Arbeit verändert? Sind neue Aufgaben dazu gekommen? An welchen Orten ist Heyva Sor a Kurd heute dauerhaft präsent?

Die Organisation ist sehr viel größer geworden und steht vor neuen Aufgaben. Heute ist z. B. nicht nur ein Krankenwagen im Einsatz, sondern es sind inzwischen 60. An diesem Beispiel lässt sich gut erkennen, wie sehr Heyva Sor a Kurd gewachsen ist.

Unser Verwaltungszentrum ist in Qamislo, und Niederlassungen gibt es in allen Regionen Nord- und Ostsyriens in Kooperation mit den Verwaltungen vor Ort. Überall im Land verteilt finden sich Ambulanzen zur Notfallversorgung, Kliniken in Hesekê, Raqqa, Tabqa, Dêrik, Minbic, Kobanê, Deir ez-Zor und in allen Flüchtlingscamps und mobile Kliniken, die die ländliche Bevölkerung versorgen, vor allem schwangere Frauen und Kinder, und bei Bedarf Geburtshilfe leisten.

Das Krankenhaus in Til Temir musste aufgegeben werden aus Geldmangel und wegen der ständigen Angriffe der Türkei.

Diese Entscheidung fiel uns sehr schwer, denn das Krankenhaus war sehr wichtig für die Bevölkerung.

Eine aktuell neue Aufgabe in Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung ist die Organisation und Durchführung der medizinischen Versorgung, der Prophylaxemaßnahmen und der Testzentren im Rahmen der Corona-Pandemie. Zusätzlich zu den Testzentren gibt es mobile Testteams, die bei Bedarf zu den Familien nach Hause fahren.

Welche Aufgaben im Gesundheitssystem Nord- und Ostsyriens übernimmt Heyva Sor a Kurd?

In Absprache und Kooperation mit der Selbstverwaltung übernehmen wir viele Aufgaben, die z. B. in Deutschland vom öffentlichen Gesundheitssystem abgedeckt werden. Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien und wir stehen nie in Konkurrenz zueinander. Aber angesichts der Fülle notwendiger Aufbauarbeiten in unserer Region verfügt die Autonomieverwaltung nicht über ausreichend finanzielle und strukturelle Kapazitäten, um schon jetzt ein umfassend funktionierendes Gesundheitssystem aufzubauen. Wir sprechen hier von einem Aufbau von Null an. Und hier übernimmt unsere Organisation Verantwortung bis das öffentliche Gesundheitssystem ausreichend funktioniert.

Die zentrale Aufgabe einer Rote-Kreuz-Organisation ist die Notfallversorgung. Und diese Aufgabe ist auch unsere Basis und wird unsere Aufgabe bleiben, nachdem die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch die Selbstverwaltung übernommen werden kann.

In unseren *Emergency-Zentren* (Notfallzentren) in allen größeren Kommunen stehen Ambulanzwagen und Notfallteams 24 Stunden bereit. Hier bekommen die Patient:innen eine erste Versorgung, und wenn notwendig werden sie stabilisiert, bis sie in ein Krankenhaus gebracht werden können. *Health Posts* (Gesundheitsstationen) und mobile Kliniken garantieren die Basisversorgung in ländlichen Regionen.

Die Kliniken, die wir betreiben, unterscheiden sich von den öffentlichen Krankenhäusern. Bei uns arbeiten Allgemeinmediziner:innen, Internist:innen, Kinderärzt:innen und Gynäkolog:innen (u. a. für die Begleitung natürlicher Geburten). Psycholog:innen stehen für die emotionale Begleitung der Patient:innen bereit und *Community Health Workers* (Kommunale Gesundheitsarbeiter:innen) arbeiten direkt mit den Familien und den Nachbarschaften. Medikamente gibt es in den angeschlossenen Apotheken.

Melden die Kommunen Unterstützungsbedarf für die kommunalen Krankenhäuser, dann leisten wir diese Unterstützung im Rahmen unserer Möglichkeiten. Zum Beispiel unterstützen wir die Geburtsstationen der öffentlichen Kliniken, und ein leider immer noch aktuelles Beispiel ist die notwendige Versorgung an Corona erkrankter Menschen. Im Heyva-Sor-Krankenhaus in Hesekê wurde eine Intensivstation eingerichtet, um eine umfassende medizinische Versorgung zu bieten. Und hier ein Beispiel, wie die Sicherheitsprobleme unsere Arbeit beeinflussen: Diese Intensivstation musste in das kommunale Krankenhaus verlegt werden, denn wir konnten die Sicherheit nicht gewährleisten, wenn Kranke aus den IS-Camps, z. B. aus al-Hol zu uns gebracht wurden. Die logistischen und sicherheitstechnischen Probleme waren zu groß. Aber unser Personal arbeitet weiterhin für diese Station im kommunalen Krankenhaus.

Eigentlich bräuchte es eine adäquate Versorgung für Covid-Patient:innen in den Internierungscamps, was vor allem sicherheitstechnisch und logistisch einiges vereinfachen würde. Bisher gibt es dort aber lediglich Quarantänestationen und noch keine Covid-Krankenhäuser. Eine Konsequenz aus der schwierigen logistischen Lage im Camp al-Hol war der Aufbau eines *Field Hospitals* (Lazarett) gemeinsam mit unseren Partnern Medico International und Cadus. Dieses Field Hospital entlastet das öffentliche Gesundheitswesen spürbar, verfügt aber leider nicht über ausreichend Kapazität, um alle Fälle im Camp zu behandeln, und speziell für an Corona erkrankte fehlen uns ausreichend Quarantänestationen. Die NGO Cadus betreibt diese Klinik jetzt weiter.

In den Flüchtlingscamps bauen wir vergleichbare medizinische Strukturen auf wie in den Kommunen. Es fehlt uns allerdings an internationaler Unterstützung, vor allem bei der Versorgung an Corona erkrankter Patient:innen.

Ich habe versucht, unsere Arbeit kurz zusammenzufassen. Und in diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, einen Aspekt aus den Bedingungen, unter denen wir arbeiten, herauszugreifen: Wir arbeiten unter ständigen Kriegsdrohungen der Türkei, und durch die täglichen Angriffe an der Grenze zu den von der Türkei besetzten Gebieten werden viele Menschen aus den Dörfern verletzt. Unsere Mitarbeiter:innen sind wie die gesamte Bevölkerung hier diesem ständigen Bedrohungsstress ausgesetzt.

Gibt es Projekte für spezielle Zielgruppen, und sind neue Projekte in Planung?

Wir arbeiten gemeinsam mit Medico International im Waisenhaus in Hesekê. Hier leben Kinder aus Vergewaltigungen

êzîdischer Frauen durch IS-Männer. Die Mütter konnten nach ihrer Befreiung bei der Rückkehr in ihre Familien ihre Kinder nicht mitnehmen.

Vor kurzer Zeit wurden wir damit beauftragt, die medizinische Versorgung in sogenannten *Detention Centers* zu übernehmen. Unter *Detention Center* kann man sich eine Zwischenebene zwischen Gefängnis und Internierungslager vorstellen. Hier sind die ehemaligen Kindersoldaten des IS untergebracht, heute Jugendliche ohne Perspektive, in ihre Heimatländer zurückkehren zu können. Diese Arbeit ist eine mentale Herausforderung für unsere Kolleg:innen. Die Opfer waren auch Täter, und wir müssen die richtige Balance in unserer Haltung finden, denn medizinische Betreuung betrifft den ganzen Menschen, auch die Psyche.

Eine Folge des Krieges gegen den IS und der Angriffe der Türkei sind die vielen Kriegsverletzten, meist noch junge Frauen und Männer. In Qamislo steht ein großes Zentrum für diese Zielgruppe kurz vor der Fertigstellung. Die Prothesenwerkstatt bekommt dort endlich die dringend benötigten größeren Räume, es wird eine physiotherapeutische Abteilung geben, und Psycholog:innen werden im Haus arbeiten. Außerdem stehen ausreichend Verwaltungsräume und Übernachtungsmöglichkeiten für Patient:innen, deren Prothesenanpassung längere Zeit braucht, bereit. Kleinere Zentren dieser Art sollen in allen Regionen aufgebaut werden, aber die zentrale Versorgung wird in Qamislo sein.

Hier in Qamislo, angebunden an das *Emergency Center*, betreibt Heyva Sor auch ein Mamografiezentrum für Frauen. Aber auch hier wieder ein Blick auf die Lebenswirklichkeit unserer Bevölkerung: Es gibt im Moment kaum Medikamente zur Behandlung von Krebs in der Region der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens. Wir stehen unter dem Embargo durch die Türkei und durch das Regime in Damaskus. Die ganze Region leidet unter einem Mangel an Medikamenten, vor allem fehlen solche, die für schwere und chronische Erkrankungen gebraucht werden.



Im Krankenhaus in Til Temir 2019 zur Zeit der Angriffe der Türkei auf Serêkaniyê.
Foto: Heyva Sor a Kurd

Es gibt bis jetzt keine statistische Erfassung, aber die Erfahrung zeigt, dass Krebserkrankungen bei Frauen und Kindern deutlich zunehmen. Auch die Ursachen dafür sind nicht systematisch erfasst, aber sicher trägt die Umweltverschmutzung, auch in Folge des Krieges und der schwierigen wirtschaftlichen Lage, dazu bei.

Krebserkrankungen müssen auch hier in der Region behandelbar werden, denn nicht alle erkrankten Menschen können für eine Behandlung nach Damaskus reisen. Drohende politische Verfolgung kann dafür ein Grund sein, oder die hohen Kosten für die Reise und die Behandlung können nicht aufgebracht werden. Deshalb soll trotz aller Probleme ein Zentrum zur Krebsbehandlung hier in der Region aufgebaut werden.

Weitere laufende oder in Planung befindliche Projekte sind Aufklärungskampagnen für gesunde Ernährung, gegen den Missbrauch von Antibiotika (sofern erhältlich, gelten sie als Allheilmittel in der Bevölkerung) und über Diabetes. Diabetes ist hier eine weitverbreitete Erkrankung, und es fehlt an Insulin.

Es ist uns übrigens gelungen, in den Krankenhäusern der Region Müllverbrennungsöfen für den medizinischen Müll aufzubauen, und der Ausbau unserer Abteilung für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene macht gute Fortschritte. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Vermeidung von Krankheiten.

Wie viele Mitarbeiter:innen arbeiten für Heyva Sor a Kurd? Gilt es besondere Herausforderungen im Personalmanagement zu bewältigen?

Etwa 2.000 Menschen arbeiten bezahlt und auch ehrenamtlich bei uns, die Mehrheit bekommt Gehalt. Ich sage etwa, denn die Zahl der bezahlten Mitarbeiter:innen ist abhängig von Projektgeldern. Und alle, die mit Projektarbeit vertraut sind, kennen dieses Problem fehlender Kontinuität. Viele unserer Kolleg:innen sind sehr idealistisch eingestellt und improvisieren ihren Lebensunterhalt auch in Zeiten nicht fließender Projektmittel. Immer wieder können monatelang Gehälter nicht gezahlt werden, denn die notwendige Arbeit geht weiter, aber die Projektgelder fließen sehr unregelmäßig. Manchmal müssen wir die Gehälter wegen mangelnder Projektfinanzierung kürzen, oder die Kolleg:innen arbeiten für eine begrenzte Zeit ehrenamtlich. Ein großes Problem in dieser wirtschaftlich angespannten Lage hier und ein großes Problem für unsere Personalplanung.

Wir bemühen uns aber immer, wenigstens ein Mindestgehalt zu bezahlen.

Hier gibt es kein Sozialversicherungssystem wie z. B. in Deutschland. Wir bauen gerade innerhalb von Heyva Sor ein solches auf, um im Einsatz verletzte Mitarbeiter:innen weiterhin auf Mindestniveau zu bezahlen oder um Familien zu unterstützen, deren Vater oder Mutter bei einem Einsatz ums Leben kamen. Selbstverständlich unterstützen wir auch mit medizinisch notwendigen OPs. Im Fall, dass wir Kliniken schließen müssen, wie 2019 als die Türkei Serêkaniyê besetzt hat und wir unsere Teams evakuieren mussten, ist unsere Unterstützung für die Mitarbeiter:innen notwendig. Wir hoffen, dass unsere internationalen Partner und ihre Geldgeber dieses interne Sozialsystem unterstützen. Wir haben dieses Modell auch bei der Selbstverwaltung vorgestellt, und vielleicht kann es auch ein gutes Beispiel für die hier arbeitenden NGOs sein.

Diese Herausforderung im Personalmanagement haben wir also hoffentlich erfolgreich gelöst, aber es ist nicht die einzige. Unser Personal wird aus- und fortgebildet von Fachkräften und ist deshalb attraktiv für andere medizinische Dienstleistenden. Wir kämpfen mit dem Problem der Abwerbung durch internationale NGOs. Der Unterschied zwischen unseren Gehältern, den Gehältern der Selbstverwaltung und den Gehältern der NGOs ist immens und ist eines unserer größten Probleme. Dringend benötigtes Fachpersonal im öffentlichen Bereich wird durch die NGOs abgezogen. Leider kam es bis jetzt zu keiner Einigung.

Alle unsere Mitarbeiter:innen haben den *Code of Conduct* (Verhaltenskodex) der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen unterschrieben und besuchen regelmäßig Fortbildungskurse. Mit dieser Unterschrift verpflichten sich die Kolleg:innen u. a. niemanden auf Grund der Herkunft, der Religion und des Geschlechts zu diskriminieren und keine Gegenleistungen, welcher Art auch immer, einzufordern. Sollte es zu Beschwerden kommen, geht unser *Protection Team* diesen nach und fordert bei Bedarf Konsequenzen bis hin zur Entlassung.

Die Arbeit hier vor Ort ist keine leichte. Embargo und ständige Angriffe der Türkei, neue Kriegsdrohungen durch die Türkei, Spannungen mit dem Assad-Regime, der wiedererstarkende IS – um nur einige Beispiele zu nennen – erschweren die Arbeit.

Gibt es Faktoren, die zusätzlich Probleme schaffen?

Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien wird nicht international anerkannt, und für Syrien gilt der *Syrisch Arabische Rote Halbmond*, der dem Regime in Damaskus nahe steht, als offizielle Rothalbmond-Organisation. Solange der *Syrisch Arabische Rote Halbmond* uns nicht anerkennt und mit uns kooperiert, werden wir immer einen inoffiziellen Status haben, egal wie wichtig unsere Arbeit ist. Wir sind kompromissbereit und suchen die Zusammenarbeit. Zum Beispiel könnte der Zusatz Kurd im Namen wegfallen. Das entspricht übrigens auch unserer Arbeitsrealität. Wir arbeiten in einer multiethnischen Gesellschaft mit einem multiethnischen Kollegium.

Die fehlende Anerkennung als Mitglied der internationalen Rotkreuz-und Rothalbmond-Bewegung bedeutet, dass auch staatliche internationale Geldgeber uns nicht anerkennen, obwohl wir nach den Prinzipien der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften arbeiten. Ein praktisches Beispiel: Eine NGO bekommt Geld von der deutschen Regierung für ein medizinisches Projekt, darf aber mit uns kein Partnerabkommen abschließen, will es aber gemeinsam mit uns umsetzen. Aber ohne Partnerabkommen darf die NGO unsere schon vorhandene Infrastruktur nicht nutzen, muss eine neue aufbauen und damit verteuern sich die Projekte erheblich.

Ein weiteres großes Problem: Es gibt kein Bankensystem in unserer Region. Es werden aber Banken für Geldüberweisungen benötigt, ein Konto für Spendenkampagnen. Eine Kontoeröffnung in Südkurdistan (Nordirak) ist auch nicht möglich, denn dafür wird die offizielle Registrierung in Bagdad gebraucht, die wir nicht bekommen.

Dieses Problem des Geldtransfers von Fall zu Fall zu lösen, ist sehr aufwendig, denn alternative Wege werden oft kriminalisiert unter dem Vorwurf der Geldwäsche.

Oft werden die Belastungen durch die Internierungscamps international thematisiert. Zehntausende IS-Anhänger und ihre Familien müssen dort auch medizinisch versorgt werden, und die Camps müssen zum Schutz der Bevölkerung, auch der Bevölkerung in Europa, gesichert werden. Diese Camps binden materielle Ressourcen, die eigentlich auch für den Aufbau eines Gesundheitssystems oder anderer infrastruktureller Wiederaufbaumaßnahmen gebraucht würden, in hohem Maße.

Aber auch die vielen Binnenflüchtlinge, geflohen aus den von der Türkei besetzten oder vom Regime in Damaskus kontrollierten Gebieten, die in den Flüchtlingslagern auf die Rückkehr in ihre Heimatorte warten, brauchen medizinische Versorgung.

Auf wirklich ausreichende Unterstützung aus dem Ausland zu hoffen ist keine Option, denn der andauernde Krieg hier und die damit einhergehenden wirtschaftlichen, sozialen und Sicherheits-Probleme werden international von einer Mauer des Schweigens umgeben. Erschwerend kommt dazu, dass die internationalen Hilfsgelder für Syrien insgesamt im Moment in großem Umfang gekürzt werden.

Probleme brauchen Lösungen. Welche Wege müssen dafür eingeschlagen werden?

Intern sind wir bei Heyva Sor a Kurd bemüht, durch eine neue und effektivere Verwaltungsstruktur der immer weiter wachsenden Organisation gerecht zu werden. Anfang 2021 war für alle klar, dass die bestehende Aufgabenverteilung und Koordination der Arbeiten zu einer übermäßigen Belastung vieler Kolleg:innen führte und ineffektive Kommunikations- und Entscheidungswege die Arbeit erschwerten. Gemeinsam mit dem Kollegium haben wir nach Lösungen gesucht, die Umstrukturierung geplant und umgesetzt. Dieser Prozess hat sich auch sehr positiv auf die Arbeitsplatzzufriedenheit ausgewirkt. Diese Veränderung lag in unserer Hand und wir haben sie umgesetzt.

Die internationale Anerkennung als Rotkreuz- bzw. Rothalbmond-Organisation liegt nicht allein in unserer Hand, aber wir hoffen, dass die Bedeutung unserer Arbeit auch international von Regierungsseite gesehen wird.

Wir müssen in Nord- und Ostsyrien ein umfassendes, möglichst kostenloses öffentliches Gesundheitssystem aufbauen und brauchen dazu die finanziellen Mittel, die von der Selbstverwaltung derzeit nicht aufgebracht werden können, da leider ein Großteil der öffentlichen Gelder für die notwendige Verteidigung aufgebracht werden muss. Unsere Region befindet sich derzeit in einer nahezu einzigartigen Situation: Hier findet ein Aufbau ziviler Verwaltungsstrukturen statt. Der Aufbau muss trotz fortwährender Angriffe, permanenter Kriegsbedrohungen und fehlender internationaler Anerkennung der Selbstverwaltung bewältigt werden. Diese fehlende Anerkennung ist für mich unverständlich, denn die Revolution hier hat das Ziel, Gleichberechtigung und Demokratie in dieser Gesellschaft aufzubauen. Dass dies kein einfacher Prozess ist, liegt auf der Hand, aber diesen Prozess auch noch aktiv zu blockieren von Seiten der westlichen demokratischen Staaten und ihn sogar aktiv zu bekämpfen durch Waffenhandel mit der Türkei, gipfelt in Zynismus und zeugt von unfassbarer Kaltblütigkeit.

In diesem Punkt heißt der Lösungsweg Frieden mit einer langfristigen Perspektive für die Region. Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit in Teilen der Bevölkerung sind nachvollziehbar, und damit einher geht der Wunsch, nach Europa zu kommen. Alle Anstrengungen der Selbstverwaltung stoßen ob der geschilderten Probleme immer wieder an ihre Grenzen.

Eine persönliche Frage zum Abschluss unseres Gesprächs: Was motiviert Sie auch unter oft schwierigen Bedingungen, bei Heyva Sor a Kurd zu arbeiten?

Nach meiner Arbeit bei einer auch hier in der Region engagierten NGO habe ich beschlossen, zu Heyva Sor a Kurd zu wechseln. Ich will mit den Menschen vor Ort arbeiten, und das im Rahmen eines lokal verorteten organisatorischen Kontextes. Hiersein schafft Verständnis, und ich will meinen Beitrag zum Aufbau eines Gesundheitssystems in der Region leisten. Die Arbeit von NGOs als Hilfsorganisationen wird zu Recht kritisch betrachtet, auch hier.

Und eine sehr persönliche Motivation: Inzwischen bin ich mit meinen Freund:innen und Kolleg:innen zu einer Familie zusammengewachsen. Das schafft auch eine starke emotionale Bindung, die mir sehr viel Energie gibt und die ich auch nicht so einfach aufgeben kann und will.

Eine letzte Anmerkung: Politische Aussagen sind meine persönlichen Aussagen und spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung von Heyva Sor a Kurd wieder.

Unterstützung für die Arbeit von Heyva Sor a Kurd ist möglich über Spenden an Medico International, Heyva Sor a Kurdistanê und Cadus mit dem Vermerk »Emergency Response NES«. Das Geld fließt dann in laufende Projekte dieser NGOs in Kooperation mit Heyva Sor a Kurd. ♦

Wirtschaft in der demokratischen Moderne:

Kooperieren statt konkurrieren

Interview mit Zinar Agit, einem Internationalisten in Rojava

Zinar Agit war innerhalb der letzten zwei Jahre in mehreren Wirtschaftskomitees der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien aktiv. Er beschreibt seine Eindrücke und Erfahrungen aus seinem ersten Jahr in der Broschüre »Revolution und Kooperativen[1]«. In der Broschüre diskutiert er, inwiefern Kooperativen Teil einer revolutionären Strategie und des Aufbaus einer basisdemokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft sein können.

Wie definieren wir die Begriffe Wirtschaft und Industrie als ökologische, feministische und basisdemokratische Bewegung? Welche Bedeutung bekommen sie in der demokratischen Moderne?

Unter Wirtschaft sollten wir das verstehen, wofür der Begriff tatsächlich steht. Das Wort Ökonomie stammt aus dem Altgriechischen und kann mit Haushaltung übersetzt werden. Es beschreibt also zunächst nichts anderes als die Organisierung des Zusammenlebens in einem Haushalt. Mit anderen Worten, die Befriedigung der Bedürfnisse des Haushaltes. In größerem Rahmen ist das Ziel der Wirtschaft folglich die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen. In der Mainstreamökonomie wird das Grundproblem der Wirtschaft wie folgt erklärt: Die Bedürfnisse des Menschen (oder mit anderen Worten unsere Habgier) seien unendlich, während die Ressourcen auf der Erde endlich seien. Daher ist ihre Antwort, den knappen Ressourcen einen Preis zu geben, um alles gemäß der individuellen Nutzenmaximierung aufzuteilen. Dabei könnten wir das Ganze auch genau andersherum betrachten: Denn während die kapitalistische Profitlogik eine Unendlichkeit an neuen Produkten und Bedürfnissen schafft, sind die tatsächlichen Bedürfnisse der Gesellschaft nicht grenzenlos. Gleichzeitig sollten wir uns die Erde nicht als Ressourcenlager vorstellen, das eines Tages einfach leer gekauft ist. Ressourcen sind in langjährige und komplexe Dynamiken und Kreisläufe eingebunden, in denen sich die Natur von sich aus ständig erneuert. Unsere Antwort sollte daher sein, uns in basisdemokratischen und dezentralen Prozessen darüber klar zu werden, was unsere Bedürfnisse tatsächlich sind und unser Wirtschaften gleichzeitig als Teil ökologischer Kreisläufe zu begreifen und dementsprechend auszurichten. Dafür müssen wir unser Wirtschaften langfristig von der Geld- und Tauschlogik befreien.

In der kapitalistischen Vorstellung von Wirtschaft ist reproduktive Arbeit unsichtbar und wird meistens wie ein selbstverständlicher Service überwiegend von Frauen* geleistet, obwohl gerade diese Arbeit die Grundlage für alles andere ist. Als ökologische, feministische und basisdemokratische Bewegung, bezeichnen wir physische und emotionale Fürsorge für Mitmenschen sowie generelle zwischenmenschliche Beziehungsarbeit eben als das was es ist: Arbeit. Ist es also Wirtschaft, wenn ich eine traurige Freund*in tröste? Instinktiv möchten die meisten vermutlich »nein« sagen, da wir damit das Vordringen der Tausch- und Geldlogik in alle Lebensbereiche tragen. Aber in der demokratischen Moderne hat sich die Wirtschaft von genau dieser Logik befreit. Und da ich durch das Trösten ja offensichtlich ein großes menschliches Bedürfnis befriedige, gehört dies laut unserer Definition zur Grundlage der Wirtschaft. Denn ebenso offensichtlich sind Bedürfnisse natürlich nicht nur materieller Natur. Wo ist dann die Grenze von Wirtschaft? Ist jede Interaktion in der Gesellschaft Wirtschaft? Es ist vermutlich nicht zielführend, den Begriff zu weitläufig zu definieren, um ihn nicht zu einem schwammigen »alles und nichts« werden zu lassen. Aber eines ist klar: Wirtschaft ist mit allen Bereichen des Lebens verbunden. Darum ist Wirtschaft auch einer der Grundbausteine der Jineolojî (was neben »Wissenschaft der Frau« eben auch als »Wissenschaft des Lebens« übersetzt und praktiziert wird).

Für den Aufbau einer kommunalen Wirtschaft müssen wir auch die ursprüngliche Bedeutung der Industrie erkennen und

1 Revolution und Kooperativen, Gedanken über meine Zeit beim Ökonomie Komitee in Rojava, Herausgegeben von der Internationalistischen Kommune in Rojava in Kooperation mit der Union Coop Föderation in Deutschland. https://internationalistcommune.com/revolution-und-kooperativen-gedanken-uber-meine-zeit-im-wirtschaftskomitee-in-rojava/

vom Industrialismus abgrenzen. Wenn wir in der westlichen Welt über den Ursprung der Industrie nachdenken, ist die erste Assoziation oft die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert, die dem kapitalistischen System zum Aufschwung verholfen hat und zu massiver Umweltzerstörung führte. In der kurdischen Freiheitsbewegung betrachten wir allerdings die Nutzung der ersten einfachen Werkzeuge vor Tausenden von Jahren als den Beginn der Industrie. Industrialismus dagegen steht für die ideologische Nutzung der Industrie im Sinne von Ausbeutung (von Mensch und Natur) mit dem Ziel der Kapitalanhäufung. Das geht gleichzeitig einher mit gesellschaftlichem Wandel. Das Aussterben des Dorflebens und die Entfremdung von der Natur müssen wir beispielsweise als soziale Folgen des Industrialismus verstehen. Der Begriff Industrie ist heutzutage eng verbunden mit Technologie. Beides muss so eingesetzt werden, dass es der Wirtschaft nutzt. Wenn ich das so sage, klingt das nach einem Zitat von Christian Lindner, aber wenn wir daran denken, wie wir Wirtschaft definieren, bedeutet es einfach, dass industrielle Produktion und technologische Entwicklung in der demokratischen Moderne an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert sein müssen. Wenn das in den letzten 200 Jahren der Fall gewesen wäre, würden wir heute sicherlich nicht vor dem ökologischen Kollaps stehen.

Auf welchen Werten beruht die kommunale Wirtschaft in der demokratischen Moderne?

Als fundamentale Werte der kommunalen Wirtschaft gelten das Teilen und das gemeinsame Arbeiten. Darum spreche ich auch gerne von hevaborî (hev- ist eine kurdische Vorsilbe für »miteinander, gegenseitig, gemeinsam« und aborî bedeutet Wirtschaft. Das ist übrigens die gleiche Vorsilbe wie auch im Wort heval – Freund*in, Genoss*in). Die Wirtschaft der demokratischen Moderne basiert zudem auf Werten wie Wissen, Organisation, Anstrengung, ein klares Ziel, Liebe, Selbstverteidigung und Willensstärke. Die Grundlage, um diese Ziele überhaupt erreichen zu können, ist allerdings das kommunale Leben als gemeinsames Ziel. Wir müssen uns fragen: Wie und wofür arbeiten und leben wir?

Dabei müssen wir uns darüber klar sein, dass eine Gesellschaft, die sich von herkömmlichen ökonomischen Klassen befreit hat, nicht automatisch eine befreite Gesellschaft ist. Um die Wirtschaft der demokratischen Moderne aufzubauen, müssen wir also nicht einfach den »Kapitalismus abschaffen«, sondern jegliche Form von Herrschaft und Unterdrückung überwinden. Denn der Kapitalismus ist nur das jüngste Gesicht der letzten paar hundert Jahre in einer Geschichte von circa 6.000 Jahren zentralistischer Zivilisation. Ganz am Anfang stand die Entstehung von Hierarchie, die in der Unsicherheit und Angst der Unterdrücker ihren Ursprung hat. Murray Bookchin beschreibt, dass die daraus folgende Mentalität der gewaltsamen Unterdrückung von Menschen untereinander (Mann vs. Frau, alt vs. jung) den Weg für die Unterdrückung der Natur geebnet hat. Diese Entwicklung wurde auch durch die aufkommende Frage der Kontrolle über die ersten primitiven Kapitalakkumulationen im Zuge der Sesshaftigkeit der vorher nomadisch lebenden Menschen ermöglicht (in deren Alltag es auch vorher sicherlich immer Gewalt gegeben hat, aber nicht in systematischer Weise in Form von Dominanz und Unterdrückung). Diese systematische Gewalt wurde nach und nach immer weiter durch Kriege, Herrschaft und die Entwicklung der ersten Staaten gefestigt und ausgebaut. Seit Jahrtausenden sind Patriarchat und Ausbeutung von Mensch und Natur also eng miteinander verzahnt und treten meist gemeinsam auf. Daher kann unsere Antwort nur sein, das zugrundeliegende hierarchische Denken in allen Lebensbereichen zu bekämpfen. Wenn wir das nicht schaffen, also beispielsweise Unterdrückungsmechanismen des Patriarchats in uns und unserem Umfeld nicht ernsthaft bekämpfen, brauchen wir nicht von Revolution zu sprechen und begehen die gleichen Fehler wie beispielsweise der Realsozialismus. Des Weiteren ist Wirtschaft heute das Sinnbild der positivistischen Wissenschaft schlechthin, die darauf basiert, das individualistische Leben und dessen zwischenmenschliche Beziehungen zu berechnen und unterbewusst nach rationalen Kosten-Nutzen-Abwägungen zu bewerten. Das ist eng verbunden mit patriarchalen Denkmustern, die besonders in der männlich sozialisierten Gesellschaft tief verwurzelt sind. Das steht dem Aufbau unserer Wirtschaft im Weg. Wir brauchen eine holistische Sichtweise auf Wirtschaft, welche die Fürsorge der Gesellschaft, also die Befriedigung der Bedürfnisse, als Grundlage unseres gemeinsamen Lebens nimmt.

Eine wichtige Charaktereigenschaft einer kommunalen Wirtschaft und aus ökologischer Sicht unabdingbar ist es außerdem, einen ausgeprägten Selbstversorgungsgrad zu erreichen. Wir wollen dadurch eine Unabhängigkeit von Nationalstaaten und globalen Marktkräften erreichen, aber gleichzeitig intensive und zusammenhängende Beziehungen zu anderen Gemeinschaften in der Region und weltweit pflegen und dabei auf Augenhöhe kooperieren. Durch die Verfügbarkeit von Millionen von Waren durch einen Klick im Internet sind wir nicht nur als Produzierende, sondern auch als Konsumgesellschaft extrem entfremdet von dem Produkt. Wir sehen nur den monetären Wert und nicht die Mühe und Ressourcen, welche für dieses Produkt aufgebracht wurden. Durch das Wiederaufleben von regionalem Handwerk und der ökologischen Nutzung von bestehender Industrie kann beispielsweise eine Wertschätzung für den Produktionsprozess gestärkt werden. Aufbauend auf dem Konzept »Solidarische Landwirtschaft« kann eine regionale und kommunale Lebensmittelprodukti-

on das Gespür für Natur und Ernährung stärken, die Landwirtschaft aus den Zwängen des globalen Marktes befreien und eine nachhaltige Landbewirtschaftung möglich machen. Die Entfremdung der Gesellschaft von der Landwirtschaft ist einer der größten Brüche zwischen Mensch und Natur und eine direkte Auswirkung des Industrialismus.

Was sind Kooperativen und welche Rolle spielen sie beim Aufbau der befreiten Gesellschaft?

Kooperativen sind das Herzstück der kommunalen Wirtschaft und im besten Fall auch ein Werkzeug, um diese zu erkämpfen. Eine Kooperative ist eine Gruppe von Menschen, die in organisierter Form Bedürfnisse befriedigt. Wie der Name beschreibt, passiert das durch zwischenmenschliche Kooperation an Stelle von kapitalistischer Konkurrenz. Entscheidend ist dabei, dass jegliche materielle und immaterielle Produktionsmittel in den Händen der dort arbeitenden Menschen – also vergesellschaftet – sind. Klar ist: Radikale Kooperativen sind tatsächlich auch der Inbegriff von Vergesellschaftung als Alternative zu kapitalistischer Privatisierung und zentralistischer Verstaatlichung. Aber auf dem Weg zu einer kommunalen Wirtschaft kommt es besonders auch auf die immateriellen Werte der Vergesellschaftung (das Entstehen von kooperativer Gemeinschaft) an, wie gerade beschrieben. Ein weiteres Kernmerkmal einer Kooperative ist, dass alle Mitglieder an den Entscheidungen, die sie betreffen, teilhaben. Das sind zwei Grundkriterien, die so auch schon in der europäischen Genossenschaftsbewegung seit Robert Owen und vielen anderen existieren. Da diese Kriterien die Entwicklung jener oben beschriebenen immateriellen Werte zwar begünstigt aber nicht garantiert, muss die Praxis konsequent nach den Werten der Frauenbefreiung, Ökologie, Basisdemokratie und Selbstverteidigung ausgerichtet sein. Besonders in dem schwierigen Umfeld der kapitalistischen Moderne muss es eine Kooperative schaffen, diese Werte im Alltag tatsächlich zu leben, um so eine realistische und spürbare Keimzelle für das Neue zu sein. Auf grundlegender Ebene hat die kommunale Wirtschaft der demokratischen Moderne das gleiche Endziel wie jegliche revolutionäre Wirtschaftstheorie von Anarchismus bis Kommunismus: »Von jeder* gemäß ihren Möglichkeiten, für jede* gemäß ihren Bedürfnisse.«



Welche Schwierigkeiten haben Kooperativen in der kapitalistischen Moderne?

Im Wirtschaftskomitee hier in Rojava benutzten wir den Slogan »Bê komîn koperatîf nabe, bê koperatîf komîn nabe«, was soviel heißt wie: Eine wahre Kooperative kann nicht ohne Kommune und eine wahre Kommune kann wiederum nicht ohne die Kooperative bestehen. Dies beschreibt den Fakt, dass eine Wirtschaft basierend auf Kooperativen Hand in Hand geht mit einem basisdemokratischen Rätesystem, das auf Kommunen aufbaut. Ohne dieses Umfeld, von dem wir in der kapitalistischen Moderne sehr weit entfernt sind, befindet sich eine Kooperative im ständigen Überlebenskampf. Die Kooperative ist dann vergleichbar mit einem Fisch ohne Wasser, der aus seinem natürlichen Lebensumfeld gerissen wurde.

Die kapitalistische Moderne hat je nach Region sehr unterschiedliche Ausprägungen und Facetten. Eigeninitiative ist nicht nur die Voraussetzung für funktionierende Kooperativen, sondern das Ziel von gesellschaftlicher Revolution generell. Die Staatsmentalität der kapitalistischen Moderne steht der Eigeninitiative der Gesellschaft entgegen. Staatsmentalität hat für mich beim genaueren Hinsehen z. B. mehrere Ebenen, die sicherlich überall vertreten, aber nicht überall gleich stark ausgeprägt sind. Der Aspekt der Obrigkeitsgläubigkeit und das daraus resultierende Unterwerfen großer Teile der Gesellschaft gegenüber Autoritäten ist meiner Einschätzung nach z. B. hier im Mittleren Osten durch den Einfluss von zentralistischem Islam und Feudalismus recht groß. Gleichzeitig erlebt die Gesellschaft hier seit Jahrzehnten hautnah mit, dass bestehende Nationalstaaten über Nacht zusammenbrechen können. Daher ist es eher die Erfahrung, dass Alternativen jenseits vom Staat möglich sind. Darüber hinaus ist es hier oft eine materielle Notwendigkeit, das Leben selbst in die Hand zu nehmen. Im Zentrum der kapitalistischen Moderne dagegen scheint es gerade in den Generationen, die ohne größere Umwälzungen in scheinbarer Stabilität aufgewachsen sind, unvorstellbar, dass es jemals eine andere Gesellschaftsform als den Nationalstaat sowie eine kapitalistische Marktwirtschaft gegeben hat, gibt und geben wird.

Es haben sich vor uns schon viele mit den Schwierigkeiten der Kooperative im kapitalistischen Umfeld in Praxis und Theorie auseinandergesetzt. Rosa Luxemburg z. B. hat schon vor mehr als hundert Jahren vor der Falle gewarnt, dass Kooperativen im Zentrum der kapitalistischen Moderne häufig entweder zu Marginalisierung und Selbstausbeutung tendieren oder früher oder später Kompromisse mit der Logik des Systems eingehen, um in ihm bestehen zu können. Ein Teil der Herausforderung in der heutigen westeuropäischen Realität ist auch der Kampf um Zeit: Wir müssen Zeit zurückgewinnen. Klar, wir befinden uns ohnehin in einem Kampf gegen die Zeit, da jedes Jahr viele weitere Landstriche weltweit unbewohnbar werden und durch Artensterben etc. unumkehrbarer Schaden angerichtet wird. Außerdem sind rechte bis faschistische Gruppen in vielen Teilen der Welt, nicht zuletzt in Deutschland, einer linken Alternative, was Organisierungsgrad und Ernsthaftigkeit angeht, weit voraus. Der Kampf um Zeit ist aber nicht nur ein Wettlauf gegen Klimakrise und Aufrüstung von reaktionären Kräften. In erster Linie ist es der Kampf darum, unsere eigene Lebenszeit im Alltag zurückzugewinnen. Unser großes Problem ist es, dass wir durch die Zwänge und Reize im System oft gar nicht die Kraft und Zeit haben, Kooperativen auf ein solches ideologisches Level zu bringen, dass wir eine direkte Bedrohung für die Profite der Industrie sowie für den Einfluss der Staatsmacht auf uns darstellen könnten. Wenn wir den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, bewusst neue Wege außerhalb des gesteckten Rahmens des Liberalismus zu gehen, und dabei nicht in kultureller Selbstisolation linker Szenen verbleiben, wird daraus große Strahlkraft und konkrete Hoffnung entstehen, dass ein anderes Wirtschaften möglich ist.



Arbeiten in der Kooperative. Foto: internationalistcommune.com

Was raubt uns also unsere Zeit, um konkrete Alternativen aufzubauen und zu leben?

Ganz vorne mit dabei ist der in uns tief verankerte Einfluss des Liberalismus, die Ideologie des Kapitalismus. Das führt besonders bei der jungen Generation, in deren Händen die Zukunft liegt, entweder zu einem individualistischen Fokus auf Karriere an der Universität oder im Beruf (in der von der weißen Mittelklasse geprägten Linken besonders bedingt durch unterbewusste Verlustängste) oder zu ausgeprägtem Hedonismus mit Hang zu postmodernem Nihilismus. Ganze Bewegungen werden bewusst und unterbewusst liberalisiert und so in weniger radikale und systembedrohende Bahnen geleitet. Gerade die ökologischen und feministischen Kämpfe, die den Nerv der Zeit treffen und das Ausbeutungssystem von Grund auf in Frage stellen, sind daher solchen Angriffen der Vereinnahmung ausgesetzt mit dem Ziel, ihr revolutionäres Potenzial ins Leere laufen zu lassen und das bestehende System lediglich zu reformieren. Beispielsweise sehen wir, wie in den letzten Jahren kapitalistische Großkonzerne, die Wissenschaft und die Politik ihre öffentliche Sprache gendern ohne aber patriarchale Denkmuster greifbar zu machen, um sie nachhaltig überwinden zu können. Wir sind in den Institutionen des Systems, angefangen mit Schulen und Universitäten, sowie durch den ständigen Einfluss von Medien, einem großen mentalen Spezialkrieg ausgesetzt. Das Problem ist, dass wir uns damit gar nicht richtig auseinandersetzen. Und wie wollen wir einen Krieg gewinnen, den wir gar nicht als solchen wahrnehmen? Wir müssen als linke Bewegung kollektive Antworten finden, um uns vor den negativen Einflüssen, die uns tagtäglich umgeben, zu schützen.

Die kapitalistische Moderne ist nicht der natürliche Lebensraum von Kooperativen. Doch wie können sie schon jetzt Teil einer revolutionären Bewegung hier im Herzen der kapitalistischen Moderne sein?

Kooperativen werden im Herzen der kapitalistischen Moderne nicht in wenigen Jahren eine autarke Wirtschaftsversorgung aufbauen können. Gerade in der jetzigen Phase können sie daher besonders als Orte der Bildung und Organisierung durch kollektive Selbstermächtigung funktionieren. Zum Beispiel, um den Einflüssen des Spezialkrieges der kapitalistischen Mentalität, der zu Vereinzelung, Individualismus und diversen Unterdrückungsmechanismen führt, im Kollektiv etwas entgegen zu setzen. Bildung und Selbstbildung ist die beste Verteidigung der eigenen Werte. Darüber hinaus kann eine Kooperative im Zusammenhang mit politischer Bildung auch ein guter Ort für praktische Bildung sein, um beispielsweise das Wissen über ökologische, regenerative (im Kreislauf denkende) Landwirtschaft zu verbreiten und in der Praxis zu vertiefen.

Aufstände entstehen spontan und impulsiv, sind aber nur Höhepunkte in jahrzehntelangen revolutionären Prozessen. Wir müssen für kommende Möglichkeitsfenster für Umbrüche mental und strukturell vorbereitet sein, um in die Lage zu kommen, sie nutzen zu können. Der Aufbau von vernetzten Kooperativen kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten. Es geht auch darum, Strukturen zu schaffen, die radikale Lebensentwürfe außerhalb des Systems und der linken Szene logistisch ermöglichen. Ein weiterer Zweck weshalb Kooperativen im Zentrum der kapitalistischen Moderne – trotz aller Gefahren und Widersprüche – Teil einer revolutionären Strategie sein können, ist es also, praktische Erfahrungen zu sammeln und ein neues Bewusstsein aufzubauen. Auch hier in Rojava sehen wir, dass ohne jahrzehntelangen Aufbau von Alternativen im Untergrund die Revolution gar nicht möglich gewesen wäre. Gleichzeitig wäre eine vorherige tiefere Erfahrung in der Praxis von Kooperativen heute von großem Nutzen, da wir hier jetzt vieles ganz neu ausprobieren müssen. Die Kooperative kann die Synthese des dialektischen Zusammenspiels von Materialismus und Idealismus sein. Aus der Einsicht heraus, dass Institutionen einerseits ohne die entsprechende Mentalität leere Hülsen bleiben müssen und wir andererseits nicht auf eine vollkommene Bewusstseinsveränderung warten können, bis wir den ersten Stein setzen, bietet sich die Kooperative als Ort an, an dem sich das Materielle und das Ideelle tagtäglich gegenseitig stärken und so die Kooperative hin zu einer wahren Alternative entwickeln.

Letztendlich ist es gerade im Zentrum der kapitalistischen Moderne wichtig, dass Kooperativen sich eben als Teil einer revolutionären Bewegung verstehen. Das heißt, solch ein Projekt kann nicht nur die isolierte Lebensverwirklichung einer befreundeten Gruppe sein. Wir müssen uns immer wieder fragen: Wofür machen wir es? Bezogen auf landwirtschaftliche Kooperativen beispielsweise sind Naturverbundenheit, Landleben und Lebensgemeinschaft natürlich wichtige Motive, um eine Kooperative aufzubauen. Aber solange der revolutionäre Wandel der Gesellschaft nicht die Priorität und Perspektive der Mitglieder ist, wird die Kooperative in der Praxis auch wenig dazu beitragen. Das ist natürlich nur in gemeinschaftlicher, organisierter Form möglich. Wir müssen uns alle fragen: Wie leben wir? Wofür leben wir? Und wo fangen wir an? Das ist die Basis für alle, die ernsthaft gegen die kapitalistische Moderne ankämpfen und die Wirtschaft der demokratischen Moderne aufbauen wollen. ♦

Die ökologische Jugend ist die Verteidigung des Aufbaus einer freien Gesellschaft

Die Zukunft in die eigenen Hände nehmen

Mizgîn Xweza, TekoJIN (Jinên Ciwan ên Tekoşer, Bewegung junger kämpferischer Frauen)

Jugend und Ökologie – wieso diese beiden Themen eng miteinander verbunden sind, liegt auf der Hand. Die Jugend ist die dynamischste Gruppe der Gesellschaft und auf einer bedeutsamen Suche nach Wahrheit und Freiheit. In Zeiten, in denen die Umweltzerstörung fortschreitet und die Menschen sich immer weiter von der Natur und auch von sich selbst entfremden, ist vor allem die Jugend die Kraft, die sich gegen Kapitalismus und Umweltzerstörung auflehnt. Denn sie denkt an ihre Zukunft und hat Kampfgeist, diese Zukunft zu sichern. Überall auf der Welt gibt es Jugendprotestbewegungen, die sich für die Rettung der Erde einsetzen. Immer mehr Jugendliche werden sich bewusst, dass es nicht mehr so weitergehen kann, wie bisher. Gleichzeitig werden der Jugend in ihrem Kampf schon seit langer Zeit immer wieder Steine in den Weg gelegt. Trotzdem spielt sie im Kampf gegen die kapitalistische Moderne eine zentrale Rolle. Rêber Apos (Abdullah Öcalans) Ausspruch »Wir haben jung angefangen und werden jung siegen« zeigt, dass die Jugend die Kraft ist, die den Weg der Revolution, der von so vielen Revolutionär:innen in der Vergangenheit bereitet wurde, mit größter Hoffnung, Dynamik und Organisierung bis hin zu einer freien Gesellschaft gehen wird. Da eine freie Gesellschaft ohne eine gesunde Natur nicht überleben könnte, ist es die Berufung der Jugend, den Aufbau einer freien Gesellschaft unter Berücksichtigung von Ökologie und Naturschutz zu verteidigen.

Wenn wir uns die Geschichte unseres Planeten ansehen, ist die Geschichte der Menschheit nur ein Augenzwinkern lang. Die Erde existiert seit Jahrmillionen und befindet sich in ständiger Veränderung. Früher war sie ein riesiges Meer, aus dem sich langsam Kontinente empor hoben. Aus kleinen Bakterien entwickelten sich Lebewesen, und Pflanzen wuchsen auf dem neu entstandenen Land. Von großen Fluten und Stürmen bis zu Eiszeiten und Erdbeben hat die Erde schon vieles erlebt, doch sie wusste sich immer wieder zu erholen. Seit einem Augenzwinkern also bewohnen wir, die Menschen, den Planeten Erde. Den größten Teil der Menschheitsgeschichte lebten Mensch und Natur friedlich und im Einklang miteinander zusammen. Noch vor 5.000 Jahren fühlten sich die Menschen, vor allem die Frauen, der Natur sehr verbunden, da sie die Natur als Lebensquelle der Menschen erkannten. Die Natur wurde daher, wie die eigene Mutter, mit Respekt behandelt und um jeden Preis verteidigt. Mit dem Beginn der Herrschaft des Mannes fing nicht nur die Unterdrückung der Frau, sondern auch die Ausbeutung der Natur an. Seitdem breiteten sich Machtdenken, Krieg und Zerstörung aus. Der Mann sah nun sowohl die Frau, als auch die Natur nur als Ding, das er für seine Zwecke benutzen kann. Bei dieser Unterdrückung wurden vor allem Jugendliche als Werkzeug des Mannes genutzt. Oft wurden sie von den älteren Männern beeinflusst und haben gegen Frauen und Gesellschaft wie eine Militäreinheit gewirkt, die die Herrschaft des Mannes durchsetzte. Es wurde angefangen, die Kraft der Jugendlichen auszubeuten – für die Zerstörung der friedlichen Gesellschaft und für den Aufbau höherer Zivilisationen und Industrie. Dadurch entwickelte sich auch die Trennung von Mensch und Natur. Seitdem verbreitet sich auch auf unserer Erde menschliche Zivilisation mit dem Kapitalismus wie ein Krebsgeschwür. Die Pole schmelzen, die Luft verschmutzt, Millionen von Tiere sterben, und der Boden versauert. Es ist offensichtlich, dass die Erde von einer Krankheit befallen ist, die die Menschen verursachen. Die Gruppen, die die Erde früher am radikalsten verteidigt haben, also die Frauen und die Jugend, wurden zu Sklaven des Mannes, und dieser wiederum zum Sklaven des kapitalistischen Systems. Dadurch haben die Menschen die Verbindung zur Erde verloren und rauben der Erde und sogar sich selbst mit ihrer Habgier die Lebensgrundlage.

Die Jugend in der Gesellschaft

Wenn wir von dieser kleinen Einleitung aus in die heutige Zeit schauen, verstehen wir vielleicht besser, wieso die Menschheit und auch unser Planet in einer Krise stecken. Lasst uns wieder ein wenig auf die Rolle der Jugend schauen. Heutzutage erkennen viele Jugendliche, dass ihre Zukunft in Gefahr ist. Was mit kleinen Rebellionen gegen die Eltern anfängt, ist eigentlich das Bedürfnis nach einem Ende der Unterdrückung



und des Chaos, in denen die Jugend heute groß wird. Dazu gehört auch ein wachsendes Interesse am Umweltschutz. Doch die Umweltzerstörung schreitet immer weiter voran. Der Kapitalismus funktioniert wie eine riesige Maschine, die die Zerstörung der Erde vorantreibt und den Menschen gänzlich von der Natur entfremdet. Was beispielsweise ist Jugendlichen heutzutage wichtig? Schätzen sie das Brot, das sie essen, den Acker, auf dem der Weizen gewachsen ist und das Wasser, das den Weizen zum Wachsen gebracht hat? Oder lieben sie eher ihr Telefon, mit dem sie sich eine Pizza im Internet bestellen können? Dadurch, dass sie dem Leben und der Natur keine Bedeutung mehr schenken können, entfernen sie sich immer weiter von ihnen. Obwohl sie sehen, wie krank die Erde ist, fühlen sie die Verbindung nicht und spüren wenig Tatendrang. Das führt dazu, dass sie sich vielleicht gegen Umweltzerstörung aussprechen, aber trotzdem keinen radikalen Kampf führen. Wir sehen, dass die Jugend mal wieder von den Erwachsenen gegen ihre eigenen Werte gelenkt wird. Sei es die ganze Technik, mit der Erwachsene die Jugend stumm schalten. Seien es Schule und Uni, die die Jugendlichen zu Arbeitsmaschinen für den Kapitalismus ausbilden. Oder sei es auch die Familie, die um jeden Preis ihre Kinder kontrollieren und lenken will. Da die Erwachsenen ihr System sichern wollen, versuchen sie mit allen Mitteln, die Freiheitssuche der Jugendlichen umzuleiten in ein Roboterleben, in ein Sklavenleben und in eine Vereinzelung. Die Leute, die heute auf der Welt Entscheidungen treffen, sind also meistens ältere Menschen. Menschen, die ihre Firmen und Unternehmen aufgebaut haben, in Geld und in Macht schwimmen und trotzdem immer mehr und mehr wollen. Sei es in der Politik oder in der Wirtschaft, an oberster Stelle stehen für diese Menschen die Machtinteressen. Über die Folgen für die Natur und auch die Zukunftsgeneration der Menschen wird nicht nachgedacht. Die Jugendbewegung, die um 1968 an den Universitäten weltweit den Anfang gemacht hat, hat gemerkt, wie junge Menschen von den alten, herrschenden Menschen an der Nase herumgeführt werden. Der Geist der 68er war vor allem neues Denken und auch ein praktischer Einsatz für ein demokratisches Zusammenleben und eine gute Zukunft für alle. Die Ökologie war dabei immer ein wichtiger Teil, denn die Jugend hat verstanden, dass alles Geld, aller Reichtum nichts bringt, wenn die Erde, auf der wir leben, zerstört wird. Ganz selbstverständlich hat die Jugend das Denken der Erwachsenen hinterfragt und dann in den späten 60er Jahren überall auf der Welt revolutionäre Ideen verbreitet. Vor allem durch die Anti-Atom-Bewegung wurde vielen Jugendlichen die Augen für das Zerstörerische der Ideen der Herrschenden geöffnet.

Die Jugend in den ökologischen Bewegungen

So setzte sich einerseits die Zerstörung durch den Kapitalismus immer weiter fort, und andererseits wurden die ökologischen Bewegungen stärker. Heute ist der Kampf zwischen den kapitalistischen Kräften und den demokratischen Bewegungen an einem Höhepunkt angekommen. Wie sieht die aktuelle Si-

tuation aus? In letzter Zeit können wir zwei Veränderungen der heutigen Jugend feststellen. Einerseits verblasst der Wille der Jugend zunehmend. Viele Jugendliche heutzutage wissen gar nicht mehr, wer sie sind und wie sie eigentlich leben wollen. Immer öfter verfallen sie in Einsamkeit, Sucht und Depression. Gerade junge Frauen werden schon in jungem Alter wie ein Objekt nur nach dem Aussehen bewertet und geraten in schlechte Liebesbeziehungen oder Prostitution. Die Jugend wird vom kapitalistischen System zu lebenden Toten gemacht, um die Weltordnung nicht in Gefahr zu bringen. Andererseits entstehen auf der ganzen Welt ökologische Jugendbewegungen, die immer größer, bunter und radikaler werden. Trotz seiner speziellen Art der Kriegsführung schafft es das System nicht, die Suche nach Freiheit und Leben vollständig zu unterdrücken. Der Klimawandel und die Umweltkatastrophen machen den Jugendlichen Widersprüche bewusst, und langsam werden sie wieder wachgerüttelt. In den letzten Jahren war weltweit vor allem Fridays For Future, eine ökologische Schulstreikbewegung, bedeutend. Speziell in Deutschland hat der Widerstand in den Waldbesetzungen wie im Hambacher Forst und im Dannenröder Wald für Aufsehen gesorgt. Doch auch viele andere Gruppen haben auf der ganzen Welt einen Schrei nach Umweltgerechtigkeit getan. Die kurdische Jugend, die Teil des Aufbaus von Rêber Apos Perspektive für eine ökologische Welt ist, war stets mit diesen Gruppen in Verbindung. Sie nimmt gerade bei der internationalistischen Vernetzung der Jugendgruppen und dem Aufbau von sozialer Ökologie eine Vorreiterrolle ein – sei es die Kampagne »Make Rojava Green Again«, die in Rojava Kooperativen und Selbstversorgung aufbaut, seien es die kurdischen Studierendenverbände, die zum Thema Ökologie und Umweltzerstörung forschen, oder seien es Aktionen gegen die Vernichtung und Angriffe auf die kurdische Erde. Die kurdische Jugend versucht sich vor allem mit einem ganzheitlichen Ansatz der Thematik anzunähern. Dabei nimmt sie sich stets die Haltung der Guerilla in Kurdistan zum Beispiel, die zur Zeit mit einem legendären Kampf gegen den Faschismus und die schmutzigsten Angriffe auf die Natur, die Tiere und die Bevölkerung Kurdistans Widerstand leistet. Sie sieht das Leben der Guerilla als das bedeutungsvollste, das heutzutage gelebt werden kann. Wieso? Nicht nur weil die Guerilla sich für die Menschheit, moralische Werte, die Erhaltung der kurdischen Kultur einsetzt und Genoziden, Massakern, Besatzung und Isolation ein Ende bereitet. Die Guerilla lebt ein natürliches Leben, das die Freund:innen wieder zu ihren eigenen Wurzeln bringt. Sie lernen, nur das von der Natur zu nehmen, was sie brauchen und sie im Gegenzug zu schützen. Sie lernen, die Jahrtausende alte Verbindung zur Natur wieder aufzubauen und als Teil von sich zu begreifen. In den Bergen Kurdistans lernen sie die intensivste Form der Welatparezî (Patriotismus), der Verteidigung von Erde, von Land und Heimat; in ihrem Kampf findet sich der Widerstand gegen die Ausbeutung von Natur und Mensch und gleichzeitig der Aufbau eines gemeinschaftlichen Zusammenlebens wieder. Deshalb bildet sich die kurdische Jugendbewegung in Europa vor allem zur Ideologie Rêber Apos, nach der sich auch die Guerilla organisiert, und engagiert sich gegen Faschismus und Besatzung. Sie bemüht sich um Organisierung in Kommunen und Räten, um auch langfristig organisiert und vernetzt zu bleiben.

Die Probleme in der Organisierung der ökologischen Bewegung

Obwohl es also Gruppen und Bewegungen gibt, die sich für die Umwelt einsetzen, hat sich bisher auf globaler Ebene in der Politik nicht viel verändert. Im Gegenteil, die Herrschenden verschlimmern durch Waffenproduktion, Fortsetzung der Wirtschaftsweise und Verschmutzung die Erkrankung der Erde immer mehr und verstecken sich hinter einer demokratischen Maske. Es werden leere Versprechen gemacht wie das Pariser Klimaabkommen, aber tatsächlich umgesetzt wird wenig. Dabei ist eigentlich im Großteil der Gesellschaft angekommen, dass es eine Veränderung braucht. Wieso schaffen es die Herrschenden trotzdem, ihr Spiel weiter zu spielen? Wieso bleibt der Widerstand der Jugendlichen trotz guter Ansätze oft schwach oder isoliert? Was sind die Herausforderungen und Probleme in der Organisierung der Jugendlichen für ihre Zukunft? Das System hat sich für die Jugendlichen einen ganz speziellen Weg ausgedacht: Sobald sie sich der Widersprüche bewusst werden und sie sich vielleicht organisieren wollen, will das System sie mit verführerischen, alternativen Lebensweisen wieder auf seine Seite holen. Bioprodukte, veganes Essen, Öko-Urlaube geben ihnen das Gefühl, ökologisch zu sein. Doch eigentlich geht alles Geld im Endeffekt immer wieder in die Taschen der Reichen. Somit wird auf kleinster Stufe das Bedürfnis nach Veränderung gestillt, aber eigentlich leben die Jugendlichen ein passives Leben weiter. Im Endeffekt denken die Jugendlichen Ökologie sehr individuell, nur auf sich bezogen. Das Hauptproblem ist also, dass ihnen ihr Weitblick und auch ihr Gemeinschaftsgefühl genommen wird und darum ihre Kraft zersplittert wird. Dieses Problem spiegelt sich klar in den verschiedenen Jugendorganisationen wieder. Obwohl sie meistens ähnliche Ziele haben, sind sie von einander getrennt organisiert. So lassen sie sich von Staat und Kapitalismus extrem beeinflussen, obwohl es eigentlich ihre Gegner sind. Manche Bewegungen sind auch eng mit dem Staat verbunden, wie die Grüne Jugend. Sie vertreten neben ihren Interessen also alle unmoralischen Machenschaften des Staates. Es gibt Organisationen wie die Greenpeace Jugend oder Extinction Rebellion, die durch eine liberale und friedliche Haltung ständig Kompromisse mit dem Staat machen. Des Weiteren gibt es Ende Gelände und die Waldbesetzungen, die sich radikal von Staat und Macht abgrenzen wollen, jedoch durch mangelnde Strukturen keine Kraft für den Aufbau einer neuen Perspektive



haben und sich von der Gesellschaft abgrenzen. All dies sind Krankheiten des Liberalismus, die die Jugend davon abhalten, einen gemeinschaftlichen, radikalen Kampf gegen Herrschaft allgemein zu führen und ein freies und ökologisches Zusammenleben aufzubauen. Oft wird Ökologie als ein unabhängiges Thema wahrgenommen und von vielen Ökologiegruppen als das einzige und größte Problem behandelt. Jedoch wird dabei übersehen, dass die Umweltzerstörung direkt mit dem allgemeinen Herrschaftssystem verknüpft ist und niemals eine ökologische Welt ohne die Abschaffung von Herrschaft und Patriarchat erschaffen werden kann. Wenn es dann doch mal große Proteste gibt wie von Fridays for Future, so halten diese nicht lange an, da sie zwar offen und radikal sind, aber eine schwache Ideologie haben und deswegen keine langfristige Organisierung entwickeln können. Mehr breit gefächerte Bildung und die Ausbildung einer revolutionären Disziplin und Ordnung in den Strukturen wären nötig gewesen, um Fridays For Future langfristig aufrecht zu erhalten und mit einer starken Ideologie zu einem Ziel zu führen.

Notwendigkeiten in der Organisierung

Eine sehr starke Haltung für Naturschutz und ein moralisches Leben sieht man heute im Leben der Guerilla, aber sie sind auch noch bei den übriggebliebenen indigenen Völkern zu finden, die sich der Natur und dem Leben verbunden fühlen. Chief Seattle, ein Stammesoberhaupt der Native Americans, sagte bereits 1855: »Wir sind Teil dieser Erde, und sie ist ein Teil von uns. Der weiße Mann, vorübergehend im Besitz der Macht, glaubt, er sei schon Gott, dem die Erde gehört. Wie kann ein Mensch seine Mutter besitzen?« Sowohl verstand er die Bedeutung der Naturverbundenheit, als auch den Zusammenhang des Herrschaftsdenkens der weißen Besatzer und der Zerstörung unseres Planeten. Am allerwichtigsten ist jedoch, dass er außerdem erkannte, dass diese Macht der Herrschenden niemals von Dauer sein kann. Da sich das heutige System mit der Zerstörung von Natur und Gesellschaft die eigene Lebensgrundlage entzieht, wird es bald zerfallen. Es ist eine Frage der Zeit, bis die Staaten und das Wirtschaftssystem in sich zusammenbrechen und Raum für den Aufbau einer neuen, ökologischen Gesellschaft geschaffen wird. Nun liegt es vor allem an der Jugend, die einerseits ihre Kraft und ihre Hoffnung wiederfinden muss und sich andererseits ihrer Verantwortung bewusst werden muss. Denn es gibt keinen anderen Weg als die Organisierung, um dieses Massaker an der Erde aufzuhalten. Früher hat doch jedes Kind davon geträumt, die Welt zu verändern. Rêber Apo sagt: »Begehe niemals Verrat an deinen Kindheitsträumen«. Mit einem frei denkenden Geist wird die Jugend es schaffen, ihre Zukunft wieder in die Hand zu nehmen und eine Gesellschaft, jenseits von Staat, Macht und Gewalt aufzubauen. Mit der Vorreiterschaft der Jugend und vor allem mit der Kraft der jungen Frauen können die Augen der Menschen geöffnet werden, und ein ökologischer Aufstand kann beginnen, der zu einer freien Gesellschaft in Verbundenheit mit Erde und Natur führt. ♦

Krieg und Patriarchat:

Der weibliche Körper ist ein Kriegsschauplatz

Franziska Schulz, Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden

Egal ob in Afghanistan, Äthiopien, Mexiko, im Mittelmeer, in Kurdistan oder an vielen anderen Orten dieser Welt – das System, in dem wir leben, führt Krieg. Jeden Tag erleben Menschen Gewalt, werden ermordet, verlieren ihr Zuhause oder müssen fliehen. Dass sich all diese Merkmale von Krieg auf eine besondere Art und Weise auf Frauen auswirken, ist vielen bekannt. Es gibt zahlreiche Studien, die sich beispielsweise damit beschäftigen, wie sich Gewalt gegen Frauen in Kriegen erhöht, wie sich ihre ökonomische Situation verschlechtert oder wie Mädchen der Zugang zu Bildung erschwert wird. Oftmals bleibt es dabei jedoch bei einzelnen, voneinander unabhängigen Fallstudien. Der systematische Zusammenhang von Krieg und Patriarchat bleibt, wenn überhaupt, meist im Hintergrund oder findet keinerlei Beachtung. In diesem Artikel soll ein Versuch unternommen werden, sich mit einer der vielen Facetten der Verschränkung von Krieg und Patriarchat zu beschäftigen: Der weibliche Körper als systematischer Kriegsschauplatz.

Definitionen von Patriarchat und Krieg

Wer sich mit dem Zusammenhang von Krieg und Patriarchat beschäftigt, kommt nicht darum herum, diese Begriffe zu definieren. Die Liste an Definitionen ist dabei endlos, die folgenden zwei stellen somit nur eine Auswahl dar.

In der Broschüre »Den dominanten Mann töten und verändern«[1] vom Andrea-Wolf-Institut der Jineolojî-Akademie wird Patriarchat wie folgt beschrieben: »Patriarchat wird gemeinhin als ›Herrschaft der Männer‹ verstanden. Die Realität ist ein viel komplexeres und weit verbreitetes System von Herrschaft, Beziehungen und Denken. Das Patriarchat basiert auf einer unterdrückerischen Hierarchie, die Männer über Frauen, Natur und Gesellschaft stellt, was sich auf alle auswirkt.« Darüber hinaus ist das Patriarchat »ein System der Herrschaft, das allen Unterdrückungssystemen zugrunde liegt«.

Krieg ist eines der Instrumente, derer sich das Patriarchat bedient, um diese Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Besê Hozat, Ko-Vorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), fasste die Definition von Krieg wie folgt zusammen: »Kriege sind die dominante männliche Erfindung. Der Herrscher hat seine Macht durch Kriege gestärkt und aufrechterhalten. Der Staat ist die Verkörperung der von Männern dominierten Macht. Krieg ist die Nahrung, die diesen Körper am Leben erhält. Während diese Nahrung die Hauptlebensquelle für den dominanten Mann ist, ist sie ein tödliches Gift für Frauen, Gesellschaft und Natur.« Die Erscheinungsformen von Krieg sind vielfältig. Es gibt Kriege zwischen Staaten oder Bürgerkriege. Es gibt ideologische Kriege. Es gibt Genozide, Soziozide (Krieg gegen die Gesellschaft) und Ökozide (Krieg gegen die Natur). Und es gibt Feminizide – die höchste Form der Verschränkung von Krieg und Patriarchat. Wenn im Folgenden von Krieg gesprochen wird, sind damit »klassische« Kriege gemeint, die mit Waffen auf einem definierten Gebiet geführt werden. Das bedeutet nicht, dass nicht auch ideologische Kriege, Ökozide, oder Soziozide besondere Folgen für Frauen haben. Auch auf diese einzugehen, würde jedoch den Rahmen des Artikels sprengen und soll Inhalt eines weiteren Textes sein.

Feminizide und die zentrale Rolle der Eroberung des weiblichen Körpers im Krieg

Eine grundlegende Gemeinsamkeit, die alle Formen von Krieg teilen, ist die besondere Betroffenheit von Frauen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen zeigt und auswirkt. Ihre extremste Form ist der Feminizid. Dabei ist es falsch, den Feminizid auf die physische Ebene, nämlich die gezielte Ermordung von Frauen, zu reduzieren. Es geht darüber hinaus um eine systematische Kriegsführung gegen Frauen und alle weiteren unterdrückten Geschlechter. Diese physische und psychische Gewalt findet auf allen Ebenen statt und zieht sich durch alle Lebensbereiche. Das Ziel ist es, Frauen jegliche Lebensgrundlage zu entziehen und ihnen ihre Selbstbestimmung zu neh-

1 https://jineoloji.org/de/wp-content/uploads/2021/07/Den-dominanten-Mann-toeten-und-veraendern.pdf



Demonstration am 25.11.2021 in Istanbul zum Tag gegen Gewalt an Frauen. Foto: anf

men. Generell müssen wir Krieg im Gesamtkontext immer als eine Eroberung begreifen, bei der die Eroberung weiblicher Körper eine zentrale Rolle spielt. Die Unterwerfung, Vergewaltigung und Ermordung von Frauen ist zentraler Bestandteil der Eroberung eines Landes bzw. einer Gesellschaft.

Der Genozid und Feminizid an den Êzîd:innen im Şengal 2014 hat diesen Zusammenhang auf brutalste Art und Weise offen gelegt. Während tausende êzîdische Männer unmittelbar vom sogenannten »Islamischen Staat« (IS/Daesh) ermordet wurden, wurden Frauen zu großen Teilen vergewaltigt, versklavt und verkauft. Das zentrale Ziel von Daesh war vor allem eines: Bilder, Geschichten und Erinnerungen zu erschaffen, um den Êzîd:innen und der ganzen Welt zu zeigen: »Wir sind dazu in der Lage, eure Frauen zu unterwerfen, also sind wir auch in der Lage, euer Land zu unterwerfen.«

Daesh ist dabei kein Einzelfall. Auch der türkische Staat führt einen gezielten Feminizid in Kurdistan durch, um durch die Unterdrückung und Ermordung von Frauen die gesamte Gesellschaft zu unterdrücken. Dabei greift er gezielt die Frauenrevolution in Kurdistan und Frauen, die sich darin organisieren, an. Die Ermordung von Sakine Cansız, Leyla Şöylemez und Fidan Doğan 2013 in Paris, von Hevrîn Xelef (Hevrin Khalaf) 2019 in Rojava, von Zehra Berkel, Hebûn Mele Xelîl und Emîne Waysî 2020 in Kobanê oder die Verschleppung und Verurteilung von Çiçek Kobanê sind nur einige von zahlreichen Momenten, die stellvertretend für diesen Feminizid stehen. Auch die aktuelle Situation von Frauen in den besetzten Gebieten in Nord- und Ostsyrien, ihre tägliche Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung sind Teil der gleichen Eroberungsstrategie. Die Revolution in Rojava, die auch als Frauenrevolution bekannt ist, oder die Organisierung von Frauen sind eine Art der Selbstverteidigung vor Krieg und Feminizid. Sie sind Teil des Aufbaus einer gesellschaftlichen Alternative zu Patriarchat, Nationalstaat und Kapitalismus, die auf der Grundlage von Frauen- und Geschlechterbefreiung basiert. Da diese Selbstverteidigung von Frauen gegen den Feminizid ein Hindernis für die Kriegsstrategie des türkischen Staates ist, wird sie gezielt angegriffen und bekämpft.

Doch die feminizidiale Kriegsstrategie ist nicht auf Kurdistan beschränkt. Wir können sie auch an vielen anderen Orten beobachten. Einer dieser Orte, an dem ein Feminizid droht, ist Afghanistan. Auch hier verschärft sich die Lage für Frauen zunehmend. Die Ermordung der Frauenrechtsaktivistin Fro-

zan Safi in Nordafghanistan Anfang November 2021 sollte ein Warnsignal an alle Frauen weltweit sein. Denn der weibliche Körper ist ein Kriegsschauplatz. An ihm zeigt sich der Zustand einer Gesellschaft.

Wenn wir uns heute überlegen, welche Bilder in Europa stellvertretend für die Herrschaft von Daesh standen, kommen uns neben grausamen Enthauptungsvideos vor allem Geschichten von Frauen in den Kopf, wie sie sich gegen ihren Willen verschleiern mussten, wie sie in Käfigen gefangen verkauft wurden, wie sie als Sexsklavinnen von islamistischen Kämpfern missbraucht und vergewaltigt wurden. Ähnliches gilt auch für den Sieg gegen Daesh: Das Bild der Frau, die ihre schwarze Burka abstreift und frei auf einem Auto stehend durch die Straßen fahren kann, stand stellvertretend für die Befreiung der Menschen vor der islamistischen Terrorherrschaft. Auch hier war ihre Sichtbarkeit zentral.

Krieg als Zuspitzung der patriarchalen Unterdrückung

Es ist falsch die Instrumentalisierung von Frauen und ihrer Körper allein bei islamistischen Terrorgruppen und -regimen zu suchen. Auch westliche und imperialistische Mächte machen sich diese Methoden zu eigen – oftmals um Kriege öffentlich zu legitimieren. So wird der angebliche Kampf für die Befreiung von Frauen aus einer diktatorischen, oftmals islamistischen Herrschaft nicht selten als Teil des Einsatzes für Demokratie und Menschenrechte und damit als legitimer Kriegsgrund herangeführt. Doch es ist ein Widerspruch in sich, imperialistische Kriege zu führen, um Frauen zu befreien. Denn Frauen sind über ihre besondere gesellschaftliche Rolle auch als marginalisierte Gruppe generell besonders von Krieg betroffen. Sie sind als Hauptträgerinnen der Reproduktionsarbeit für die alleinige Sicherung des Lebensunterhalts der Familien zuständig, was durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen im Krieg zusätzlich erschwert wird. Sie nehmen in Kriegen oft die Rolle einer Handlangerin, Stütze und Pflegerin der kämpfenden Männer ein und sollen in Kriegszeiten in besonderem Maße für die psychische und physische Unterstützung der Männer dienen. Und sie werden – und darauf sind wir bereits eingegangen – als Kriegsbeute missbraucht, zwangsverheiratet, entführt und ermordet. All das sind Formen der Unterdrückung, von welcher Frauen im patriarchalen Herrschaftssystem weltweit generell betroffen sind. Es wäre daher wichtig darüber zu diskutieren, ob wir in einem patriarchalen System überhaupt von Frieden sprechen können oder ob es sich nicht viel mehr um einen dauerhaften Kriegszustand gegenüber Frauen handelt. Im Zusammenhang dieses Artikels, in dem wir den Begriff des Kriegs anders nutzen, ist es jedoch vor allem wichtig zu sehen, dass sich die patriarchalen Zustände und damit die Unterdrückung von Frauen in Kriegen enorm verschärfen.

Kriege, egal von wem, werden also niemals für Frieden, Demokratie oder Frauenrechte geführt. Stattdessen sind sie, wie Besê Hozat schreibt, eine »dominante männliche Erfindung«, die dazu dient, die von Männern dominierte Macht aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Feministisch und antimilitaristisch gegen Krieg und Patriarchat

Was bedeutet das nun für Menschen, die sich in Europa gegen Krieg und für Frieden einsetzen? Zunächst müssen wir uns bewusst machen und verinnerlichen, dass patriarchale Herrschaftsverhältnisse niemals durch patriarchale Herrschaftsinstrumente wie Krieg oder auch Staaten überwunden werden. Die Kraft und Stärke für Frieden und Freiheit liegt allein in der Gesellschaft und darin vor allem bei Frauen. Wir sind es, die durch den Kampf für unsere Freiheit Kriege beenden und Gesellschaften befreien können. Unsere Organisierung ist dabei die beste Art der Selbstverteidigung.

Dass Krieg in Europa beginnt, ist bekannt. Denn hier werden zentrale politische Entscheidungen getroffen, um Kriege zu ermöglichen und voranzutreiben. Hier werden die Waffen und die Technologien hergestellt, um Menschen zu ermorden und Feminizide durchzuführen. Hier sitzen die wirtschaftlichen Akteure, die vom Leid der Frauen an anderen Orten der Welt profitieren. Wenn wir uns also als Feminist:innen verstehen, die sich in Solidarität mit Frauen auf der ganzen Welt organisieren wollen, sollte der Widerstand gegen Krieg und der Einsatz für Frieden wieder ein wichtiger und zentraler Bezugspunkt in unserem politischen Kampf werden. Denn der Kampf gegen Krieg muss ein feministischer und der Kampf gegen das Patriarchat ein antimilitaristischer sein. ♦

Wenn wir uns also als Feminist:innen verstehen, die sich in Solidarität mit Frauen auf der ganzen Welt organisieren wollen, sollte der Widerstand gegen Krieg und der Einsatz für Frieden wieder ein wichtiger und zentraler Bezugspunkt in unserem politischen Kampf werden. Denn der Kampf gegen Krieg muss ein feministischer und der Kampf gegen das Patriarchat ein antimilitaristischer sein.

Nach zehn Jahren der Entwicklung der Frauenwissenschaft

Meine Gefühle zur Jineolojî

Zîlan Diyar, Jineolojî Komitee Europa

Die Jineolojî, die wir als die Wissenschaft von Frauen, Leben, Gesellschaft und als Sinn definieren, versucht seit über einem Jahrzehnt im Bereich der Sozialwissenschaften zu intervenieren. In dieser Zeit forderte sie die von der kapitalistischen Moderne geschaffene und im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Widersprüche stehende Mentalität als Gesamtkonzept heraus. Alle, die sich in dieser Zeitspanne für Jineolojî interessierten und damit befassten − mich eingeschlossen −, haben meiner Meinung nach die Kraft errungen, das Leben zu definieren, haben gelernt, in der Ferne Gesuchtes in sich selbst zu finden, und »spüren«, wenn das Leben im Gesamten betrachtet wird, wie jetzt alles einen Sinn ergibt.

Ich sehe kein Problem dabei, den Begriff »Gefühl« zu verwenden, denn die Jineolojî fordert auch die inhaltlich weitgehend gefühllose Wissenschaft heraus. Gerade diese Bezeichnung, die die Grenzen der uns vorgegebenen mentalen Modelle übersteigt und uns eine Tür zu einer neuen Wissenschaft öffnet, passt zu dem, was ich mitteilen möchte. Nur »Fühlen« allein reicht aber nicht aus. Die Jineolojî hat die Behauptung gestützt, das Sehen, das Wissen, die Bedeutung, die Suche und das Analysieren dem Leben angepasst als eine eigene Wissenschaft zu definieren. In diesem Text werde ich versuchen zu erläutern, welchen Weg die Jineolojî im Laufe von ca. zehn Jahren zurückgelegt hat, um sich der Forderung zu nähern, ein eigener Wissenschaftszweig zu werden.

Wir können die Distanz, die die Jineolojî zurückgelegt hat – wie in jeder anderen Wissenschaft auch −, auf das Bemühen zurückführen, sich konzeptionell, theoretisch und institutionell zu etablieren. In erster Linie ging es wie in jeder Sozialwissenschaft darum, ein wissenschaftliches Verständnis für die grundlegenden Faktoren wie Existenz, Wissen und Methoden zu entwickeln. Sie beruhte auf der Tatsache, dass die Rolle der Frau und deren Wissen fast keinen Stellenwert in den Sozialwissenschaften hatten oder dieser sehr verzerrt war und dadurch die gesellschaftlichen Probleme nur vertieft wurden. In gewisser Weise wagte sie es, eine Wahrheit zu schreien, die in der Vergangenheit viele Forscher:innen verschwiegen haben, die das System zu analysieren versucht hatten. Somit wussten wir, wo wir die fehlenden Puzzle-Teile in unseren Händen in dem Puzzle platzieren mussten.

Der Fluss, der sein eigenes Bett findet

Die Jineolojî forderte die informativen Gebilde des Systems heraus, ging mit Widersprüchen, Einwänden und Fragen vor und offenbarte die Jinergie in jedem Individuum und Bereich, mit dem sie in Kontakt kam. Die Jineolojî zielte darauf ab, Schritte zu unternehmen, die dem Anspruch genügten, eine Wissenschaft im Dienste der Gesellschaft und nicht der Herrschaft zu sein. Da sie sah, dass der fragmentierte Umgang mit den Sozialwissenschaften von Frauen, Gesellschaft und Natur leicht zur Ausbeutung durch die Regierung führte, war sie von Anfang an bestrebt, als Wissenschaft mit der Gesellschaft für die Bedürfnisse der Gesellschaft etabliert zu werden.

Wie sie das gemacht hat? Sie führte die Diskussion »Welche Art von Sozialwissenschaft wird Jineolojî sein?« nicht in Akademien, in denen die Probleme der Gesellschaft immer aus der Ferne betrachtet werden, sondern mit der Gesellschaft. Zunächst diskutierte sie mit den Pionierinnen ihrer eigenen Revolution, oder, mit anderen Worten, den Pionierinnen, die die Frauenrevolution auf eine solche Wissenschaft gründen. Die Jineolojî entstand nicht aus einer Gruppierung, die abstrakte Diskussionen über Freiheit führte. Diese Gemeinschaft versuchte, die Prinzipien widerzuspiegeln, die sie für ein freies Leben festgelegt hatte über die Beziehungen zwischen Männern und Frauen, über das Verständnis von Administration, über die Natur und die Art und Weise, wie sie mit jedem Lebewesen darin umging. Sie bestand aus Menschen, die ihre Bindung zum bestehenden System kappten und in dem Moment die Freiheit spürten. Am wichtigsten war, dass es sich um eine Gemeinschaft handelte, die darauf basierte, Freiheit sofort zu schaffen.

Es war diese Gruppe, insbesondere die freien Frauenakademien in den Bergen Kurdistans und aufbauende Kraft der kurdischen Revolution, die die Grundbausteine eines alternativen Lebens in vielen verschiedenen Bereichen wie z. B. Wirtschaft, Kultur, Selbstverteidigung, Gerechtigkeit und Politik setzten. Nur die Gemeinschaft, die den Menschen eine Zukunft versprach und dafür ihr Leben riskierte, könnte fühlen, wie eine Wissenschaft im Dienste der Gesellschaft sein sollte, und nur solch eine Struktur könnte diese Wissenschaft erschaffen.

So schuf eine Konferenz in den Bergen Kurdistans einen Rahmen für die Kritik der Jineolojî an den Sozialwissenschaften, deren Methoden und Praxis. Mit der durch diesen Rahmen erzeugten Motivation entwickelte sich die Jineolojî in allen Bereichen in einer anderen Form. Genau das war das Ergebnis, das mit dem Anspruch übereinstimmte, eine Sozialwissenschaft zu sein. Deshalb vergleichen wir die Jineolojî mit dem Fluss, der sein eigenes Bett findet.

Die ersten konkreten Studien

Werfen wir nun einen Blick darauf, wie sich dieser Fluss in verschiedenen geografischen Gebieten seinen Platz schuf, indem er die Erde durchbrach und in die Tiefen sickerte.

Die ersten konkreten Studien zur Frauenwissenschaft begannen in Rojava und brachten hier zweifellos die meisten Ergebnisse. Da Frauen die Gründungskraft der Revolution in den Bereichen Selbstverteidigung, Politik, Wirtschaft, Kultur, Gerechtigkeit und vielem mehr waren, bildeten die schnell praktizierten sozialen Konventionen der Frauen, die nach den Bedürfnissen der Frauen gebildeten Institutionalisierungen (Mala Jin, Jinwar, Frauenakademien und Kooperativen ...) die Grundlage für die Entwicklung der Jineolojî. Diese förderte den Prozess der Bildung in diesen Institutionalisierungen und ernährte sich gleichzeitig davon.

Seminare und Schulungen der Jineolojî an hunderten Akademien in Rojava spielten eine wichtige Rolle bei der Veränderung der Denkweise der Schutz- und Gründungskräfte der Revolution. Auf diese Weise schuf sie ihre eigenen Institutionalisierungen. In Efrîn am 16. August 2017 (aufgrund der Besatzung nicht mehr einsatzbereit), am 22. September 2017 in Dêrik, am 2. Januar 2018 in Minbic, am 6. März 2018 in Kobanê innerhalb der Grenzen der Euphratregion, am 8. Januar 2019 in Hesekê gegründete Jineolojî-Forschungszentren, am 25. November 2020 in Tabqa, am 9. Januar 2021 im Lager für Efrîner:innen, deren Land besetzt ist, und Aleppo am 4. April 2021. Das sind sehr wichtige Institutionen, die die innig vernetzte Beziehung der Jineolojî mit der Gesellschaft sicherstellen. Mitarbeiterinnen dieser Institutionen versuchen, den Wissenspool der Jineolojî in Wirtschaft, Demographie, Geschichte, Mythologie, Ethik, Ästhetik usw. zu füllen. Sie forschen über ihre eigenen Gesellschaften und ihre Geschichte und über die Grenzen von Staat und Patriarchat hinaus.

Manchmal arbeiten sie in Partnerschaft mit einer Heilerin, manchmal mit einem Dengbej, manchmal mit Akademikerinnen. Die von jedem Zentrum am Körper durchgeführten soziologischen Analysen werden auch als grundlegende Studien betrachtet, um zur Quelle sozialer Probleme zu gelangen. Lassen Sie uns auch erwähnen, dass das Interesse an der Jineolojî nicht auf diese Regionen begrenzt ist, in denen Kurd:innen leben. In Städten wie Minbic, Tabqa und Raqqa, die vom IS befreit wurden, ist die Zahl der arabischen Frauen, die sich freiwillig für Jineolojî-Studien engagieren, nicht zu unterschätzen. Auf diese Weise vergrößert sich die Chance, auf die Quellen (arabische Bücher und mündliche Geschichten) zuzugreifen, in denen wir die in den Ländern des Nahen Ostens gespeicherten Informationen finden.

Eine der grundlegendsten Studien der Jineolojî in Rojava ist die soziologische Forschung zur Lösung sozialer Probleme. Zum Beispiel diente die soziologische Forschung während der Revolution in Rojava dazu festzulegen, dass Frauen die aufbauende Kraft in Rojava waren.

Die Arbeit, die sich mit der Verbindung der gegenwärtigen Verhältnisse mit der ersten Frauenrevolution beschäftigt, und einem Volk, das zwischen dem Flüchtlingsdasein und dem Krieg feststeckt und sich in einem Wiederaufbauprozess befindet, ist abgeschlossen. Sie wird für die Veröffentlichung auf Kurdisch vorbereitet.

Eine der vielversprechendsten Arbeiten der Jineolojî war der Bau des Frauendorfes Jinwar, das die WJAR (Stiftung der Freien Frau in Rojava) als gemeinsames Projekt mit der WJAS (Stiftung der Freien Frau in Syrien) und Kongreya Star (Frauenbewegung in Nordsyrien) 2017 ins Leben rief.

Jinwar, in dem der Bau der Häuser am 25. November 2018 endete, ist heute ein Lebensraum, der durch das Heil- und Gesundheitszentrum »Şîfa Jin« über eine Kapazität verfügt, mit der die Gesundheitsprobleme der Frauen samt derer in den umliegenden Dörfern versorgt werden können. Das Dorf hat für Schüler:innen eine dreisprachige Schule, eine Bäckerei und es hat Landwirtschaft und Viehzucht entwickelt. Jinwar ist sozusagen ein Dorf, in dem die Jineolojî praktiziert wird.

Die Fakultät für Jineolojî, die im Rahmen des akademischen Jahres 2017/2018 an der Universität von Rojava eröffnet wurde, ist eine der wichtigsten Institutionen der Jineolojî. Die Fakultät versucht, sich ab 2021 neu zu strukturieren. Es gibt eine



Im Frauendorf Jinwar in Rojava. Foto: Jinwar

detaillierte Vorbereitung zu vielen Themen vom Curriculum über das Scoring-System bis hin zum Beirat der Fakultät. Verschiedene Institutionen, die mit der Fakultät kooperieren, sind ebenfalls in diesen Prozess eingebunden. Neben der Emdener Hochschule in Deutschland wird mit verschiedenen Schulen zu kooperieren versucht, die schon ein alternatives Bildungssystem in Lateinamerika aufbauen konnten.

Das Andrea-Wolf-Institut

Das Andrea-Wolf-Institut (gegründet im Mai 2017) ist eine weitere Institution, in der Frauen aus verschiedenen Regionen der Welt zusammenarbeiten. Mit ihren Bildungskreisen, Forschungsgruppen und künstlerischen Projekten entwickelt sich die Jineolojî zu einer wichtigen Ressource, der alle Frauen der Welt begegnen werden. Die im Institut durchgeführten Studien sind bereits zu einem konkreten Produkt geworden.

Die Flugblätter mit dem Titel »Revolutionäre Bildung und Tötung des Mannes«, die in verschiedenen Sprachen veröffentlicht wurden, und das Buch »Mujer, Vida, Libertad«, das die Erfahrungen der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung beinhaltet, sind auch Produkte einer Gruppe internationaler Frauen, die im Institut verschiedene Arbeiten durchführen. Das auf Katalanisch veröffentlichte Buch wurde ins Italienische übersetzt und sollte Ende 2021 auf seine Leser:innen treffen. Sein zweiter Band (der erste wird gerade für die zweite Auflage vorbereitet) ist in Arbeit. Die Grundidee für das Buch »Wir wissen was wir wollen«, das in Deutschland große Beachtung findet, kam auch durch die Diskussionen innerhalb des Institutes zustande. Durch die Intensivierung der Arbeit derjenigen, die nicht nur externe öffentliche Bildung, sondern auch Gemeinschaftsbildung und Jineolojî-Studien durchführten, entstanden Produkte wie Broschüren und Bücher. Ethisch-Ästhetische (in vier Sprachen) und Politisierung von Emotionen (in fünf Sprachen) gehören dazu. In diesem Jahrzehnt werden auch »Lecture Notes«, die alle theoretischen und praktischen Themen der Jineolojî beschreiben, und der Titel »Demokratische Moderne und Feminismus« veröffentlicht. Zusätzlich zu den jineologischen Werbebroschüren, die in Europa in sieben Sprachen veröffentlicht wurden, sind einige der Diskussionen in 21 verschiedenen Jineolojî-Camps in Lateinamerika und europäischen Ländern als Broschüren an die relevanten Kreise geliefert worden. In diesem Zusammenhang wurden zwei katalanische und zwei deutsche Broschüren gedruckt. Die spezielle Auswahl aus jineologischen Zeitschriften trafen die Leser:innen auf Englisch, Arabisch und Soranî. Das Journal of Jineolojî, das alle drei Monate veröffentlicht wird, erscheint in seinem fünften Jahr. Ausgabe 23 wird vorbereitet.

Ich möchte damit sagen, dass die Jineolojî basierend auf der Ausbildung der Sozialwissenschaften in der kurzen Zeitspanne von zehn Jahren einen großen Komplex gebildet hat.

Die erwähnten Bücher und Broschüren sind eigentlich die Produkte von Erfahrungen, die der zukünftigen Generation übermittelt und in intellektueller Produktion aufgezeichnet werden und den Kampf um die Existenz und Freiheit der Frauen verewigen. Dieser intellektuelle Produktionsprozess kann von seinen eigenen Bedürfnissen ausgehend das Informationsnetzwerk verbinden. Keine Erfahrung und Produktion wird vom anderen Bereich getrennt, alle konkreten Ergebnisse werden im Pool der Jineolojî gesammelt und selbst die Produktion eines Bereichs motiviert und nährt den anderen Bereich. Mit anderen Worten, der Fluss entspringt nicht einem an der Spitze festgelegten Bedürfnis, sondern dem Kontakt mit dem Fortschritt des Lokalen in Richtung Universalität. Das ist es, was Sie aus der Praxis der Jineolojî verstehen müssen.

Die mentalen Fallstricke zu erkennen, die das männlich dominierte System für Frauen legt, die ethisch-ästhetischen Werte anzunehmen, die durch weibliche Kameradschaft entstehen, Bewusstsein zu erlangen, um seine Existenz zu definieren, den Anspruch zu gewinnen, die verknoteten sozialen Probleme zu überwinden, das eigene Potenzial, also die Jinergie zu erkennen, zu fühlen, im Kampf gegen das System an Stärke gewonnen zu haben - diese Gefühle traten bei jeder Frau auf, die mit Jineolojî Bekanntschaft machte und an den Studien teilnahm, die auf der Grundlage des jineologischen Denkens und Lebens durchgeführt wurden.

Zweifellos gibt es noch viel mehr praktische Ergebnisse aus den letzten zehn Jahren. Die Wahrheit, die offenbart wird, ist mir viel wichtiger. Insofern ist die Emotion, die ich am Anfang zum Ausdruck gebracht habe, von Bedeutung. Die Transformation, die jede Frau erlebt, die sich mit Jineolojî beschäftigt, ist das nachhaltigste Ergebnis für mich. Die mentalen Fallstricke zu erkennen, die das männlich dominierte System für Frauen legt, die ethisch-ästhetischen Werte anzunehmen, die durch weibliche Verbundenheit entstehen, Bewusstsein zu erlangen, um seine Existenz zu definieren, den Anspruch zu gewinnen, die verknoteten sozialen Probleme zu überwinden, das eigene Potenzial, also die Jinergie zu erkennen, zu fühlen, im Kampf gegen das System an Stärke gewonnen zu haben – diese Gefühle traten bei jeder Frau auf, die mit Jineolojî Bekanntschaft machte und an den Studien teilnahm, die auf der Grundlage des jineologischen Denkens und Lebens durchgeführt wurden. Dies ist die erste Position, die wir gegen die Denkweise gewonnen haben, die versucht, die Gedanken, das Wissen, die Gefühle und die Intuition der Frau zu trennen. In der Lage zu sein, Emotionen zu wecken, während wir Gedanken produzieren, und uns auf unsere Intuition zu verlassen, während wir Wissen verfolgen.

Die in dieser Zeit erreichte Praxis ist sehr wertvoll. Es ist eine Notwendigkeit, diese Werte sichtbar zu machen und als Voraussetzung für eine Wissenschaft diese Ergebnisse als Beginn eines langen Marsches zu sehen. Es ist nur mit solchem wissenschaftlichen Output möglich, die Informationen zu verändern, die heute das menschliche Gedächtnis bestimmen.

Konnte die Jineolojî alle gesellschaftlichen Widersprüche angemessen analysieren, oder kann sie eine ausreichende Grundlage für den ideologischen und revolutionären Aufstieg derjenigen bilden, die gegen das System kämpfen? In jedem Moment, in dem wir uns mit dieser Frage beschäftigen, Menschen voller Widersprüche, verschiedener Kulturen, Identitäten, Bewegungen und Köpfe voll von heimtückischem Positivismus antreffen, fragen wir uns selbst. Diese Begegnungen geben uns das Gefühl, dass wir am Anfang des Weges stehen. Aber wir sehen Widersprüche und Fragezeichen als den Beginn einer Transformation. Wir transformieren uns, während wir unseren Konversionsanspruch entwickeln. Wir lernen, während wir lehren wollen. Wir schaffen unsere eigene Identität, während wir der Wahrheit der Frauen nachgehen. Der lange Weg dahin macht uns nichts aus.

Die Bemühungen von Frauen, die in Europa an jineologischen Studien beteiligt sind, ihre eigenen Mythologien wiederzubeleben; den Geschichten von Frauen nachzugehen, die sich dem Faschismus widersetzen; die Geschichten, die ältere Menschen im jineologischen Forschungszentrum in Dêrik den Kindern erzählen; das Kind einer stummen êzîdischen Mutter, das das Sprechen lernte, nachdem es in Jinwar zu leben begann – all diese vielversprechenden Erfahrungen zu Beginn dieses langen Weges gemacht zu haben, flößt uns den Mut, die Hoffnung und den Wunsch ein, auch den restlichen Weg zu gehen. ♦

28 Jahre Erosion der Demokratie in Deutschland

Das Verbot überdenken …

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e. V.

Im Gedenken an Xaltîka Sorê (Tante Sorê)

Selbst diejenigen, welche die Geschehnisse in der Türkei nicht ernsthaft verfolgen, wissen, dass sie heute ein autoritärer Staat geworden ist. Wie kam sie so weit? Die Türkei war nie ein demokratischer Rechtsstaat, aber ihr jetziger Zustand ist außergewöhnlich. Das Land befindet sich in einem Stadium des Zusammenbruchs. All seine politischen Errungenschaften sind dahingeschmolzen, seine außenpolitische Achse hat sich verschoben, seine Bürokratie ist zerfallen, die Justiz abgestürzt, die Zahl der Morde an Frauen durch die Decke gegangen, die Natur zerstört. Der Staat hat sich in ein unbewohnbares Land entwickelt, aus dem diejenigen flohen, die die Gelegenheit dazu hatten. Es ist klar, dass dies nicht allein Erdoğans »Erfolg« ist. Das alles basiert auf einer strategischen Entscheidung des türkischen Staates. Diejenigen, die Erdoğan ermöglichten, all dies zu tun und diktatorisch zu werden, wollten nur eines: den Weg für einen unbegrenzten Krieg gegen die Kurd:innen ebnen. Erdoğan verbreitete Krieg und Gewalt, soviel er konnte, wissend, dass er so an der Macht bleiben würde, wenn er den schmutzigen Krieg gegen die Kurd:innen fortsetzt. Die Kriegspolitik ist der Ursprung dieses Zusammenbruchs.

Eine der grundlegenden Fragen ist sicherlich diese: Wie haben die mächtigen Länder Europas, die der Türkei heute kritisch gegenüberstehen und sie in die Liste der autoritären Länder aufgenommen haben, diesen Trend beeinflusst, welchen Anteil haben sie an der Entwicklung der Türkei zu einem autoritären oder gar faschistoiden Staat? Während die wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei sicherlich mitunter im Zentrum der Beziehungen stehen, können wir dies von der Kurdenfrage nicht behaupten, die doch eines der Hauptprobleme der Türkei ist. Der dominante politische Wille Europas hat eine mögliche Demokratisierung der Türkei blockiert, indem die Politik der Gewalt in der fortgesetzten kurdischen Verleugnung unterstützt und zum Projekt ökonomisch-politischer Verhandlungen wie etwa der heutigen Flüchtlingsfrage gemacht wurde. Das Verbot der PKK, ihre Listung auf der EU-Terrorliste hat inzwischen die Funktion,



Beim Schreiben dieses Textes erfuhr ich, dass Seri Görmez, bekannt als Xaltîka Sorê, die bei den Kurd:innen in Europa bekannt war und geliebt wurde, an Krebs gestorben ist. Xaltîka Sorê, die in Bremen lebte und mit ihren gelb-rot-grün-farbigen Kleidern und mit kurdischen Symbolen an jeder demokratischen Aktion beteiligt war. Sie berichtete mir einst, sie sei am 12. November 2016 an einer Protestaktion gegen das Erdoğan-Regime beteiligt gewesen. Dort wurde sie wegen ihrer Kleidung von deutschen Polizist:innen angegriffen und beschimpft. Sie musste in Untersuchungshaft, wurde strafrechtlich verfolgt und zu einer Geldstrafe von 300 Euro verurteilt. Ihr Vorwurf »Die Polizei hat mir das Kleid vom Leib gerissen und ich stand in aller Öffentlichkeit nur in Unterwäsche« wurde mit der Aussage der Kölner Polizei »Reißen ist legal« implizit zugegeben. Das ist also das Verbot. Dass Deutschland, der mächtigste Staat Europas, so tief sinkt, einer alten kurdischen Frau die Kleider vom Leib zu reißen, nur weil sie die kurdischen Nationalfarben Rot, Gelb, Grün sowie kurdische Symbole trägt.

die Gewalt gegen Kurd:innen zu unterstützen, dazu zu ermutigen und sie zu praktizieren.

Zur Legitimierung von Menschenrechtsverbrechen durch den »Terrorismus«

In diesem Zusammenhang möchte ich etwas erzählen und bezeugen, was ich nicht vergessen kann: Wir nahmen im Januar 2016 an der 12. Kurdischen Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel teil. Es fand eine Session mit der EU-Berichterstatterin für die Türkei, Kati Piri, als Referentin statt. Der Moderator kündigte zu Beginn eine wichtige Telefonverbindung an und gab Mehmet Tunç, dem Ko-Vorsitzenden des Volksrates von Cizîr (Cizre), das Wort. Eine kraftvolle und traurige Stimme aus der Tiefe sprach von den Ausgangssperren und Massakern in Cizîr.

Mehmet Tunç sprach über das Aushungern der Menschen von Cizîr, die Tötungen durch Scharfschützen, über den Ort, an dem sie sich mit den Verwundeten aufhielten, und sagte, sie würden bei lebendigem Leibe verbrannt werden. Bitte stoppt diese Gräueltat, bat er schreiend. Als Zuhörer:innen standen wir unter Schock, viele von uns hatten Tränen in den Augen. Als er geendet hatte, waren wir an unseren Platz gefesselt, bewegungs- und hilflos, als sei uns alle Kraft entzogen worden. Nach dem Telefonat begann Kati Piri mit ihrer Rede. Ich erinnere mich nur noch an ihren ersten Satz, denn er landete wie ein Vorschlaghammer auf unseren Köpfen: »Natürlich hat der türkische Staat das Recht, den Terrorismus zu bekämpfen.« Das war ihre Antwort auf diesen Hilfeschrei. Etwa 200 Menschen, darunter Mehmet Tunç, wurden kurz nach seinem Telefonat verbrannt. Ihre verbrannten Körperteile wurden den Familien in schwarzen Plastiktüten übergeben.

Kati Piri war eine dem türkischen Staat sehr unangenehme Oppositionspolitikerin. Bei den jüngsten Wahlen in den Niederlanden haben sich Kurd:innen sehr dafür eingesetzt, dass sie gewählt wird. Wie somit ersichtlich sein sollte, fühlten sie sich ihr nahe. Aber wer die Kurdenfrage als »Terrorismus« betrachtet, wird – egal wie oppositionell man ist, wie der Fall Piri zeigt – Teil der traditionellen Politik des türkischen Staates.

Die deutsche Verbotspolitik als Teil der türkischen Staatsgewalt

Die deutsche Politik des »PKK-Betätigungsverbots« hat das 28. Jahr vollendet. Dieses Verbot wurde parallel zu den Entwicklungen erlassen, als die Gewalt in Kurdistan am intensivsten war, kurdische Intellektuelle auf der Straße ermordet und Tausende von Dörfern niedergebrannt wurden und die Zahl der Opfer in Gewahrsam stieg. Auf dem Höhepunkt der Gewalt des türkischen Staates hat Deutschland von seinem Druck auf die kurdische Gemeinschaft nicht abgelassen. Es positionierte sich als Teil der türkischen Staatsgewalt. Wenn es eines Tages eine Gelegenheit gibt, sich der Unterdrückung und Gewalt zu stellen, die den Kurd:innen zugefügt wird, werden die sogenannten demokratischen Länder Europas, insbesondere Deutschland, als Komplizen dieser Verbrechen betrachtet werden.

Bei der Umsetzung des Verbots hat die Bundesrepublik Deutschland eigentlich ihr eigenes Gesetz und ihre demokratische Verfasstheit belastet. Die Verbotspolitik gegen die Kurd:innen konnte und kann nicht ohne Zugeständnisse an die Rechtsstaatlichkeit angewendet werden. Anfangs mag es eine gewisse Härte in der kurdischen Reaktion darauf gegeben haben. Aber schon bald pendelten sich die kurdischen Reaktionen auf einer Ebene ein, die dem legalen, demokratischen Rahmen besondere Aufmerksamkeit widmet. Es ist seit langem bekannt, dass die Kurd:innen die öffentliche Sicherheit, das Leben und die Ordnung in Deutschland nicht verletzen. Diese Sorgfalt hat jedoch eher zur Verhärtung der Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Kurd:innen als zur Aufweichung des Verbots geführt. Es ist interessant, dass die Verbotspolitik besonders seit den 2010er Jahren mit jeder juristischen Neuerung verschärft wurde. Die Tatsache, dass der §129b StGB das Potenzial hat, im Laufe der Zeit auf politische Akteur:innen und alle aktiven Kurd:innen aufgrund von Plakaten, gewissen Farben oder schlicht durch ein Rundschreiben des Innenministeriums angewendet zu werden, kann als Beispiel für die anhaltende Entwicklung, Vertiefung und Aktualisierung der Verbotspolitik selbst angesehen werden.

Die Auswirkungen des Verbots im Alltag

Sicher ist, dass diese deutsche Verbotspolitik hauptsächlich auf diejenigen Kurd:innen abzielt, die im Alltag Anspruch auf ihre Rechte erheben. Das verdeutlichen die durch dieses Verbot entstandenen Missstände. Mit dem Verbot werden Alltag, Familienleben und Zukunftspläne erschwert. Ich kann unzählige Beispiele von Kurd:innen nennen, denen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde, was andere Familienmitglieder zur Distanzierung vom Verein veranlasst hat. Dies führte zu Krisen, Unruhen, Scheidungen und dem gegenseitigen Ausspielen zwischen engsten Familienmitgliedern. Obwohl es keine strafrechtlichen Urteile gegen sie gab, wurden tausende Kurd:innen durch die Initiative der Bundesregierung effektiv bestraft. Ich kann als häufiges Beispiel den Einfallsreichtum der Polizei anführen, der Kurd:innen immer wieder Traumata durchlaufen lässt, die sie in der Türkei bei Hausdurchsuchungen erlebten. Es weckte mein Interesse, als ein Freund, der viel mehr Zeit



Auf der Demonstration »PKK-Verbot aufheben! Krieg beenden, politische Lösung fördern!« in Berlin Foto: © neukoellnbild (Umbrucharchiv)

in Deutschland als in Kurdistan verbrachte, mir erzählte, sich hier immer unglücklich zu fühlen; seine Wut auf diesen Staat war fast so groß wie auf die Türkei und er identifizierte ihn in allem mit dem türkischen Staat. Deutschland könnte damit prahlen, Kurd:innen nicht den Eindruck vermittelt zu haben, es sei ein demokratischer Staat.

Die aus dem Verbot erwachsene kriminelle Verbindung oder Beziehung zur kurdischen Gemeinschaft Deutschlands ist zu einem neuen Instrument in den Händen der Türkei geworden. Deutsche Staatsbürger:innen wie auch mehrere Kurd:innen mit Aufenthaltsrecht in Deutschland wurden bei ihrer Türkeireise festgenommen. Dieser Mechanismus funktioniert wie folgt: Im Vereins- oder Strafregister werden die Namen derjenigen gefunden, die Vorsitzende von kurdischen Vereinen sind oder waren. Wenn sie in die Türkei reisen, werden sie verhaftet und aufgrund von Berichten des deutschen Verfassungsschutzes angeklagt. Darüber hinaus beginne ich zu vermuten, dass unzählige Angehörige des nationalen türkischen Geheimdienstes MIT bewusst die Augen vor Idealist:innen und Nationalist:innen verschließen und dass die türkische Staatsgewalt hier als Element der Unterdrückung von Kurd:innen, Dissident:innen und Oppositionellen eingesetzt wird.

Demokratisierung statt Verbotspolitik

Schließlich möchte ich noch den Gedanken äußern, dass das 28-jährige Verbot zur Entwicklung faschistoider Praktiken in der Türkei beigetragen und zur Erosion des politischen Systems in Deutschland und seiner demokratischen Merkmale geführt hat, worunter die kurdische Gesellschaft täglich leidet. Es hat sowohl Deutschland als auch den Kurd:innen geschadet. Ist das eine Lösung? Haben die Kurd:innen ihren Kampf aufgrund des Verbots etwa aufgegeben? Was ist geschehen? Was gewinnt oder verliert Deutschland mit dieser Politik? Würde Deutschland mit einer so starken kurdischen und türkischen Bevölkerung nicht stärker von einer Demokratisierung der Türkei oder der Lösung der kurdischen Frage profitieren? Wäre dieses Land nicht sicherer und robuster mit den kurdischen Visionen einer demokratischen Gesellschaft, säkularen und feministischen libertären Strömungen, die auf der ganzen Welt zunehmend Aufmerksamkeit gewinnen? Deutschland muss aufhören, das kurdische Volk aus einer feindlichen Perspektive zu betrachten. Man muss jetzt einsehen, dass man mit dieser Verbotspolitik nicht weiterkommt, und das Verbot und seine Konsequenzen überdenken. Dies sollte in erster Linie von den demokratischen und fortschrittlichen Teilen der deutschen Gesellschaft getan werden, um das kurdische Volk mit dieser rücksichtslosen Politik des Staates nicht alleinzulassen. ♦

Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland in 2021

Keine Entspannung in Sicht

Elmar Millich, Rechtshilfefonds Azadi e.V.

Auch im nun zurückliegenden Jahr 2021 vertiefte die deutsche Bundesregierung ihre enge diplomatische Zusammenarbeit mit der Türkei und damit, leider wie gewohnt, die Repression gegen Aktivitäten und Aktivist:innen im Umfeld der kurdischen Befreiungsbewegung.

Der Paragraph §129b

Im Zusammenhang mit dem §129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) kam es zu neuen Verhaftungen, Anklagen und Prozesseröffnungen. Am 8. Januar begann vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Koblenz der Prozess gegen den kurdischen Aktivisten Hüseyin A. Dem im Mai 2020 Festgenommenen wirft die Anklage vor, von Mitte August 2015 bis Ende Juli 2016 als hauptamtlicher Kader das PKK-Gebiet Mainz mit den Räumen Wiesbaden, Bad Kreuznach und Rüsselsheim verantwortlich geleitet zu haben. Individuelle Straftaten werden ihm, wie in den meisten dieser Verfahren, nicht vorgeworfen.

In einem anderen Fall wurde am 7. Mai Mirza B. während einer polizeilichen Razzia in Nürnberg festgenommen. In den frühen Morgenstunden des 7. Mai verschaffte sich ein starkes Polizeiaufgebot durch Beschädigung der Außentür gewaltsam Zugang zum kurdischen Kulturzentrum. Gleichzeitig stürmten Polizeibeamte die Privatwohnung des Ko-Vorsitzenden des Medya Volkshauses, in dem sich der festgenommene Mirza B. als Gast aufhielt. Vorgeworfen wird ihm, als angebliches PKK-Mitglied das Gebiet Nürnberg verantwortlich geleitet zu haben.

Nur vier Tage später, am 11. Mai, wurden in Heilbronn-Sontheim der Aktivist Abdullah Ö. sowie in Esslingen Mazlum D. festgenommen, ebenfalls unter dem Vorwurf, im Auftrag der PKK verschiedene Gebiete in Deutschland geleitet zu haben.

Als vorläufig letzte Verhaftung kurdischer Aktivist:innen in 2021 auf der Grundlage des §129b erfolgte die Festnahme von Merdan K. Der 22-jährige wird beschuldigt, Funktionen als »Jugendkader« der PKK eingenommen zu haben.

In allen Fällen beruht die Anklage im Wesentlichen auf monatelang durchgeführten Telefonüberwachungen. Zur Last gelegt werden den Angeklagten politische Aktivitäten, etwa Vereinsmitglieder zur Teilnahme an Veranstaltungen mobilisiert oder Spendenkampagnen durchgeführt zu haben. Bis auf wenige Ausnahmen sind Anklagen gemäß §129b immer mit Untersuchungshaft unter verschärften Isolationsbedingungen verbunden, wozu etwa Trennscheiben, Kontrollrichter und Besuchsüberwachung in Anwesenheit von LKA-Beamten gehören.

Als spektakulärstes §129b-Verfahren ging am 30. April 2021 der Prozess gegen fünf Beschuldigte vor dem OLG Stuttgart zu Ende. Der Hauptangeklagte Veysel S. wurde wegen Mitgliedschaft in der PKK als Regions- und Gebietsleiter von Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg sowie wegen versuchter räuberischer Erpressung, Freiheitsberaubung und gemeinschaftlicher Köperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die Angeklagten Özkan T. und Agit K. erhielten wegen denselben Tatvorwürfen 3 bzw. 4 Jahren Haft. Cihan A. und Evrim A., ebenfalls angeklagt, wurden jeweils zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt. Anklage und Verurteilung fußten fast ausschließlich auf den Aussagen des Kronzeugen Ridvan Ö. Der hatte angegeben, von den Angeklagten geschlagen, gewaltsam entführt, in einen Keller gesperrt und von maskierten und bewaffneten Männern bedroht und erneut geschlagen worden zu sein – all dies nur, weil er nicht mehr für die PKK aktiv sein wolle. Obwohl das Gericht letztlich nicht umhinkam, die Einlassungen des Kronzeugen zum großen Teil als Lügenmärchen zu bewerten, wurden die Angeklagten letztendlich zu teils hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Bereits am 19. Februar endete das Verfahren gegen Gökmen C. vor dem OLG Koblenz mit einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 5 Monaten. Eine Bewährungsstrafe erhielt am 12. April Nizamettin S. vor dem OLG Celle. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er als Leiter im Raum Wesermarsch für bestimmte »Kader«-Arbeiten zuständig gewesen sei. So habe er Aktionen und Proteste organisiert und hierfür Teilnehmer:innen mobilisiert. Gerade dieses Urteil zeigt, dass hier allgemeine, eigentlich durch die Verfassung geschützte politische Aktivitäten unter dem Deckmantel der »Terrorbekämpfung« kriminalisiert werden.

Das OLG Stuttgart verurteilte am 19. Oktober den politischen Aktivisten Kamuran Y. V. wegen Mitgliedschaft in einer »ausländischen terroristischen Vereinigung« nach §§129, 129a, 129b StGB zu 2 Jahren und 7 Monaten Haft. Kamuran Y. V. wurde am 1. November 2019 auf Veranlassung bundesdeutscher Strafverfolgungsbehörden am Flughafen Zürich fest- und in Auslieferungshaft genommen. Die Vorwürfe gegen ihn lauten, 2014 in verantwortlicher Funktion für die Jugendstrukturen der PKK in Stuttgart tätig gewesen zu sein und hierbei auch junge Menschen für den bewaffneten Kampf angeworben zu haben. AZADÎ verurteilt insbesondere, dass die Verurteilung auf Aussagen polizeilicher Informant:innen beruhte, die aufgrund von staatlichen Sperrvermerken nicht vor Gericht geladen und von der Verteidigung vernommen werden konnten. In der Hauptverhandlung traten lediglich die Quellenführer der Informant:innen auf, die dann sinngemäß das wiedergaben, was ihnen diese Informant:innen vor mehr als fünf Jahren berichtet haben sollen.

Ein weiteres §129b-Verfahren findet aktuell gegen Mustafa T. vor dem OLG München statt. Der Prozessauftakt war am 6. Oktober.

Aber auch nach der Haftentlassung hören staatliche Schikanen gegen die nach §129b verurteilten Personen nicht auf. Quasi automatisch werden ihnen der Asylstatus, falls vorhanden, aberkannt und sie aus Deutschland ausgewiesen. Auch wenn dies aufgrund internationaler rechtlicher Bestimmungen in der Regel nicht umgesetzt werden kann, erleiden die Betroffenen erhebliche Nachteile. Mit der Ausweisung erlischt die Arbeitserlaubnis und in der Regel wird ihre Freizügigkeit auf die jeweilige Stadt oder den Landkreis beschränkt, verbunden mit Meldeauflagen bei der örtlichen Polizei.

Auch Dr. Banu Büyükavci erging es hier nicht anders. Die Ärztin wurde vom OLG München im Juli 2020 zu 3 Jahren und 6 Monate Haft wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (der türkischen TKP/ML) verurteilt. Weil die Verteidigung Revision einlegte, kam sie nach Urteilsverkündung wegen der langen Untersuchungshaft auf freien Fuß und wollte ihre Stelle an einem Nürnberger Krankenhaus wieder antreten. Sie wurde jedoch von der Nürnberger Ausländerbehörde mit einem Arbeitsverbot belegt. Erfreulicherweise gab es gegen die Verfügung eine breite Solidarität ihrer Kolleg:innen und Vorgesetzten. Auch die Gewerkschaft ver.di München setzte sich vehement für ihre Kollegin ein. Dies verdeutlicht, wie sehr sich die Sicherheits- und andere Behörden in ihrem Verfolgungseifer gegen die PKK und revolutionäre türkische Organisationen vom Rechtsempfinden auch der breiteren Bevölkerung entfernt haben.

Der Paragraph §20 Vereinsgesetz

Etwas ruhiger wurde die Repression bezüglich der Anwendung des §20 Vereinsgesetzes, der vor allem das öffentliche Zeigen der PKK zugeordneter Symbole kriminalisiert. Das mag zu einem Teil der Corona-Pandemie geschuldet sein, da im ersten Halbjahr 2020 deutlich weniger Versammlungen und Demonstrationen stattfanden, bei der dieser Paragraph üblicherweise zur Anwendung kommt. Einen großen Anteil hat sicher auch das Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 1. Dezember 2020. Dort wurde entschieden, dass das Zeigen von Symbolen der kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ auf Versammlungen und im Internet nicht strafbar ist. Gerade in Bayern hatten die Staatsanwaltschaften Hunderte dieser Verfahren durchgeführt, oft auch verbunden mit Hausdurchsuchungen bei den Betroffenen.

Aber nach wie vor scheint der Verfolgungseifer regional sehr unterschiedlich zu sein und man bekommt den Eindruck, manche Staatsanwaltschaften betreiben ihn als Steckenpferd. Hier tat sich im vergangenen Jahr die Staatsanwaltschaft Lüneburg gegenüber einem Antifaschisten hervor. Ausgangspunkt war das Mitführen einer Antifa-Enternasyonal-Fahne bei einer Demo gegen den Einmarsch der türkischen Armee in Efrîn 2018. Die Staatsanwaltschaft behauptete, es handele sich um ein verbotenes Symbol und sei als »Ersatz« für das ebenfalls verbotene PKK/KCK-Kennzeichen benutzt worden. Nach einer Niederlage vor dem Amtsgericht Lüneburg mit einem Freispruch des Angeklagten im Juli 2020 ging die Staatsanwaltschaft durch alle Instanzen. Auf deren Berufung hin endete der Prozess vor dem zuständigen Landgericht ebenfalls im November 2020 mit einem Freispruch. Letztinstanzlich bestätigte dann das OLG Celle im November 2021 die vorherigen Gerichtsurteile. Die Kosten aller dieser überflüssigen Verfahren gehen letztendlich zu Lasten des Steuerzahlers.

Selbst außergewöhnliche Fahnen und Symbole scheinen vor Repression nicht sicher zu sein. Bei einer Versammlung im Oktober 2017 unter dem Motto »Frieden in Kurdistan – Freiheit

für Abdullah Öcalan« untersagten anwesende Polizeibeamte mündlich Fahnen der kurdisch-êzîdischen Widerstandseinheiten Şengals YBŞ (Yekîneyên Berxwedana Şengalê) zu zeigen – unter Verweis auf das im März 2017 aktualisierte PKK-Verbot durch das Innenministerium. Auch wenn die Anmelder der Versammlung mit ihrer Klage gegen diese polizeiliche Anordnung vor dem Verwaltungsgericht im Januar Recht bekamen, zeigt dieses Beispiel, dass von einem allgemeinen freien Demonstrationsrecht nicht mehr die Rede sein kann, sobald es um das Thema Kurdistan geht.

Im Fokus der Repression nach §20 Vereinsgesetz steht auch immer wieder die Solidarität mit Abdullah Öcalan. Als ein Beispiel sei hier das Verfahren gegen die kurdische Aktivistin Zübeyde A. erwähnt, die auf mehreren Versammlungen das Bild von Abdullah Öcalan, teilweise mit der Aufschrift »Freedom for Öcalan«, gezeigt haben soll. Dafür verurteilte sie das Amtsgericht München am 5. Juli zu 180 Tagessätzen. Damit gilt sie offiziell als vorbestraft.

Nach wie vor ist der §20 Vereinsgesetz das am häufigsten angewandte Repressionsinstrument in Bezug auf die kurdische Befreiungsbewegung und dient vor allem der Einschüchterung. Auch wenn die Mehrzahl der Verfahren eingestellt wird, bleiben die Betroffenen auf ihren Anwaltskosten erst einmal sitzen, auch wenn AZADÎ und die Rote Hilfe versuchen, hierbei Unterstützung zu leisten. Zudem sind solche Verfahren auch öfters mit Hausdurchsuchungen verbunden, die eher der Schikane und der Einschüchterung dienen als der Beweismittelsicherung.

So wurden zum Beispiel am 11. März fünf Wohn- und Geschäftsräume sowie PKWs von drei Aktivist:innen des kurdischen Kulturvereins in Kassel unter dem Verdacht durchsucht, die Beschuldigten hätten Spendengelder für die PKK organisiert, indem sie Tickets für kulturelle Veranstaltungen verkauft hätten.

Am 1. Juli durchsuchte die Polizei im Raum Hannover die Wohnungen von fünf kurdischen Aktivist:innen, wobei zahlreiche Mobiltelefone, Laptops und Unterlagen beschlagnahmt wurden. Den Betroffenen wurde vorgeworfen, gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben. In manchen Wohnungen wurden die Räume regelrecht verwüstet. Dazu die Ko-Vorsitzende des Volksrats Hannover, Sevim Devrim, die selbst von den Durchsuchungen betroffen war: »Die deutsche Polizei verhält sich genauso wie die türkische Polizei. Wir machen hier unsere politischen Arbeiten, für die wir aus unserer Heimat vertrieben wurden, um genau die gleiche Repression zu erfahren.«

In der Stadt Lahr in Baden-Württemberg durchsuchte die Polizei in den frühen Morgenstunden des 8. September – teils mit Spürhunden – das dortige »Demokratische Kurdische Gemeinschaftszentrum e.V.« sowie fünf Privatwohnungen und beschlagnahmte Computer, Mobiltelefone und Fahnen. Grundlage der Razzien waren Vorwürfe, bei von den Beschuldigten organisierten Veranstaltungen seien Symbole und Fahnen der PKK gezeigt worden. Die geschilderten Beispiele stehen nur stellvertretend für eine permanente Kriminalisierung sämtlicher politischer Aktivitäten mit einem Bezug zu Kurdistan und dienen vor allem der Abschreckung der kurdischen Community in Deutschland.

Ausländerrecht

Für kurdische Aktivist:innen ohne deutschen Pass wirkt zudem das Aufenthalts- und Asylrecht als eine Art Parallelstrafrecht. Schon geringe politische Aktivitäten, die nicht der Strafbarkeit unterliegen, können für die Betroffenen gravierende Folgen bezüglich Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnis, Asylstatus und Einbürgerung haben. In diesem Bereich sticht vor allem das von GRÜNEN und CDU geführte Bundesland Baden-Württemberg negativ hervor. Exemplarisch hier das Beispiel einer Kurdin, die 2017 einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hatte. Im April 2021 erhielt sie von der zuständigen Behörde die Mitteilung, ihr Antrag werde abgelehnt. Die Begründung lautete, dem LKA lägen Erkenntnisse vor, dass sie mehrfach an Demonstrationen mit PKK- Bezug teilgenommen hätte. Auch hätte ihre Familie nachweislich in langjährigem Kontakt zu einem mittlerweile verurteilten PKK-Gebietsleiter gestanden.

Ein aktueller Fall zeigt, dass selbst EU-Bürger:innen ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland verlieren können, wenn sie sich für die kurdische Bewegung engagieren – auch unterhalb jeder Strafbarkeitsschwelle. Eine spanische Staatsbürgerin, die sich seit längerem in Deutschland aufhält, erhielt von der Stadt Magdeburg den Bescheid, das sie innerhalb von 30 Tagen aus der Bundesrepublik ausreisen müsse. Zudem verhängte die Behörde ein Wiedereinreiseverbot von 20 Jahren. Als Grundlage für die Verfügung auf der Basis des §6 des EU-Freizügigkeitsgesetzes dienten allein auf Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden beruhende akribisch gelistete politische Aktivitäten im Umfeld der deutschen Linken und Kurdistan-Solidaritäts-Bewegung.

Eine besorgniserregende Entwicklung ist es auch, dass im Falle von Ausweisungen und Abschiebungen von Kurd:innen und linken türkischen Aktivist:innen in die Türkei deutsche Verwaltungsgerichte zunehmend den Standpunkt einnehmen, in der Türkei sei für die Betroffenen ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet. Damit fallen die Gerichte selbst hinter den politischen Standpunkt der Bundesregierung und den Einschätzungen des Auswärtigen Amts zurück. So sollte die

in der Türkei für die HDP aktive Nazdar E. am 8. April in die Türkei deportiert werden. Nur dadurch, dass sie sich physisch der Rückführung widersetzte, konnte dies verhindert werden. Die Politikerin hatte 2015/2016 das Massaker von Cizîr (Cizre) überlebt. Damals wurde als Reaktion auf Aufstände der Jugend fast die ganze Innenstadt dem Erdboden gleichgemacht. Mindestens 177 in einem Keller Zuflucht suchende Menschen wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Im September diesen Jahres wurde schließlich dem Asylantrag von Frau E. stattgegeben.

Auch der Asylantrag der türkischen Aktivist:innen Sinem M. und Anil K. wurde von den bayrischen Behörden abgelehnt. Gegen beide wurde 2012 in der Türkei ein Verfahren wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« eröffnet. Das zuständige Verwaltungsgericht Augsburg stellte in dem Verfahren der Türkei quasi einen rechtsstaatlichen Persilschein aus. Das Gericht erklärte, »der Vorwurf der Mitgliedschaft in, beziehungsweise der Propaganda für eine terroristische Organisation sei im Fall von Anil K. zumindest nicht völlig aus der Luft gegriffen«. Das Gericht erklärte weiter, eine »flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung« sei bei einer Rückkehr der beiden in die Türkei »nicht zu erwarten«. Es bestehe »keine beachtliche Gefahr einer Inhaftierung in der Türkei zu unmenschlichen Bedingungen«, die Todesstrafe sei abgeschafft, auch liege bei K. »kein Risiko von Folter« vor. Auch in diesem Fall setzte sich das Gericht über offizielle Verlautbarungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs und verschiedener Gremien der EU hinweg.

Interventionen

Im letzten Jahr verstärkte sich die Praxis der Sicherheitsbehörden, prokurdische Aktivitäten nicht nur im Nachhinein zu kriminalisieren, sondern bereits im Vorfeld aktiv zu unterbinden. Am 4. Juli sollte der 4. Kongress des kurdischen Europadachverbandes KCDK-E im nordrhein-westfälischen Bergisch Gladbach stattfinden. Obwohl die Veranstaltung schon seit Wochen vorbereitet und transparente Einladungen ausgesprochen waren, untersagte die Kölner Polizei den Kongress erst am Vorabend per Telefonanruf bei den beiden Ko-Vorsitzenden des KCDK-E, um rechtliche Schritte gegen die Verfügung unmöglich zu machen. Eine schriftliche Begründung, auf die sich eine Klage gegen das Verbot hätte aufbauen lassen, lag dem KCDK-E auch Tage nach den Telefonaten nicht vor. Begleitet wurde das Verbot von einer intensiven, von der Polizei befeuerten medialen Hetze, hochrangige Vertreter:innen der PKK planten ein Treffen in Deutschland. Trotz eines massiven Polizeiaufgebotes konnte der Kongress in improvisierter Weise am nächsten Tag unter freiem Himmel vor dem Bahnhof Köln-Mühlheim abgehalten werden.

> Nach 16 Jahren Grosser Koalition unter Angela Merkel stellen sich natürlich viele die Frage, ob die neue Ampel-Koalition sich gegenüber der Türkei neu ausrichtet und mit welchen Folgen für die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden zu rechnen ist. Hier muss vor allzu hohen Erwartungen gewarnt werden. Die Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung ist seit über 30 Jahren NATO-Raison, der sich bislang keine deutsche Regierung entzogen hat. Nicht umsonst hat Bundeskanzlerin Merkel, die extrem Erdoğan-hörig war, beim letzten G20-Gipfel in Rom den damals designierten Kanzler Olaf Scholz zu ihrem bilateralen Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan dazu genommen, um die Fortsetzung dieser Linie zu gewährleisten.

Um die Verbreitung von Informationen über den seit April geführten schmutzigen Krieg der türkischen Armee in Südkurdistan zu verhindern, wurde im Juni der Bundesgrenzschutz aktiv. Am Düsseldorfer Flughafen verhinderte er auf rechtlich höchst fragwürdige Weise die Ausreise einer Gruppe der Kampagne »Defend Kurdistan«, darunter die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete der Linksfraktion, Cansu Özdemir. Nicht nur vor der Abreise, sondern auch nach der Rückkehr gab es massive Angriffe der Polizei gegen die Delegationsteilnehmer:innen und auf sie am Flughafen wartende solidarische Menschen (siehe zu beiden Vorfällen auch Kurdistan Report Nr. 216 und 217).

Auch der Mobilisierung für die Demonstration am 27. November für die Aufhebung des PKK-Verbots wurde von den Sicherheitsbehörden Steine in den Weg gelegt. Unter fadenscheinigen Begründungen nahm der Provider die Mobilisierungsseite für die Demonstration vom Netz. Auch in den sozialen Medien wurden Aufrufe, die Demonstration zu unterstützen, teilweise blockiert.

Europäische Union

Schaut man bezüglich des Umgangs mit der kurdischen Freiheitsbewegung über den deutschen Tellerrand hinaus auf das europäische Umfeld, zeigen sich Licht und Schatten. In Schweden verschärfen die Sicherheitsbehörden den Druck auf kurdische Vereine und einzelne Aktivist:innen, die der Freiheitsbewegung nahestehen. Das führt auch vermehrt dazu, dass Asylgesuche und Einbürgerungsanträge abgelehnt werden. So wurde der kurdische Aktivist Resul Ö. am 23. April trotz massiver Proteste in die Türkei abgeschoben. Hintergrund der Verschärfung ist ein neues, im März verabschiedetes Antiterrorgesetz, dass vornehmlich gegen den politischen Islamismus erlassen wurde, in der Praxis aber hauptsächlich Kurd:innen trifft.

Auch in Frankreich kam es zu polizeilichen Übergriffen gegen kurdische Proteste. Mit Schlagstöcken und Pfefferspray griff die französische Polizei in Straßburg am 5. April die Teilnehmer:innen eines Sitzstreiks an, die vor dem Europäischen Komitee zur Verhinderung von Folter (CPT) dessen Besuch bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı forderten.

Bereits am 23. März 2021 kam es in Marseille auf Antrag der nationalen Anti-Terror-Staatsanwaltschaft zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurd:innen in Marseille (CDKM) und auch in privaten Wohnungen von Vereinsvertreter:innen. Acht der Festgenommenen wurden teilweise in Haft genommen.

Auf diese Operation folgte eine Welle der Solidarität mit verschiedenen Demonstrationen in Marseille und Paris, Lyon, Grenoble und in der Bretagne. Im April startete dann ein französisches Kollektiv namens »SOLIDARITÉ Kurdistan 13« eine Kampagne für die Entkriminalisierung der PKK, mit der insbesondere die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste erreicht werden soll. Das Kollektiv vereinigt zehn politische und gewerkschaftliche Organisationen und Vereine, die sich aktiv für Menschenrechte einsetzen und sich seit Jahren für die Förderung der kurdischen Sache engagieren.

Auch in Großbritannien hat sich eine Parlamentsgruppe mit dem Ziel gegründet, dass die britische Regierung die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste überprüft. Die Parlamentsgruppe mit dem Labour-Abgeordneten Lloyd Russel-Moyle als Vorsitzenden hat bereits einen 56-seitigen Bericht erstellt und der Regierung übergeben, der sich mit der Situation in der Türkei und Syrien befasst.

Ausblick

Nach 16 Jahren Großer Koalition unter Angela Merkel stellen sich natürlich viele die Frage, ob die neue Ampel-Koalition sich gegenüber der Türkei neu ausrichtet und mit welchen Folgen für die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden zu rechnen ist. Hier muss vor allzu hohen Erwartungen gewarnt werden. Die Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung ist seit über 30 Jahren NATO-Raison, der sich bislang keine deutsche Regierung entzogen hat. Nicht umsonst hat Bundeskanzlerin Merkel, die extrem Erdoğan-hörig war, beim letzten G20-Gipfel in Rom den damals designierten Kanzler Olaf Scholz zu ihrem bilateralen Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan dazu genommen, um die Fortsetzung dieser Linie zu gewährleisten. Die Partei die GRÜNEN, die nun die Außenministerin stellt, hat ein gebrochenes Verhältnis zur kurdischen Befreiungsbewegung, das sich durch gewisse Sympathien gegenüber der HDP bei strikter Ablehnung der PKK beschreiben lässt. Auch hier muss man sich eventuell auf Argumentationsmuster einstellen, das die Bundesregierung die PKK in Deutschland stärker bekämpfen muss, um sich in der Türkei glaubhafter für Menschenrechte einsetzen zu können. Diesen Tenor enthielt bereits eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts zum drohenden Verbot der HDP in der Türkei unter Außenminister Maas. Darin wurde gefordert, die HDP müsse sich stärker von der PKK distanzieren.

Auch 2022 müssen wir leider mit vergleichbarer Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung rechnen. Und auch mit solchen Kuriositäten, wie im September 2019 geschehen, als der deutsche Zoll Bücher von Abdullah Öcalan beschlagnahmte, während immer mehr italienische Kommunen ihn zu Ehrenbürger erklären.

Wie könnte eine (Teil-)Strategie gegen die Repression aussehen? Sowohl die Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung als auch der Widerstand dagegen erhalten zunehmend eine europäische Dimension. Daraus ergeben sich gerade für Deutschland Chancen, den scheinbar für ewig festgeschriebenen Status der PKK als Terrororganisation zu durchbrechen. Sinnvoll wäre es, für dieses Jahr ins Auge zu fassen, dieser Dimension durch ein Symposium Rechnung zu verschaffen, auf welchem die europäischen Länder vertreten sind, in denen Kurdinnen und Kurden einen nennenswerten Anteil unter der Bevölkerung stellen. Ein gemeinsamer Nenner ist ja mit der Forderung, die PKK von der EU-Terrorliste zu streichen, gegeben. ♦

Das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen«

Gemeinsame Schritte für ein solidarisches Miteinander

Von Rheinmetall Entwaffnen, OG Celle, Dezember 2021

Seit 2018 sammelte das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« mit Protesten gegen die deutsche Rüstungsindustrie vielfältige Erfahrungen: Zum Beispiel auf Camps am Rheinmetall-Standort in Unterlüß (siehe KR 206), bei Aktionärsversammlungen und dem Aktionstag in Kassel gegen Rheinmetall und KMW (Krauss-Maffei Wegmann) (KR 212) oder der Genehmigungsbehörde BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) in Eschborn (KR 215). Das Bündnis lernte dabei viel über eigene Stärken und Schwächen, über die Reaktionen der Unternehmen, wenn sie ins Rampenlicht gezerrt werden, und auch über die Entwicklung polizeilicher und staatlicher Reaktion/Repression auf den Protest gegen Krieg und Rüstungsexporte aus Deutschland.

Um die Entwicklung von »Rheinmetall Entwaffnen« zu verstehen ist es wichtig, den Kontext zu sehen, in dem das Bündnis entstanden ist. Mit dem Einsatz deutscher Leopard II Panzer im türkischen Angriffskrieg gegen die Revolution in Nord- und Ostsyrien/Rojava drängte sich die Frage auf, welche Antworten wir darauf entwickeln können – jenseits von Demonstrationen gegen das Erdoğan-Regime und dessen Rückendeckung durch die deutsche Regierung. Die Frage führte zum militärisch-industriellen Komplex, seiner politischen und wirtschaftlichen Funktion und der Unterstützung durch die Regierungen des Kapitalismus. Der Entschluss, diese Profiteure und Entscheidungsträger mit Protesten ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und ihr Handeln anzuklagen, war also nicht ausschließlich vom Wunsch angetrieben, dass das weltweite Morden in Kriegen ein Ende findet. Vielmehr basierte dieser auf dem Verständnis, dass wir revolutionäre Veränderungen brauchen, wenn wir ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung auf diesem Planeten leben wollen. Ebenso fußt es auf der Erkenntnis, dass genau diese notwendigen Veränderungsprozesse angegriffen werden, wann immer möglich mit »Hilfe« aus Deutschland. In diesem Sinne ist Antimilitarismus kein isoliertes Thema oder Aktionsfeld, sondern eine Notwendigkeit der Selbstverteidigung internationalistischer linker Politik.

Internationalistischer Aktionstag in Oberndorf …

Der Entschluss der Zapatistas, 500 Jahre nach der Invasion im Sommer 2021 mit einer großen Delegation aus Mexiko Europa zu bereisen, trug eine große Bedeutung in sich. Sie wollten damit allen klar machen, dass sie nie von den Invasoren besiegt wurden, sondern dass dieser Kampf bis heute andauert. Gleichzeitig kamen sie, um das Europa von unten und von links kennenzulernen, sie kamen um »zu hören und zu sprechen«.

Da der deutsche Waffenhersteller Heckler & Koch einer der unzähligen Akteure aus Deutschland in diesem anhaltenden Kampf in Mexiko ist, haben wir unseren Protest 2021 nach Oberndorf im Schwarzwald gebracht. Dort sollte mit Blockaden das Werk stillgelegt werden und in einem Tribunal das todbringende Handeln des Konzerns in Vergangenheit und Gegenwart angeklagt werden.

Der Aktionstag in Oberndorf zeigt sowohl, wie wir derzeit Widerspruch gegen die Waffenexporte und die deutsche Rüstungsindustrie auf die Straße bringen können, also auch, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen. Beim Tribunal vor den Werkstoren bei Heckler & Koch haben sich Menschen mit verschiedenen Hintergründen und Beweggründen Schulter an Schulter zusammengefunden und sehr fundierte Beiträge miteinander geteilt. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung einiger Zapatistas und Delegierter des Nationalrats des CNI (Nationalkongress der Indigenen aus Mexiko), die vor Ort ihre Stimme erhoben haben. Das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« hat es also geschafft, sich nicht isolieren zu lassen und stets mit weiteren Akteuren gemeinsam aufzutreten.

Auf der anderen Seite sind es sehr wenige, die sich gegen die Kriegsindustrie engagieren, vor allem in Anbetracht des Gegenübers. Das führte in der Praxis zu Überforderungen und Fehleinschätzungen unserer Möglichkeiten. So waren wir am 8. Oktober in Oberndorf viel zu wenige und nicht ausreichend vorbereitet, um den Konzern effektiv blockieren zu können.



Blockade des Waffenherstellers Heckler & Koch in Oberndorf Foto: rme

Dazu kommt eine Tendenz zu mehr polizeilicher Härte und offener Repression gegen die Proteste.

… und Repression

Während in Unterlüß oder auch Kassel die Polizei größtenteils zurückhaltend agiert hat, wurde Oberndorf zu einem Ort des polizeilichen Ausnahmezustands aufgerüstet. Das Werk wurde mit mehreren Barrieren aus Gittern und NATO-Draht umgeben, am Himmel kreisten ein Hubschrauber und eine Drohne, es wurden Räumpanzer und Wasserwerfer aufgeboten. Unmissverständlich sollte vermittelt werden: Wer sich mit der Rüstungsindustrie anlegt, legt sich mit dem gesamten Arsenal polizeilicher Gewalt an. Polizisten schlugen unvermittelt auf Menschen ein, die sich früh morgens in Richtung des Werkes aufmachten, das mobile Pressebüro des Bündnisses wurde überfallen und sämtliche Geräte beschlagnahmt, die Demonstration durch den Ort von der Polizei angegriffen. Während in der Vergangenheit, wahrscheinlich aus Sorge vor dem öffentlichen Echo auf diese Gewalt, davon in diesem Kontext weitestgehend abgesehen wurde, ist nun Härte angesagt (zumindest in Baden-Württemberg). Ansonsten spielt sich die Repression vor allem vor Gericht ab. Gegen die Beschlagnahme des Pressebüros musste vor Gericht vorgegangen werden, um die Rechtswidrigkeit attestiert zu bekommen und die Geräte zurückzubekommen. Der Prostet gegen die Exportgenehmigungsbehörde BAFA zieht einen Rattenschwanz mit ca. 40 Anklagen wegen angeblichem »Hausfriedensbruch« und »Nötigung« nach sich. Diese führen halbwegs wahllos zu Verurteilungen oder Einstellungen (größtenteils gegen Auflage). Durch die Aufspaltung in Einzelprozesse und ein RAF-Sondergesetz[1] verhindert der Staat eine gemeinsame Verteidigung der Angeklagten. Das bedeutet einen enormen Bedarf an Anwält:innen und finanziellen Mitteln, da ein Anwalt nur eine Person vertreten darf …

Verantwortliche im eigenen Land

Es gibt also keinen anderen Weg, als den Widerstand gegen den militärisch-industriellen Komplex auf breitere und stabilere Füße zu stellen. Dass ca. 80 % der Bevölkerung in Deutschland Rüstungsexporte in Kriegsgebiete ablehnen, ist ein solider

1 §146 StPO: 1974 eingeführtes Gesetz, das die Verteidigung mehrerer Angeklagter in einem Verfahren durch dieselbe Anwält:in verbietet. Damit soll eine effektive gemeinsame Verteidigung vor Gericht verhindert werden. Eingeführt wurde das Gesetz als Reaktion auf die offensive Verteidigung der Gefangenen aus der RAF (Rote Armee Fraktion) vor Gericht in den 1970er Jahren.

Ausgangspunkt, aber mehr auch nicht. Es ist nötig, aus dieser Haltung eine Konsequenz zu entwickeln und ebenso den Blick auf das Handeln der Regierung zu schärfen. Denn nur wenn die schön klingenden Worte von »Friedensmissionen« und »restriktiven Exportrichtlinien« entlarvt werden, ist eine Positionierung auf der Seite der Unterdrückten möglich. Als neues Feigenblatt plant die neue Regierung ein Rüstungsexportkontrollgesetz – was es grundlegend ändert, bleibt unklar. Bislang waren weniger fehlende Gesetze das Problem, um Waffenexporte zu unterbinden, sondern dass sie ausreichend Schlupflöcher bieten, um dennoch Exporte durchzuführen. Dazu fehlt zumeist schlicht der Wille zur Exportreduzierung. Ein Beispiel: Der deutsche Hersteller Hensoldt rüstet Drohnen mit Zielerfassungssystemen aus, quasi die Augen der Kampfdrohnen. Diese werden in diversen Kriegen eingesetzt: z. B. in der Ukraine, Armenien, Kurdistan und Jemen. Um eine Sperrminorität zu erhalten, besitzt Deutschland über 25 % dieses Unternehmens. Anstatt damit gegen diese Verkäufe vorzugehen, verdient die Bundesrepublik Deutschland jedoch an diesen Deals.

Auch in anderen Fällen deckt die BRD Kriegsverbrechen. Trotz klarer Hinweise auf den Einsatz von Chemiewaffen durch das türkische Militär im Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung bleibt die Bundesregierung tatenlos, nicht einmal unabhängige Untersuchungen werden unterstützt.

Von einer neuen rot-gelb-grünen Regierung ist kaum Veränderung zu erwarten. Die SPD bleibt als Konstante und die Grünen waren ebenso an der Macht, als die Bombardierung Jugoslawiens durch die Bundeswehr beschlossen wurde. Eine der ersten Amtshandlungen der damaligen Regierung war die Übergabe eines Kriegsschiffs an die Türkei, der Verkauf von über 350 Leopard 2 Panzern an die Türkei wurde ebenso durch Rot-Grün genehmigt.

Kassel 2022

Um als Bewegung gegen Krieg und Rüstungsexporte an Stärke zu gewinnen, muss also mit dem Bild der BRD als zurückhaltende, humanitäre Macht gebrochen und offen über die deutsche Kriegspolitik gesprochen werden. Unter diesem Vorzeichen wird das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« 2022 während der Kunstausstellung DOCUMENTA in Kassel aktiv werden. Während die Stadt das Image einer weltoffenen Kunststadt pflegen möchte, soll Kassel zu einem Ort des Widerstands gegen Krieg und die deutsche Rüstungsindustrie werden. Das Bündnis möchte erreichen, dass es nicht möglich ist ein Image zu pflegen, das die tödlichen Folgen der Panzerproduktion in der Stadt ausklammert. Bereits in der Zeit des Nationalsozialismus wurden dort Panzer gebaut, der Einsatz von Zwangsarbeiter:innen war dabei ein elementarer Bestandteil. Bis heute gehört die Panzerproduktion zur Stadt. Exportiert werden diese beispielsweise nach Algerien, wo insbesondere Flüchtende von brutalen Menschenrechtsverletzungen betroffen sind. Allein zwischen April 2017 und Juni 2018 wurden mehr als 13.000 Menschen von staatlichen Kräften in die Wüste deportiert und dort ohne Wasser und Nahrung ausgesetzt. Viele von ihnen starben in der Wüste.

Dies ist nur ein Beispiel, warum das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« ein Ende der Panzerproduktion fordert – auch in Kassel!

Im Frühling 2022 wird »Rheinmetall Entwaffnen« alle Interessierten zu einem Treffen einladen, um Pläne für die Aktivitäten in Kassel zu entwickeln. In Kassel lassen sich viele Möglichkeiten entwickeln: zum Zusammenkommen, für Austausch und gemeinsames Lernen, für kreative Interventionen und gemeinsame Momente der Konfrontation mit der Rüstungsindustrie und ihren Unterstützern. Statt eines schönen Images wollen wir Kassel mit Widersprüchen, Positionierungen, Visionen und gemeinsamen Schritten für ein solidarisches Miteinander füllen. ♦

Mehr Informationen unter https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Im Frühling 2022 wird »Rheinmetall Entwaffnen« alle Interessierten zu einem Treffen einladen, um Pläne für die Aktivitäten in Kassel zu entwickeln. In Kassel lassen sich viele Möglichkeiten entwickeln: zum Zusammenkommen, für Austausch und gemeinsames Lernen, für kreative Interventionen und gemeinsame Momente der Konfrontation mit der Rüstungsindustrie und ihren Unterstützern. Statt eines schönen Images wollen wir Kassel mit Widersprüchen, Positionierungen, Visionen und gemeinsamen Schritten für ein solidarisches Miteinander füllen.

Die Situation in Äthiopien

Zwischen Bürgerkrieg und politischer Selbstbestimmung

Semai Tesfahuney

Dieser Artikel versucht einen Überblick zu geben über die aktuell sich zuspitzende Situation in Äthiopien. Dabei ist der Fokus vor allem auf die regionalen Akteur:innen gelegt worden, und es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Insbesondere die Rolle der Türkei und der Vereinigten Arabischen Emirate, welche den äthiopischen Staatsführer im Krieg unterstützen, kann hier leider nur kurz angerissen werden.

Die Kriegssituation in Äthiopien hat in den letzten Wochen eine neue Eskalationsstufe erreicht. Tausende von Menschen sind aufgrund der Situation vor allem in benachbarte Länder wie den Sudan geflohen. Seit Kriegsausbruch hat die katastrophale Situation bereits für Hunderttausende einen tödlichen Ausgang.

Seit November 2020 führt die äthiopische Regierung eine Militäroffensive in der Region Tigray im Norden Äthiopiens durch. Was offiziell als kurze »Law and Order«-Operation gegen die tigrayische Regionalregierung deklariert worden war und seitens der äthiopischen Regierung schon Ende November 2020 als beendet galt, erschüttert die ganze Region Tigray bis heute tiefgehend und hat darüber hinaus auch Nachbarregionen destabilisiert. Durch die Fortsetzung der Kampfhandlungen und das eskalierende Vorgehen des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed befindet sich der Vielvölkerstaat in einem Bürgerkriegszustand. Ausgelöst wurde die Militäroffensive, laut Regierungschef Ahmed, durch einen Angriff der TPLF (Tigray People's Liberation Front) auf einen Militärstützpunkt der äthiopischen Zentralarmee in Tigray am 4.11.2020. Zuvor hatte die Regionalregierung in Tigray Wahlen abhalten lassen wollen, was der Premierminister jedoch verbot – ein Ausdruck des Machtkampfes gegen die TPLF. Seitdem marschierten zentraläthiopische, eritreische und amharische Truppen in Tigray ein und verübten genozidale Gräueltaten an der tigrayischen Bevölkerung.

Innenpolitischer Machtwechsel (Kampf gegen Tigray)

Die TPLF, die als Guerillabewegung den damaligen marxistisch-leninistischen Derg[1] besiegte, dominierte in einer Koalition mit anderen Parteien für fast 30 Jahre die äthiopische Regierung und formte das politische Modell Äthiopiens in einen föderalen Vielvölkerstaat um. Nachdem der gegenwärtige Premierminister an die Macht kam, wurde deutlich, dass er ein Interesse daran hatte, das äthiopische Staatsgefüge wieder umzuformen. Bereits seit seinem Amtsantritt im Jahr 2018 ist die politische Situation zwischen der Regierung und der Regionalpartei Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) angespannt.

Noch im Oktober 2019 erhielt Abiy Ahmed in Oslo den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen zur Lösung des jahrzehntelangen Konflikts mit Eritrea. Kaum einen Monat später, am 1. Dezember gründete der regierende Ministerpräsident Äthiopens seine neue Einheitspartei, die Wohlstandspartei, von der die TPLF ausgeschlossen wurde. Damit blieb sie auch von der Beteiligung an Entscheidungen ausgeschlossen. Ahmed ging es schon seit seinem Amtsantritt 2018 um die Installierung einer zentralisierten, einheitlichen Machtstruktur, die dem bisherigen ethnisch-föderalistischen Gefüge Äthiopiens, für das die vormalige TPLF-Regierung eintrat, widerspricht. Seit Beginn seiner Amtszeit ließ Abiy Ahmed jegliche Opposition unterdrücken, neben den tigrayischen politischen Gegner:innen auch viele aus der Region Oromia, wo er als ethnischer Oromo seine politische Karriere begann. Obwohl der Nobelpreisträger bei der Preisverleihung die Freilassung politischer Gefangener betonte, organisierte Ahmed gleichzeitig eine Verhaftungswelle, die Tausende oppositionelle Aktivist:innen und Anführer:innen aller ethnischen Parteien betraf. Es ist vor allem die amharische Elite in der Hauptstadt Addis Abeba, welche Ahmeds politische Vision teilt. Mit ihr und dem eritreischen Regierungschef hat er eine politische Dreierallianz gegen Tigray gebildet.

1 Provisorischer Militärverwaltungsrat, Militärjunta 1974-1987.



Proteste gegen den Krieg in der Region Tigray gab es in vielen Ländern, hier in Benton Park West, Missouri, USA. Foto: Paul Sableman/Flickr, CC BY 2.0

Seit Herbst 2020 werfen unterschiedliche internationale Organisationen der äthiopischen Regierung, die durch eritreische Truppen des Diktators Afwerki, aber auch durch amharische Milizen unterstützt wird, schwere Kriegsverbrechen vor. Neben unzähligen Massakern in Tigray leidet die Zivilbevölkerung vor allem unter Plünderungen und Vernichtung der medizinischen Versorgung. Mehrere heilige Kulturstätten wurden gezielt zerstört. Aber auch das Mittel der Vergewaltigung wurde systematisch als Waffe gegen die Bevölkerung eingesetzt, um diese gezielt zu traumatisieren und die tigrayische »bloodline«[2] zu zerstören. Darüber hinaus erlebt die Bevölkerung Tigrays seit mehr als einem Jahr eine Hungerkatastrophe, die ca. 5 Millionen Menschen betrifft. Denn die Zentralregierung hat die Zufahrtswege in die nördliche Region blockiert und unternimmt durch die Zerstörung von Feldern gezielt den Versuch, die Bevölkerung auszuhungern. Seit Kriegsbeginn äußern sich internationale Organisationen bestürzt. All diese Kriegsmaßnahmen widersprechen der ursprünglichen Aussage der Regierung, nur eine kurze militärische Operation gegen die tigrayische politische Führung, die TPLF, durchführen zu wollen. Stattdessen ist im Laufe des Krieges deutlich geworden, dass die Kriegsmittel darauf abzielen, die tigrayische Bevölkerung zu vernichten und jegliche Form des Wiederaufbaus nach Kriegsende unmöglich zu machen. Auch die Situation der eritreischen Geflüchteten, die in Tigray Zuflucht vor der eritreischen Diktatur suchten, ist seit Kriegsbeginn mehr als prekär. Mehrere Quellen verweisen darauf, dass 20.000 eritreische Flüchtlinge bereits Anfang des Jahres aus Flüchtlingscamps in Tigray nach Eritrea zwangsdeportiert worden sind, um dort gefoltert zu werden oder Kriegsdienst leisten zu müssen. Einige schafften bereits ihre zweite Flucht nach Äthiopien, um ihrem Schicksal zu entgehen.

Eritreischer Kriegspartner

Eritrea ist bekannt für sein autoritäres und repressives Regime und wird wegen des Einparteienstaatssystems und der massiven Menschenrechtsverletzungen als afrikanisches Nordkorea bezeichnet. Insbesondere die Zwangsarbeit bedeutet eine staatliche Sklavenhaltung der Bevölkerung. Alle volljährigen Menschen müssen nach ihrer Schulausbildung auf unbestimmte Dauer, in der Regel für Jahrzehnte, unentgeltlich

2 Dies geht aus Berichten von Betroffenen der sexualisierten Gewalt hervor, die davon erzählten, dass die Täter sie mit dieser Intention vergewaltigten. Dabei ist auch zu beachten, dass es zwar ein politischer Kampf ist, der in dem Konflikt ausgefochten wird. Dieser ist jedoch ethnisch aufgeladen und wendet sich rhetorisch und faktisch nun gegen alle Menschen tigrayischer Herkunft. Ebenso werden Menschen, die Tigrinya sprechen, in andern Regionen Äthiopiens mittlerweile von ihrer Arbeit entlassen, verhaftet und gefoltert. In den letzten Monaten häufen sich die Berichte über Deportationen/Entführungen von Tigrayer:innen zu zentralisierten Internierungslagern.



Kriegsdenkmal in Makele, Tigray Foto: O.W. Flickr, CC BY 2.0

für die Regierung arbeiten und den Militärdienst absolvieren. Es gibt nicht den leisesten Ansatz einer Umsetzung von Menschenrechten und Pressefreiheit und keine demokratischen Institutionen. Stattdessen wird jegliche Opposition im Keim erstickt, und die repressive Situation im Land treibt durchschnittlich monatlich 5.000 Menschen in die Flucht. Präsident Afwerki hat in den letzten Jahren einen Staat geformt, mit dem er zwar international aneckt und sich isoliert. An der Kriegsoffensive soll jedoch laut Einschätzungen insbesondere Isayas Afwerki profitieren, da er erstmals einen starken Verbündeten an seiner Seite hat, mit dem er seinen Erzfeind Tigray bekämpft[3]. Im Lauf des letzten Jahres wurde auch deutlich, dass das Friedensabkommen zwischen Äthiopien und Eritrea 2019 besiegelt wurde, um einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung in Tigray zu führen und die Militäroffensive vorzubereiten. Außerdem wird die Zentralregierung Äthiopiens durch die türkische Regierung militärisch unterstützt, was sich unter anderem in deren Lieferung von Drohnen und Kriegsfinanzierung ausdrückt. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind ebenfalls durch militärische Unterstützung an der Seite der äthiopischen Zentralregierung im Kampf gegen Tigray involviert.

Zuspitzung an der Kriegsfront

Große Teile Tigrays waren nach der militärischen Invasion unter der Kontrolle der äthiopischen Zentralregierung, des eritreischen Militärs und der amharischen Miliz. Die Tigray Defence Force, der bewaffnete Arm der TPLF, zog sich in die Berge zurück. Seit Juni 2020 eroberte die TDF zentrale Städte der tigrayischen Region wie die Hauptstadt Mekele, Adigrat und Axum wieder zurück. Die TDF konnte in den Kampfhandlungen einen militärischen Vorsprung erlangen und bewegt sich derzeit in Richtung Hauptstadt, um eigenen Aussagen nach die Lebensmittelblockaden aufzuheben. Aktuell finden die Kampfhandlungen nur wenige hundert Kilometer vor der Hauptstadt statt. In den letzten Monaten hat sich als oppositionelle Gruppe nun auch die Oromo Liberation Army offiziell an der Seite der TPLF dem bewaffneten Kampf gegen Abiy Ahmeds politische Agenda angeschlossen. Es gibt unzählige Berichte über Deportationen von ethnischen Tigrayer:innen in der Hauptstadt aber auch in anderen Regionen sowie unzählige Festnahmen wegen des Verdachts, der Opposition anzugehören. Zudem wurde nun in ganz Äthiopien jegliche Berichterstattung über den Konflikt verboten und der Ausnahmezustand verhängt. Der äthiopische Premierminister befindet sich nach eigenen Aussagen nun selbst an der Front um zu kämpfen und ruft alle Bürger:innen des Landes dazu auf, sich ihm anzuschließen.

Im Kampf um Tigray wird deutlich, dass es voraussichtlich nicht möglich sein wird, einen politischen Kompromiss zu erzielen. Durch die hohe Eskalationsstufe sind die Zwischenräume für jeglichen politischen Kompromiss bereits verpasst. Auch internationale Mediation durch die Afrikanische Union oder die UNO wurde insbesondere seitens Abiy Ahmed abgelehnt. Prognosen besagen, dass das Interesse der TPLF in Zukunft darauf gerichtet sein wird, ihre Selbstbestimmung und Autonomie abzusichern, was wahrscheinlich in die Idee der Abspaltung von Äthiopien münden wird. So oder so ist die aktuelle Zuspitzung des Konflikts in Äthiopien entscheidend für die Zukunft des Staates am Horn von Afrika. Aber auch für die gesamte Region. ♦

3 Nachdem die eritreische und die tigrayische Befreiungsbewegung gemeinsam 1991 die damalige äthiopische Regierung unter dem Dergregime gestürzt hatten, gründete die eritreische Befreiungsbewegung den eritreischen Staat und kapselte sich von Äthiopien ab. Die tigrayische Befreiungsbewegung übernahm in der Koalition mit anderen Parteien viele Machtpositionen in der äthiopischen Regierung. 1998-2000 kam es zwischen den beiden ehemals verbündeten Organisationen und nun Regierungen zu einem Grenzkonflikt um die Stadt Badme. Seitdem sind die beiden Länder miteinander verfeindet.

Einige aktuelle Probleme in der nahöstlichen Gesellschaft und mögliche Lösungswege

Abdullah Öcalan über Probleme von Mehrheits- und Minderheitsnationen

Lesetipp der Redaktion des Kurdistan Report

Anfang 2022 erscheint der vierte Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« mit dem Titel »Die demokratische Zivilisation – Wege aus der Zivilisationskrise im Nahen Osten« im Unrast Verlag. In etwas mehr als drei Jahren (2007–2010) hat Abdullah Öcalan mit dem Manifest der demokratischen Zivilisation ein fünfbändiges Opus Magnum verfasst, in dem er seine Erfahrungen und Erkenntnisse aus 35 Jahren radikaler Theorie und revolutionärer Praxis zusammenfügt. Nachdem er in den ersten drei Bänden die Geschichte der Zivilisation von ihren Anfängen bis zur kapitalistischen Moderne neu interpretiert und mit der Soziologie der Freiheit eine Methode für die Lösung der drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts vorgeschlagen hat, wirft er im vierten Band einen näheren Blick auf die herrschenden Verhältnisse des Nahen Ostens. Dort zeigt sich heute die globale Zivilisationskrise am deutlichsten. Abdullah Öcalan legt nahe, dass dort, wo vor 5.000 Jahren die Zentralzivilisation ihren Anfang nahm, auch der Schlüssel zu ihrer Überwindung zu finden sein muss. Die demokratische Zivilisation beleuchtet die geschichtlichen Ursachen der globalen Krise genauso wie die vielfältigen Traditionen von Widerstand – religiöse, kulturelle, dezentrale – und vor allem deren Potentiale, die kapitalistische Moderne zu überwinden. Der vierte Band von Öcalans Manifest der demokratischen Zivilisation schließt mit einer Diskussion der für eine globale Transformation wesentlichen Fragen: Wie leben? Was tun? Wo beginnen?

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus dem vierten Band, in dem Abdullah Öcalan die Probleme von Mehrheitsnationen in der Region behandelt:

Man kann von vier Mehrheitsnationen im Nahen Osten sprechen. Diese sind die Araber*innen, Türk*innen, Kurd*innen und Perser*innen. Dass ich anstatt von großen von Mehrheitsnationen spreche, hat mit der Demografie zu tun. Ansonsten ist es nicht ethisch und richtig, zwischen großen und kleinen Nationen zu unterscheiden. Auch der Begriff der Minderheitsnation hat mit der Demografie zu tun. Es ist eine Voraussetzung der gesellschaftlichen Wahrheit und der Ethik, dass das Minderheit-Sein nicht für einen Mangel oder für Kleinheit gehalten werden darf.

(…)

1. Die Hauptfaktoren, die die arabische nationale Frage erschweren, sind die über zwanzig Nationalstaaten, die die arabische Gesellschaftlichkeit stets zersplittern, ihren eigenen Werten entfremden, mit Kriegen aufbrauchen und ihre materiellen Werte schlucken. Diese Nationalstaaten, unter denen nicht einmal ein Konföderalismus ins Leben gerufen werden kann, sind selbst die Erzeuger der arabischen nationalen Frage. Der religionistische, Abstammungs- und Stammesnationalismus und der patriarchale gesellschaftliche Sexismus, die mit den arabischen Nationalstaaten verbunden sind, verdunkeln und ersticken den gesamten gesellschaftlichen Bereich. Sie verdammen die Gesellschaft in ihnen zu einem unheimlichen Konservatismus und zur Sklaverei. Sie erlauben Araber*innen weder für innere noch für äußere Probleme eine Chance auf eine Lösung.

Ein umfassendes Lösungsmodell für die Probleme der Araber*innen sollte auf der Grundlage der demokratischen Nation und der gesellschaftsorientierten Kommunalität gesucht werden. Die Stärke des Konkurrenten Israel rührt nicht nur von seiner Welthegemonie her, sondern auch die Institutionen der Demokratie und Kommunalität im Inneren spielen dabei eine wichtige Rolle. Die arabische nationale Gesellschaft, die die letzten hundert Jahre mit radikalem Nationalismus und Islamismus verbrachte, kann einen sicheren und langfristigen Ausweg, einen Lösungs- und Rettungsweg finden beziehungs-

weise zeichnen, indem sie den kommunalen Sozialismus, den sie aus ihrer Geschichte und Stammesordnung kennt, mit dem demokratischen Nationsverständnis vereint.

2. Die Türk*innen und Turkmen*innen bilden eine weitere Mehrheitsnation im Nahen Osten. Zwar leben sie im Vergleich zu Araber*innen auf einen größeren Raum verstreut, aber sie teilen mit ihnen die gleichen ideologischen und Machtkonzepte. Sie sind sehr streng national-etatistisch und erleben einen tiefverwurzelten religiösen und Abstammungsnationalismus. Genauso wie die Heiligkeit Gottes und des Staats werden auch der religionistische und der Abstammungsnationalismus ineinander verwoben gelebt. Es bestehen wichtige soziologische Unterschiede zwischen den Kategorien »türkisch« und »turkmenisch«. Die Turkmen*innen haben gegenüber der türkischen Aristokratie und den Besitzer*innen der Macht und des Staates eine ähnliche Stellung inne wie die Beduin*innen gegenüber der arabischen Aristokratie.

Die türkische nationale Frage ist ebenfalls beträchtlichen Umfangs. Von den Uigur-Türk*innen in China zu den Türk*innen unter russischer Hegemonie, die im Besitz von zahlreichen Autonomiegebieten und Staaten sind, von den Türk*innen in der Republik Türkei in Anatolien bis hin zu den Türk*innen auf dem Balkan, in Kaukasien, dem Nahen Osten und sogar in Europa, sie alle erleben nationale Probleme. Wir haben bereits gesagt, dass die Probleme ähnliche Ursachen haben. Die national-etatistische Machtkrankheit, extrem religionistischer und Abstammungsnationalismus und der patriarchale gesellschaftliche Sexismus verdunkeln auch die türkischen Gemeinschaften und machen sie konservativ. Die Gesellschaft, die Demokratie und die kommunalen Tendenzen scheinen innerhalb extrem etatistischer und hegemonialer ideologischer Monopole aufgelöst worden zu sein. Selbst die Familie ist auf eine Zelle des Staates und nicht der Gesellschaft reduziert worden. Jede Institution und jedes Individuum ahmt den Staat nach. Diese Tendenzen führen zu einem harten Machtkrieg unter den türkischen und turkmenischen Gemeinschaften. Mit der Eroberungspolitik kommt es auch zwischen ihnen und anderen Gesellschaften zu Machtkonflikten.

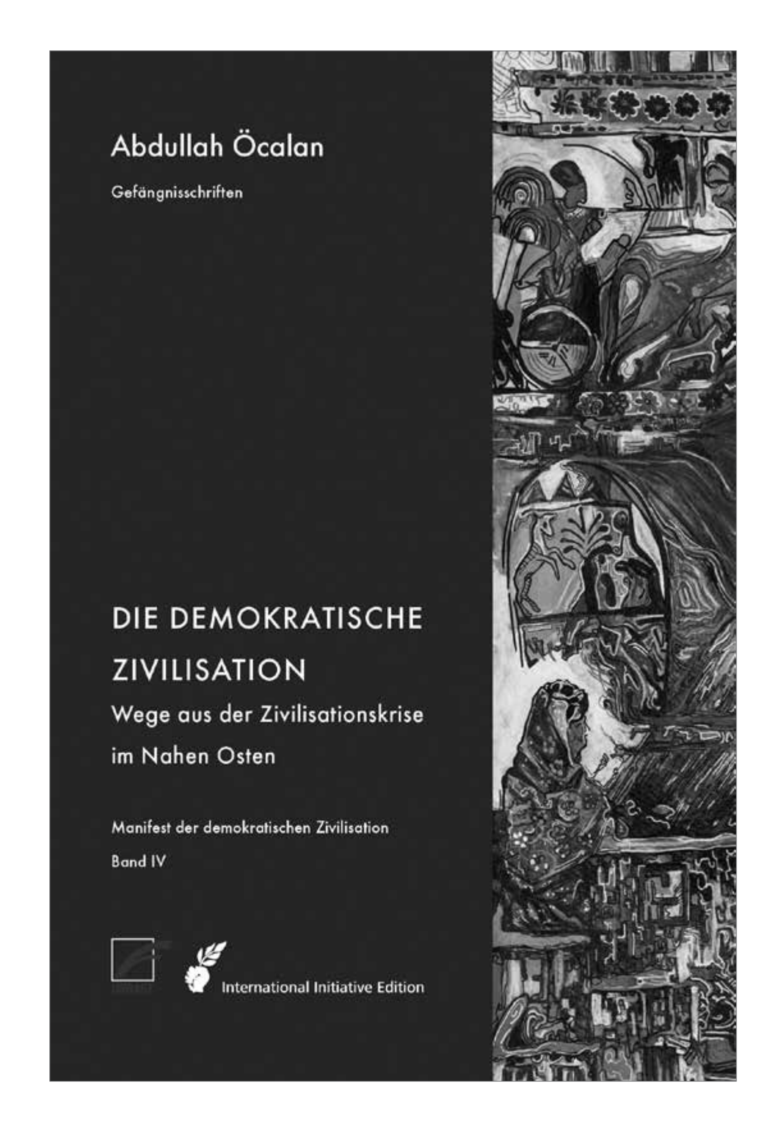
Wegen der streng zentralistischen Machtstrukturen und der Festgefahrenheit der offiziellen Ideologie wurde in der türkischen nationalen Frage demokratischen und kommunalen Tendenzen keine Entwicklungs- und Lösungschance gegeben. Die Botschaft an die Gesellschaft ist, dass für sie ein Leben ohne Staat unmöglich sei. Es wurde zwischen den Initiativen der Gesellschaft und der Individuen und dem Staat kein Gleichgewicht geschaffen, so dass erstere stets in der Rolle der Kinder und loyalen Sklav*innen des Staates blieben.

Heute bildet die Theorie der demokratischen Moderne den geeignetsten Rahmen für die türkischen nationalen Gemeinschaften. Das Projekt der gesellschaftsbasierten Demokratischen Türkischen Konföderation ist die ideale Idee, die einerseits die innere Einigkeit, andererseits ein Zusammenleben in Frieden und Einigkeit mit den Nachbar*innen ermöglicht. Grenzen haben ihre alte Bedeutung für gesellschaftliche Einheit verloren. Die Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichen trotz verschiedener räumlicher Grenzen die gegenseitige Integration zwischen Individuen und Gemeinschaften in der ganzen Welt. Die Demokratische Konföderation der türkischen nationalen Gemeinschaften könnte einen großen Beitrag zum Weltfrieden und dem System der demokratischen Moderne leisten.

3. Die kurdische nationale Gesellschaft hat ihren Ursprung in einem sich neu entwickelnden, reichen Potential. Sie ist das größte Volk der Welt ohne Nationalstaat. Im Laufe der Geschichte konzentrierte sie sich im Neolithikum und in den Zeitaltern der Zivilisation in einem strategischen Gebiet. Die Kurd*innen haben dank ihrem auf den Berg fokussierten Verteidigungskonzept und ihrer Ernährungskultur, die auf Landwirtschaft und Tierzucht setzt, bis heute als ein authentisches Volk weiterbestehen können. So wie die Jüd*innen bis heute weiterbestehen konnten, indem sie sich überall in der Welt an die Spitze der Gesellschaften setzten, erreichten die Kurd*innen die Gegenwart, indem sie sich nicht vom Fleck rührten, es nicht auf die Spitze irgendeiner Gesellschaft absahen und die Geduld zeigten, unten zu bleiben. Zwischen den Jüd*innen und Kurd*innen besteht hier ein großer Kontrast.

Die kurdische nationale Frage rührt von einem sehr seltenen Faktor her, nämlich davon abgehalten zu werden, eine Nation zu sein. Die Mächte, die im Laufe der Geschichte über die Kurd*innen herrschten, und ihre Handlanger*innen im Inneren ließen nichts unversucht, um zu verhindern, dass die Kurd*innen sich von einem Objekt in ein Subjekt verwandelten. Das Staat-Sein hat zu der nationalen Entwicklung im positiven oder im negativen Sinne vielleicht etwas beigetragen. Den Kurd*innen allerdings wurde so ein Privileg sehr selten zuteil. Aus diesem Grund haben sie das Privileg, ein Volk zu sein, das die Klassenherrschaft mit staatlicher Herrschaft sehr wenig erlebt und verinnerlicht hat. In Hinblick auf die Chance der demokratischen Moderne ist dies ein sehr wichtiges Privileg. Es macht die Kurd*innen noch wichtiger, dass sie im Zentrum des Nahen Ostens ansässig sind. Die nationalstaatliche Herrschaft, die im Zeitalter der kapitalistischen Moderne von außen aufgezwungen wurde, versuchte die Kurd*innen, wo sie es vermochte, durch kulturelle Genozide und von Zeit zu Zeit durch physische Massaker aufzulösen und zu absorbieren. In der Ära der islamischen Zivilisation versuchte man, diese Politik mithilfe der Religion zu legitimieren. Die Kurd*innen

besitzen nicht wirklich die Möglichkeit, mit der Stärke der Macht und des Staates das Gesellschaft-Sein zu bewerkstelligen. Was die Elemente der kapitalistischen Moderne in diese Richtung anbieten könnten, ist sehr begrenzt. Die politische Struktur, die sich heute in Irakisch-Kurdistan gebildet hat, kann man nicht im wirklichen Sinne als Nationalstaat bezeichnen. Die Bezeichnung Halb-Nationalstaat wäre ihr angemessener.



Das geografische Gebiet Kurdistan war insbesondere in der jüngsten Vergangenheit auch die Heimat anderer Völker, vor allem des armenischen und des assyrischen, auch wenn sie Minderheiten bildeten. Zahlreiche Ausläufer der Araber*innen, Iraner*innen und Türk*innen sind ebenfalls dort ansässig. Kurdistan erlebt in Bezug auf Religionen und Konfessionen eine Vielfalt. Es existieren nach wie vor starke Spuren der Aschiret- und Stammeskulturen. Die urbane Kultur hat sich nicht so sehr entwickelt. All diese Eigenschaften geben in Kurdistan demokratischen politischen Strukturen eine große Chance. Kurdistan ist ideal für kommunale Gemeinschaften in den Bereichen Landwirtschaft-Wasser-Energie, gleichzeitig stellen diese eine Notwendigkeit dar. Für die Entwicklung der moralischen und politischen Gesellschaft herrschen ebenfalls sehr günstige Bedingungen. Zudem handelt es sich dabei um das Land, in dem die Muttergöttin-Kultur als erstes und am stärksten gelebt wurde. Es bildet gleichzeitig die Hauptbasis der Muttergöttin-Kultur, die sich unter den Namen Star, Ištar und Inanna im ganzen Nahen Osten und in der ganzen Welt ausbreiten konnte. Trotz sämtlicher Bemühungen, sie zu erledigen, hat die Frau immer noch das Potential, das mutigste, widerständigste und würdevollste Leben zu führen. Trotz der ganzen Bemühungen konnte sich die Ideologie der sexistischen Gesellschaft nicht so sehr wie in den benachbarten Gesellschaften institutionalisieren. Beim Aufbau der demokratischen Gesellschaft, deren Hauptkriterium die Freiheit der Frau und ihre Gleichheit (in Unterschiedlichkeit) ist, wohnt diesen ineinander verwobenen reichen kulturellen Eigenschaften ein enormes Potential inne. Aus diesem Grund bietet Kurdistan die günstigsten Bedingungen dafür, unter dem Paradigma der demokratischen Moderne eine demokratische Nation und eine ökologisch-wirtschaftliche Gesellschaft zu bilden. Das Projekt der Demokratischen Konföderation Kurdistans kann bereits heute ins Leben gerufen werden. Die nationalstaatlichen Praktiken, die mit der kapitalistischen Hegemonie verbunden sind, haben wie gestern und heute auch morgen keine Entwicklungschance, da sie für die Gesellschaft negativ sind. Nur durch demokratische Transformation könnten sie eine begrenzte Chance haben.

Es ist von historischer Wichtigkeit, Kurdistan mithilfe demokratischer politischer Strukturen, die auf den ganzen oben aufgezählten Eigenschaften beruhen, als eine aus wirtschaftlichen und ökologischen Kommunen bestehende demokratische Konföderation zu entwickeln. Der Aufbau der auf multiplen nationalen Identitäten basierenden demokratischen Nation stellt eine ideale Lösung gegen die Sackgasse des Nationalstaats dar; es könnte ein Lösungsmodell für alle nationalen und Minderheitsfragen des Nahen Ostens darstellen. Die benachbarten Nationen für dieses Modell zu gewinnen, wird das Schicksal des Nahen Ostens verändern und der demokratischen Moderne eine größere Chance geben, eine Alternative zu sein.

Die Geschichte hat Kurdistan und die Kurd*innen in solch eine Position gebracht, dass sie gezwungen sind, eine Schicksalsgemeinschaft zwischen ihrer eigenen Freiheit und Gleichheit, ihrem eigenen Demokratisch-Sein und der Freiheit und

Gleichheit und dem Demokratisch-Sein der anderen Völker in der Region herzustellen.

4. Die Probleme in der persischen beziehungsweise iranischen Gesellschaft haben ihren Ursprung in den historischen Zivilisationen und in den Bestrebungen der kapitalistischen Moderne in den letzten beiden Jahrhunderten. Im Iran existiert eine Zivilisationstradition, die von allen drei Ableitungen der sumerischen Priesterideologie beeinflusst wurde. Obwohl sie nicht die originale Identität bildeten, wurden die Zarathustra- und Mithra-Traditionen durch die islamische Version neutralisiert. Der Manichäismus, der als eine Synthese aus Judentum, Christentum und der griechischen philosophischen Schule entstand, konnte gegenüber der offiziellen Zivilisationsideologie nicht wirksam sein. Genauer gesagt konnte er nicht darüber hinausgehen, die rebellische Tradition zu nähren. Der Iran verwandelte die islamische Tradition in die Schia-Konfession, aus der er in der jüngsten Ära eine Zivilisationsideologie machte. Auch heute versucht er sich zu modernisieren, indem er die Elemente der kapitalistischen Moderne durch den Filter der Schia (als der modernistischen Form des chinesischen Konfuzianismus) laufen lässt.

Die iranische Gesellschaft ist aufgrund ihrer multiidentitären Eigenschaften in ethnischer sowie religiöser Hinsicht im Besitz einer reichen Kultur. Der Iran beherbergt alle nationalen und religiösen Identitäten des Nahen Ostens. Er hat Schwierigkeiten, diese vielfältigen Identitäten alleine durch die Hegemonie der religionistischen und Abstammungsideologien zusammenzuhalten. Er betreibt eine sehr feine Form des religionistischen und Abstammungsnationalismus. Obwohl er die kapitalistische Moderne praktiziert, schreckt er andererseits nicht davor zurück, antimodernistische Propaganda zu betreiben, wenn es ihm gelegen kommt. Er hat sich meisterhaft darauf spezialisiert, revolutionäre und demokratische Entwicklungen in der traditionellen Zivilisationskultur aufzulösen. Es handelt sich dabei auch um die meisterhafte Umsetzung eines despotischen Regimes. Der Iran stellt einen der widersprüchlichsten und spannungsgeladensten Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens dar. Obwohl die Erdölressourcen zu einer gewissen Minderung der Spannungen führen, ist das Dasein des iranischen National-Etatismus besonders dazu geeignet, auseinanderzufallen. Dabei spielen die Dissonanzen zwischen ihm und dem Hegemoniestreben von USA und EU, den Hauptakteuren der kapitalistischen Moderne, eine recht große Rolle.

Wenn die Theorie der demokratischen Moderne erfolgreich auf die gesellschaftlichen Probleme im Iran angewandt wird, kann sie bedeutende Folgen haben, die zu Lösungen führen. Trotz seiner ganzen zentralistischen Bemühungen lebt sozusagen unterschwellig auch ein föderaler Iran. Wenn die Elemente der demokratischen Zivilisation und die föderalistischen Elemente (Aserbaidschaner*innen, Kurd*innen, Araber*innen, Belutsch*innen, Turkmen*innen) zusammenkommen, kann die Demokratische Konföderation Irans Bedeutung erlangen und ohne Weiteres zu einem Anziehungszentrum werden. Im Rahmen dieses Projektes werden die Frauenbefreiungsbewegung und die kommunalen Traditionen auch eine wichtige Rolle spielen. Der Iran kann seine strahlende Zukunft und seine historische Rolle im Nahen Osten nur dadurch zurückerlangen, dass ihm eine Integration mit den Elementen der demokratischen Moderne (der demokratischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesellschaft) und ein Aufbruch gelingt. Das Potential der iranischen nationalen Gesellschaft ist dazu stark genug, und die Wirklichkeit der iranischen demokratischen Nation erfordert das. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Der Täter ist bekannt: Kundgebung im Gedenken an Sakine Cansız, Leyla Şaylemez und Fidan Doğan | A. Bender

Rückseite:
Internationalistischer Lange Marsch 2022 für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Aufruf zum Langen Marsch 2022 für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Der Aufbruch der Gesellschaft in Kurdistan hin zu einer Welt der sozialen Gerechtigkeit lässt Menschen auf der ganzen Welt neue Hoffnung schöpfen. Die Grundpfeiler der kurdischen Freiheitsbewegung, die radikale Demokratie, Frauenbefreiung und das ökologische Bewusstsein, gehören längst zu den Grundwerten einer Vielzahl von globalen Bewegungen. Die in Rojava 2012 begonnene Revolution der Frau und die Selbstverwaltung der Gesellschaft sind heute zu einer Inspirationsquelle weltweit geworden. Die Philosophie des Demokratischen Konföderalismus, die vom kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan entwickelt wurde, lässt sich nicht mehr nur in Rojava oder den Bergen Kurdistans wiederfinden, sondern ist überall dort präsent, wo Menschen sich damit auseinandersetzen.

Doch diese demokratische Alternative ist nach wie vor intensiven Angriffen der kapitalistischen Moderne ausgesetzt. Sei es der anhaltende Angriffskrieg der Türkei in Südkurdistan, die Besatzungsinvasion gegen Rojava und die befreiten Gebiete Nord- und Ostsyriens oder die faschistische Politik des AKP/MHP-Regimes gegen die Gesellschaften in Nordkurdistan. Es ist eine Politik der Isolation und Unterdrückung, die durch die offene Akzeptanz der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union unterstützt und gefördert wird.

Nirgendwo ist diese Isolation konkreter als auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali. Hier ist der Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan seit dem internationalen Komplott des 15. Februars 1999 inhaftiert. Trotz der unbeschreiblichen Bedingungen seiner Isolationshaft hat er die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten nie aufgegeben. Mehrere Jahre lang verhandelte Öcalan mit der türkischen Regierung, um eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. In den Jahren 2005 und 2006 haben rund 3,5 Millionen Kurd:innen eine Petition unterzeichnet und erklärt, dass sie Abdullah Öcalan als ihren politischen Repräsentanten betrachten. Im Jahr 2015 forderten abermals etwa 10,3 Millionen Unterzeichner:innen mit einer Petition seine Freiheit.

Die Isolationspolitik des türkischen Staates gegen Abdullah Öcalan kennt keine Vergleiche. Jeder Besuch seiner Anwält:innen oder Familienangehörigen wird durch gesellschaftliche Proteste ermöglicht. So gelang es im Mai 2019 Tausenden von Aktivist:innen sowohl in als auch außerhalb der Gefängnisse, die Isolation auf Imrali durch einen monatelangen Hungerstreik zu brechen. So war es nach vielen Jahren das erste Mal wieder kurzzeitig möglich, dass Öcalan Kontakt zu seinen Anwälten hatte. Zuletzt fand im März 2021 ein kurzes Telefongespräch zwischen Abdullah Öcalan und seinem Bruder statt, welches jedoch aus unbekannten Gründen plötzlich abgebrochen wurde.

Dass es seitdem kein einziges Lebenszeichen von Öcalan mehr gibt, lässt Sorgen um sein Gesundheitszustand wachsen. Durch die Isolation wird jede Möglichkeit für Verhandlungen um eine friedliche Lösung der Konflikte in Kurdistan sowie des Nahen und Mittleren Ostens unterdrückt. Die Isolation Öcalans beschränkt sich nicht auf ihn als Person, sondern zielt auf alle demokratischen Errungenschaften, die von seinen Ideen inspiriert wurden.

Der Kampf für Frieden und Demokratie in der Region muss im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Isolation Öcalans gedacht werden. Denn er ist der Architekt des demokratischen Konföderalismus, dem Gegenmodell zum krisengeschüttelten Modell des Nationalstaates. So wird auch der Kampf für Demokratie und Freiheit weltweit gestärkt.

Lass uns für das Ende von Isolation, Faschismus und Besatzung eintreten und die Freiheit von Öcalan erkämpfen! Die Zeit für Freiheit ist gekommen! Wir rufen daher alle Internationalist:innen dazu auf, sich am Langen Marsch vom 5. bis zum 12. Februar 2022 unter dem Motto „Schluss mit der Isolation – Freiheit für Abdullah Öcalan!“ zu beteiligen. Auch im Jahr 2022 wird zum Abschluss des Marsches eine Großdemonstration in Straßburg stattfinden.

http://longmarch.freeocalan.org/



ISSN 0935-5375